

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

Verantwortliche Redakteure epd-Dokumentation: Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) / Reinhold Schardt

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 28,30 Euro, jährlich 339,60 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt den Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 4. Juni 2019

www.epd.de

Nr. 23

■ Antisemitismus in gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten: Tendenzen – Erscheinungsformen – Gegenwirkung

Konferenz an der Goethe-Universität Frankfurt am Main
28. – 29. November 2018

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortliche Redakteure:
Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) /
Reinhold Schardt
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

■ »Auf besorgnis- erregende Weise virulent«

Antisemitismus ist im Kontext gesellschaftlicher Umbrüche, Konflikte und Debatten in Deutschland ebenso wie in zahlreichen europäischen Ländern auf besorgniserregende Weise virulent und tritt in unterschiedlichen Gewändern und Verklei-

dungen in Erscheinung. Anlässlich des Gedenkens an die Pogromnacht vor 80 Jahren analysieren die Vorträge der Tagung die gegenwärtigen Erscheinungsformen antisemitischer Denkmuster und Handlungen im Kontext von Rassismus, Populismus, Xenophobie und Israelfeindschaft, erkunden die Wege ihrer medialen Verbreitung und diskutieren Gegenstrategien in Politik und

Bildungsinstitutionen. Workshops stellen praktische Initiativen zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus vor.

(Aus dem Flyer zum Symposium, das vom 28. –29. November 2018 auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt stattfand).

Quellen:

Antisemitismus in gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten: Tendenzen – Erscheinungsformen – Gegenwirkung

Veranstalter: Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Martin Buber-Profilur für Jüdische Religionsphilosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, LOEWE-Forschungsschwerpunkt »Religiöse Positionierung: Modalitäten und Konstellationen in jüdischen, christlichen und islamischen Kontexten«, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Fritz Bauer Institut, Bildungsstätte Anne Frank

Frankfurt am Main, 28. – 29. November 2018

Gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags

Aus dem Inhalt:**Antisemitismus in gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten:
Tendenzen – Erscheinungsformen – Gegenwirkung
28. – 29. November 2018, Frankfurt am Main**

▶ Rudolf W. Sirsch: Vorwort	4
▶ Dr. Felix Klein: Der Kampf gegen Antisemitismus als Lackmустest für unsere Gesellschaft	8
▶ Daniel Neumann: Wie bekämpfen wir Antisemitismus?	12
▶ Stephan J. Kramer: Gemeinsam gegen Judenfeindschaft aus der Sicht des Verfassungsschutzes	21
▶ Prof. Dr. Christian Wiese: Fragmentarische Reflexionen zur Debatte über Israelkritik und antizionistischen Antisemitismus in der protestantischen Kirche	27
▶ Tom David Uhlig: »Man kann nicht gleichzeitig den Judenmord aufarbeiten und die Revolution machen« – Die Abwehr von Antisemitismuskritik in der politischen Linken	39
▶ Dervis Hizarci: Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KigA e.V.: Antisemitismus in der Migrationspolitik – Bildung, Beratung und Begegnung	45
▶ Saba-Nur Cheema: Islamistischer Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus. Über Gleichzeitigkeiten und die Notwendigkeit zur Differenzierung in pädagogischen Räumen	47
▶ Daphne Orth: Workshop: Couragiertes Handeln – Ein Workshop zu Handlungsstrategien und -möglichkeiten im Umgang mit Antisemitismus	52
▶ Joachim Seinfeld und Luisa Bläse: L'Chaim – Auf das Leben! Die Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin entdecken – und über Berlin hinaus	55
▶ Dr. phil. Meron Mendel und Tom David Uhlig: Kein Platz für Judenhass – ein fragiler Konsens	60
▶ Autorenverzeichnis	65

Vorwort

Von Rudolf W. Sirsch, Generalsekretär des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und Geschäftsführer der Buber-Rosenzweig-Stiftung

In den zurückliegenden Wochen und Monaten häuften sich verstärkt antisemitische Angriffe, die von rechtsextremen wie auch von muslimisch geprägten Kreisen ausgeübt wurden. Antisemitische Angriffe auf jüdische Kinder in Schulen, Juden, die auf der Straße beleidigt, bedroht und angegriffen werden, jüdische Einrichtungen, die ständig unter Polizeischutz stehen müssen. Nicht weniger besorgniserregend ist der israelbezogene Antisemitismus, der keineswegs nur in rechtsradikalen oder islamischen Milieus beheimatet ist. Es zeigt sich, dass einheimischer und zugewandter Juden Hass einander ergänzen und verstärken.

Der jüngst erschienene zweite Antisemitismusbericht der Bundesregierung verweist auf die Vielfältigkeit der Erscheinungsformen von Antisemitismus in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, fragt nach der Wahrnehmung von Antisemitismus aus jüdischer Perspektive und zeigt staatliche sowie zivilgesellschaftliche Bemühungen zur Bekämpfung und Prävention, aber auch deren Grenzen und Defizite auf.

So weist der Bericht auch auf antisemitische Vorurteile in den Kirchen, Gewerkschaften und Parteien hin. Antisemitisches Denken ist nicht erst seit geraumer Zeit in der Mitte der Gesellschaft angekommen, dieses Denken war schon immer in der Mitte der Gesellschaft beheimatet. Zugleich formuliert der Antisemitismusbericht die für uns wichtige Frage, inwieweit der christlich-jüdische Dialog zu einer Überwindung antisemitischer Vorurteile in den Kirchen beiträgt.

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bemüht, die 2000jährige Geschichte des Antijudaismus und damit einhergehend die Diskriminierungs- und Gewaltgeschichte gegenüber den Juden aufzuarbeiten. Auch hat sich die Synode der EKD 2016 gegen die Judenmission ausgesprochen und hält daran fest, dass der Bund Gottes mit dem Volk Israel uneingeschränkt weiter gilt. Darüber hinaus hat sie eine Stiftungsprofessur zur Erforschung und Förderung des christlich-jüdischen Gesprächs am Institut für Kirche und Judentum in Berlin eingerichtet und eine Handreichung für Gemeinden und interessierte Menschen zum Antisemi-

tismus herausgegeben. Zudem weist die Handreichung zu Recht darauf hin, »dass Nicht-Juden von Juden lernen können, dass interreligiöse Toleranz nicht nur gegenseitiges Anerkennen bedeutet, sondern die Erwartung einander als Bereicherung zu erfahren«.

Gleichwohl gibt es in evangelischen Gemeinden und Gruppierungen weiterhin judenmissionarische Aktivitäten, vor allem in Württemberg. Auch dem von der EKD finanziell geförderten und von Ulrich Duchrow und Hans G. Ulrich herausgegebenen Band »Die Reformation radikalisieren« liegt eine inakzeptable Verzerrung des christlich-jüdischen Dialogs und tendenzielle Israelfeindschaft zu Grunde. Darüber hinaus ist die Slenczka-Debatte zu erwähnen, wonach das Alte Testament für die Kirche aus dem Kanon der christlichen Bibel zu entfernen sei. Es ist daher dringend geboten, an einer wirklich dialogischen christlich-jüdischen Beziehung in Theologie und Praxis weiterzuarbeiten. Dies gilt für die »Basis in Gemeinden und Schulen, in der Ausbildung von Pfarrerinnen und Pfarrern, von Lehrerinnen und Lehrern, in den Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Themen, die uns gemeinsam herausfordern«, so Kirchenpräsident Jung.

Zu Recht weist Christian Wiese in seinem Beitrag darauf hin, »... dass sich die Geschichte des Verhältnisses des Christentums (und so auch des Protestantismus) zum Judentum weithin als eine Geschichte des Verschweigens und der Verzerrung des jüdischen Selbstverständnisses liest. Im Kontext des Nachdenkens über eine Theologie nach der Shoah, die angesichts dieses einzigartigen Verbrechens die radikale Infragestellung der christlichen Geschichte und Tradition auszuhalten versucht, stehen die Kirchen vor erheblichen Herausforderungen, wenn es darum geht, die dringend erforderliche Neuorientierung gegenüber dem Judentum zu begründen.«

Immer wieder hat der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) in den zurückliegenden Jahrzehnten sich für ein langfristiges Aktionsprogramm gegen Rechtsradikalismus eingesetzt. So forderte der DKR, dass Programme zur Gewaltprävention zum festen Bestandteil der Arbeit

in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen gehören. Und an anderer Stelle heißt es: »Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit: Politische Gruppierungen, die unter dem Deckmantel legaler Organisationen (Partien, Vereine, Verbände) demokratiefeindlich sind, müssen verboten werden. Ihnen darf nicht der gleiche Status zuerkannt werden wie die demokratischen Parteien und Verbände.« Zuletzt fordert der DKR in der Erklärung: »Recht gegen Rechts: Straffällig gewordene Täter der rechten Szene müssen konsequent mit der Härte des Gesetzes verfolgt werden.«

Neben der konsequenten Verfolgung antisemitischer Agitation durch den Rechtsstaat gilt es aufzustehen und Gesicht zu zeigen, überall dort, wo Gesichtslosigkeit – sei es in Form von Gleichgültigkeit oder gar Bösartigkeit – vorherrscht, wo Hinsehen und Handeln, statt Wegsehen und Flüchten gefordert sind: in der U-Bahn, auf der Straße, bei einer Party, in Schule und Beruf sowie gewiss auch in der eigenen Familie.

Jugendliche sind darin zu unterstützen, ihre Lebensentwürfe mit den Grund- und Menschenrechten zu verknüpfen und sie zu befähigen, Courage zu zeigen für Demokratie, gegen Gewalt und Parolen, mit denen andere ausgegrenzt und erniedrigt werden. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen wurde das Programm »Courage zeigen! - Gegen Gewalt, Rassismus und Antisemitismus« entwickelt. Ziel ist es, junge Menschen zur Zivilcourage gegenüber gewalttätigen, diskriminierenden und rassistischen Tendenzen zu motivieren, ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie sich auch in kritischen Situationen für Werte wie Freiheit, Menschenwürde und Toleranz einsetzen können. Mit dem vorliegenden Programm werden Schulen Trainingsmaßnahmen angeboten, in denen nicht nur theoretisches Wissen vermittelt, sondern in denen der Umgang mit Gewalt in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen praktisch durchgespielt und geübt werden. Es werden Wege aufgezeigt, wie sich der Einzelne auch in kritischen Situationen für die grundlegenden Werte unserer Gesellschaft einsetzen kann. Politische Bildung im Sinne der Verankerung der Demokratie in den Köpfen und in den Herzen der Menschen ist die notwendige Konsequenz aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte. Courage zeigen für Demokratie heißt auch: Mut zur Wahrheit über die Vergangenheit gegenüber jenen, die diese Vergangenheit leugnen oder umdeuten wollen.

Begleitend zur Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille 2001 an die Aktion »Schule Ohne Ras-

sismus« hat der Autor ein weiteres Bildungsprogramm konzipiert, das aufzeigt, wie mit Gewalt und Rechtsradikalismus umgegangen werden kann, wie es möglich ist, erfolgreich Courage gegen körperliche Übergriffe oder gegen Diffamierung und Diskriminierung zu zeigen. Ziel des Programms ist es, Jugendlichen Zivilcourage und Handlungskompetenz im Umgang mit Gewalt, Antisemitismus und Rechtsradikalismus zu vermitteln. Nicht zuletzt sollten auf diese Weise die Impulse der jährlichen Woche der Brüderlichkeit in ein praktisches, kontinuierliches, auf und für Jugendliche zugeschnittenes Projekt einfließen, um einmal mehr zu unterstreichen, dass die Intention einer jeden Woche der Brüderlichkeit auf einen »brüderlichen« Umgang an jedem Tag eines jeden Jahres zielt.

Anlässlich des Gedenkens an die Pogromnacht vor 80 Jahren analysieren die Vorträge der Tagung die gegenwärtigen Erscheinungsformen antisemitischer Denkmuster und Handlungen im Kontext von Rassismus, Populismus, Xenophobie und Israelfeindschaft, erkunden die Wege ihrer medialen Verbreitung und diskutieren Gegenstrategien in Politik und Bildungsinstitutionen. Workshops stellen praktische Initiativen zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus vor.

Die Beiträge der Tagungsdokumentation

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, **Felix Klein**, gibt in seinem Beitrag einen Überblick seiner bisherigen Arbeit. Er weist darauf hin, dass es derzeit noch kein zuverlässiges System zur Erfassung antisemitischer Vorfälle gibt. Es gilt daher die Einrichtung eines bundesweiten dezentralen Meldesystems zu forcieren, das sowohl verlässliche Daten liefert als auch eine Sensibilisierung von Polizei und Justiz leistet, damit Vorfälle wie in Wuppertal und Chemnitz nicht als Sachbeschädigung aufgeführt, sondern als antisemitische Daten erfasst und geahndet werden. Dem Antisemitismus liegt ein antidemokratisches Weltbild zugrunde. Der Zustand einer Gesellschaft lässt sich daran ablesen, wie gut es der jüdischen Gemeinschaft geht. Auf zunehmende Judenfeindlichkeit gelte es mit einer neuen »Kultur der Zivilcourage« zu reagieren, auch wenn Antisemitismus wohl nicht »vollkommen wegzukriegen« sei aufgrund seiner starken Ausprägung in der »kulturellen DNA Deutschlands und Europas«, so Felix Klein.

Daniel Neumann weist in seinem Beitrag darauf hin, »dass Antisemitismus ... (uns) Juden in allen gesellschaftlichen Gruppen zu jeder Zeit, bei allen

möglichen Anlässen, immer und ständig begegnen kann«. Dazu führt er zahlreiche Beispiele aus seiner Familie auf. In seinen Ausführungen stellt er drei jüdische Stimmen vor, die den Antisemitismus zu erklären versuchen. Von Dennis Prager und Rabbiner Joseph Telushkin über Ruth Wisse, die erklärt, »dass es bei diesem Antisemitismus im Kern darum geht, politische Mehrheiten zu organisieren, indem man die Juden als gemeinsamen Gegner begreift« bis hin zu Rabbiner Jonathan Sacks, der das Phänomen des Antisemitismus als einen ständig mutierenden Virus beschreibt.

Christian Wiese formuliert in seinem Beitrag Kriterien für eine angemessene Differenzierung zwischen »Israelkritik« und antisemitischem Ressentiment. In diesem Zusammenhang befasst er sich mit jüngsten Debatten innerhalb der protestantischen Theologie und Kirche und setzt sich kritisch mit Tendenzen zur politisch-theologischen Delegitimierung des Staates Israel im Kontext des deutschen »Kairos Palästina-Solidaritätsnetzes« auseinander.

Daphne Ort beschreibt in Ihrem Beitrag, dass ihr Workshop sich maßgeblich an Multiplikator/-innen und Lehrende richtet, »die in ihrem täglichen Umfeld antisemitische und menschenverachtende Einstellungen frühzeitig erkennen sollen.« Das 1999 in Sachsen gegründete *Netzwerk für Demokratie und Courage* vermittelt Informationen, regt zum Nachdenken an und motiviert junge Erwachsene zum couragierten Handeln im Alltag.

David Uhlig beschreibt in seinem Beitrag den linken Antisemitismus. »Wo linke Politiker waren und sind, findet man Personen, die antisemitische Artikulationsformen vertreten.« In der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit gab es innerhalb der deutschen Linken eine Akzentverschiebung: »Antisemitismus wurde weniger als zentraler Aspekt, sondern als Randerscheinung des Nationalsozialismus verstanden« und der »Holocaust tendenziell zugunsten einer Lesart des nationalsozialistischen Deutschlands als kapitalistischer Polizeistaat mit aggressiven imperialistischen Ambitionen marginalisiert – eine Lesart, die nicht nur in der westdeutschen Linken verbreitet, sondern in der DDR sogar staatstragend war. Hier wurden die ermordeten Jüdinnen und Juden umstandslos dem Widerstand gegen den Faschismus zugeschlagen und damit völlig verkannt, warum sie ermordet wurden, eben weil sie Jüdinnen und Juden waren, aus keinem anderen Grund«, so David Uhlig.

Saba-Nur Cheema beschreibt in ihrem Beitrag den islamistischen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus. Sie erinnert daran, dass in Zeiten eines gefährlichen Rechtsrucks die Gefahr besteht, »dass beide Positionen – sowohl die Thematisierung als auch die De-Thematisierung – für rechtspopulistisches Agenda-Setting missbraucht und instrumentalisiert werden«. In ihrem Beitrag erinnert sie daran, »wenn Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erachtet wird, dann müssen Pädagog*innen ein fundiertes Wissen über gesellschaftliche Artikulationsformen des Antisemitismus verfügen«. Dazu zählen nach ihrer Ansicht neben dem islamistischen Antisemitismus auch die antisemitische Umwegkommunikation der Israelkritik, antisemitische Deutungsmuster in der Linken, Wissen über den Nahost-Konflikt und vieles andere mehr.

Joachim Steinfeld beschreibt in seinem Beitrag die von der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) erarbeitete Ausstellung »L'Chaim – Auf das Leben!« Die Betrachter entdecken in der Ausstellung die Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin. Porträtiert wird der Alltag, »die Gedanken und Gefühle von Jüdinnen und Juden, die Berlin heute als ihre Heimat bezeichnen – vom Gemeinde-rabbiner bis zur angehenden Erzieherin«. Bereits in der Konzeptionsphase der Ausstellung war es KIgA wichtig, die Entwicklung pädagogischer Begleitprogramme mit einzubeziehen.

Meron Mendel beschreibt in seinem Beitrag, dass er die Arbeit gegen Antisemitismus mit einem Dilemma konfrontiert sieht: »Die Ablehnung von Antisemitismus gehört zur *raison d'être* der Bundesrepublik. Der Konsens, dass Antisemitismus abzulehnen ist, wird mit Ausnahme von wenigen gesellschaftlichen Randgruppen mitgetragen. ... Gleichzeitig zeigen aktuelle Studien, wie der Bericht des Expertenkreises Antisemitismus, dass Antisemitismus in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet ist«. Zunächst geht er auf Adornos Beitrag zu »Erziehung nach Auschwitz« ein, indem er zwei Bereiche der Erziehung nach Auschwitz formulierte: einmal »Erziehung der Kindheit, zumal der frühen; dann allgemeine Aufklärung, die ein geistiges, kulturelles und gesellschaftliches Klima schaffen, das eine Wiederholung nicht zulässt, ein Klima also, in dem die Motive, die zu dem Grauen geführt haben, einigermaßen bewusst werden.« Zuletzt führt er aus, dass die Herausforderung darin besteht, verstärkt Erfahrungswerte aus den Beratungsprozessen im Umgang mit Erscheinungsformen von Antisemitismus in die Bildungsarbeit einfließen zu lassen.

Dervis Hizarci stellt in seinem Beitrag die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) vor, die vor allem Ansätze der (Außer-) schulischen Bildungsarbeit initiiert, um effektiv zu wirken. »Über Workshops für Schüler/-innen, und Lehrkräfte für den Bildungssektor generell wurden Konzepte entwickelt, die lebensweltlich orientiert sind und den Teilnehmenden die Möglichkeit gaben, ihre Perspektiven und Erfahrungen einzubringen.« Erst die drei Säulen »Bildung, Beratung und Begegnung« ermöglichen nach seiner Ansicht einen ganzheitlichen Ansatz der die Migrationsgesellschaft als Ganzes erreichen soll.

Stephan Kramer stellt in seinem Beitrag zunächst die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland vor und stellt fest, dass das Thema Antisemitismus heute eine »wichtige, ja herausragende Rolle

in der öffentlichen Debatte« spielt. Anhand von Beispielen untermauert er die Zahl antisemitischer Straftaten. Zuletzt führt er einige wichtige Aspekte der Antisemitismusdebatte vor. So verweist er darauf, dass ein erfolgreiches Vorgehen gegen Judenfeindschaft »nicht nur die Bereitstellung von Finanzmitteln, sondern auch eine entsprechende Organisation und personeller Ausbau staatlicher Sicherheitsbehörden, sowie eine konsequente Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich der Prävention sowie der allgemeinen Jugend- und Sozialarbeit« bedarf.

Die vorliegenden Beiträge skizzieren sowohl gesellschaftspolitische als auch religiöse Zugänge und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, empfindsam zu werden gegen jegliches menschenverachtende Unrecht. 

Der Kampf gegen Antisemitismus als Lackmustest für unsere Gesellschaft

Von Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

Antisemitismus hat zwar nie aufgehört zu existieren, aber jetzt ist er - wieder - zu einem ernstesten Problem geworden. Tätliche Angriffe auf jüdische, oder als jüdisch wahrgenommene Menschen passieren in Deutschland leider, so scheint es mir, wieder häufiger. Die medial aufmerksam wahrgenommenen Angriffe auf Schüler, Passanten oder jüdische Einrichtungen, wie jüngst in Chemnitz, machen mir große Sorge. Jüdische Menschen fühlen sich zunehmend wieder bedroht, während 80 Prozent der nichtjüdischen Deutschen meinen, das Thema sei nicht so wichtig. Genaue Aussagen darüber ob und inwiefern der Antisemitismus zugenommen hat, sind aber schwierig, denn Antisemitismus ist in Zahlen schwer belegbar. Es gibt derzeit noch kein zuverlässiges System zur Erfassung antisemitischer Vorfälle, sondern mehrere verschiedene Verfahren. Z.B. die PMK-Statistik, also die polizeiliche Erfassung politisch motivierter Kriminalität. Diese PMK-Statistik weist für das Jahr 2017 etwa 94 Prozent der Fälle dem rechtsradikalen Umfeld zu. Das deckt sich aber oftmals nicht mit der Wahrnehmung von jüdischen Betroffenen. Genau hier sehe ich eine meiner ersten und drängendsten Aufgaben: die Einrichtung eines bundesweiten dezentralen Meldesystems, das uns eine verlässliche Datenlage liefert. Denn wenn Sie mit Jüdinnen und Juden in diesem Land sprechen, nehmen sie die Bedrohungen und die Attacken von Menschen aus dem muslimischen Umfeld als sehr viel höher wahr als die 4 Prozent, die in der Kriminalstatistik zum Ausdruck kommen. Und wir arbeiten derzeit mit Hochdruck daran, ein derartiges System einzuführen, und zwar in Zusammenarbeit mit den Ländern und der Berliner Meldestelle RIAS, einen Bundesverband der Meldeinformations- und Recherchestellen Antisemitismus zu gründen. Dieser zivilgesellschaftlich organisierte Bundesverband soll gewährleisten, dass die gleichen Kategorien verwendet werden, wenn antisemitische Vorfälle gemeldet werden. Das Meldesystem soll auch Hemmungen abbauen, Vorfälle überhaupt zu melden. Wir müssen hier den jahrzehntelangen schlechten Erfahrungen, die Opfer antisemitischer Gewalt mit Behörden gemacht haben, mit einem neuen Ansatz begegnen. Das beinhaltet auch die Sensibilisierung von Polizei und Justiz. Wenn, wie vor einiger Zeit in Wuppertal, z.B. ein Brandanschlag auf eine Synagoge

nicht als antisemitisch gilt, weil er mit dem Nahostkonflikt erklärt wird, dann ist das Ausdruck eines größeren Problems, was die Wahrnehmung und Beurteilung von Antisemitismus angeht. Dieses Problem wird immer wieder deutlich, auch an Schulen und im Umgang der Polizei mit Antisemitismus. In Chemnitz hat die Polizei den Angriff auf den jüdischen Restaurantbesitzer Uwe Dziuballa erst einmal nur als versuchte Sachbeschädigung geführt. Hier ist noch viel zu tun, was überhaupt ein Verständnis dafür angeht, was Antisemitismus ist und wie er sich äußert.

Ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, am 1. November diesen Bundesverband RIAS juristisch zu gründen. Derzeit arbeiten wir daran, überall in Deutschland Partnerorganisationen zu finden, an die sich Betroffene wenden können. Gedacht ist daran, dass die Menschen sich online registrieren, also online mitteilen können, was ihnen passiert ist, dann über Ansprechpartner beraten werden, was sie tun können, auch im Zusammenhang mit einer möglichen Strafanzeige. Es soll ihnen auch psychologische Beratung vermittelt werden, denn oftmals sind Menschen traumatisiert, wenn sie angegriffen, beleidigt oder sonst wie in antisemitische Vorfälle verwickelt werden. Ich möchte hier auch nochmal betonen, dieses Meldesystem ist kein weiterer Versuch, eine weitere Statistik per se einzuführen, sondern wir wollen in erster Linie von Antisemitismus betroffenen Menschen helfen. Als Nebeneffekt bekommen wir eine Art Atlas, in dem antisemitische Vorfälle aufgezeichnet werden und der Aufschluss darüber liefert, wie sich Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausformungen äußert. Das bildet eine wichtige Grundlage für die Entwicklung passgenauer Strategien im Kampf gegen Antisemitismus für die einzelnen Regionen in Deutschland, für einzelne Umfelder und Tätergruppen.

Wir wollen auch ein Verständnis dafür generieren, was Antisemitismus ist und wie er sich äußert. Hier gibt es einen wichtigen Schritt in diese Richtung, den die Politik getan hat. In der letzten Kabinettsitzung der Bundesregierung vor der letzten Bundestagswahl im September 2017 hat sie die »Arbeitsdefinition Antisemitismus« der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken

übernommen und für den Gebrauch und die Anwendung bei Polizei, Justiz und Bildung empfohlen. Sie lautet:

»Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen, und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.«

Die Definition stellt klar, dass man auch als Nichtjude antisemitisch angegriffen werden kann, so wie im Fall des Gürtelschlägers am Prenzlauer Berg in Berlin. Dieser hat einen Israeli mit einem Gürtel angegriffen und verletzt. Der angegriffene Israeli war gar kein Jude, sondern arabischer Abstammung.

Diese Definition zu verbreiten, konkret anzuwenden und darüber hinaus Wissen darüber zu vermitteln, was Antisemitismus heute ist und welche Formen er annehmen kann, ist eine Aufgabe, die auf Bundes- und Länderebene sowie auf kommunaler Ebene in allen gesellschaftlichen Bereichen angegangen werden muss. Besonders in den Bereichen Bildung, Justiz und Polizei müssen verlässliche Strukturen geschaffen werden, über die solches Wissen vermittelt und weitergegeben wird. Als Bundesbeauftragter für jüdisches Leben und im Kampf gegen Antisemitismus ist es meine Aufgabe, die Bemühungen vieler Akteure zu begleiten und zu koordinieren sowie politische Debatten anzustoßen. Ich freue mich darüber, dass einige Bundesländer - bisher sieben - sich entschlossen haben, ebenfalls Antisemitismusbeauftragte zu ernennen. Ich möchte weitere Länder ermuntern, dies zu tun. Ich freue mich, dass ich am Montag zu einer ersten Koordinierungssitzung nach Berlin einladen konnte. Es kamen die erwähnten, bereits ernannten Beauftragten der Bundesländer. Wir haben uns über bestehende Maßnahmen und best practice Beispiele ausgetauscht und erste gemeinsame Strategien entwickelt. Dieses Format stellte den Nukleus für die Gründung einer Bund-Länderkommission dar, die der Bundestag gefordert hat. Insofern möchte ich als Vermittler und Vernetzer wirken. Die jüdische Perspektive muss dabei ernst genommen werden, und stärker noch als bisher einfließen in die Maßnahmen gegen Antisemitismus. Dabei möchte ich aber betonen, dass die Bekämpfung von Antisemitismus nicht jüdischen Menschen überlassen werden sollte, da es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, bei dessen Bekämpfung wir alle gefordert sind. Was fehlt, ist

eine Gesamtstrategie, wie die bestehenden Ansätze gebündelt und konzentriert werden können. Dabei arbeite ich mit meinem Team, das sich noch im Aufbau befindet, auf Hochtouren.

Ich wende mich ganz klar gegen die Bestrebungen verschiedener politischer Gruppierungen, im Zusammenhang mit Antisemitismus eine sogenannte Entlastungsdebatte zu führen. Wenn z.B. rechtspopulistische Politiker insbesondere den Antisemitismus von Muslimen anprangern, kann das eine Entlastungsdebatte hinsichtlich des Antisemitismus unter Deutschen auslösen. Umgekehrt können wir aber auch die Argumentation von muslimischen Vertretern nicht gelten lassen, die den Antisemitismus von Muslimen mit dem Hinweis auf die polizeiliche Kriminalstatistik zu relativieren versuchen, die 94 Prozent der antisemitischen Straftaten dem rechtsradikalen Umfeld zuschreibt. Mir ist wichtig, klarzumachen, dass wir uns auf keine Diskussionen einlassen sollten, welche Form von Antisemitismus nun die gefährlichste ist. Und welche prioritär zu bekämpfen sei. Jeder Fall von Antisemitismus ist ein Fall zu viel. Er muss in seiner Absolutheit bekämpft werden, stellt die Überschreitung einer roten Linie dar und ist eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft. Auch aus Sicht der Betroffenen ist es nun wirklich gleichgültig, ob der Täter islamistisch motiviert agiert oder rechtsradikal.

Antisemitismus ist eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft, und zwar nicht nur, weil damit auch andere Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit die Tür geöffnet wird. Antisemitismus ist außerdem eine Bedrohung für uns alle, weil ihm meist ein antimodernes und antidemokratisches Weltbild zugrunde liegt. Auch deshalb ist die Lage des Antisemitismus eine Art Lackmustest, an der ersichtlich wird, in welchem Zustand sich eine Gesellschaft befindet. Oder anders formuliert: Der Zustand einer Gesellschaft lässt sich daran ablesen, wie gut es der jüdischen Gemeinschaft geht. Antisemitismus ist oftmals verbunden mit antidemokratischen Weltbildern, mit Ablehnung des Westens oder mit Ablehnung von Globalisierung.

Eine der wichtigsten Erfahrungen in den ersten Monaten meiner Amtszeit war in dieser Hinsicht aber auch glücklicherweise, dass es eine Vielzahl engagierter Menschen gibt, die meine Sicht teilen und den Kampf entweder schon längst aufgenommen haben oder uns dabei unterstützen wollen.

Eine weitere Erfahrung war andererseits aber auch, dass sich in der kurzen Zeit seit meiner Ernennung die Diskursgrenzen und die Hemmschwellen für Hass und Gewalt noch weiter gesenkt haben. Das ist eine furchtbare Entwicklung und an den Ereignissen in Chemnitz wird sichtbar, dass es sich hier im Vergleich zu früheren Jahrzehnten um eine neue Qualität handelt. Wenn sich Rechtsradikale kaltblütig miteinander verabreden, um vor einem als jüdisch wahrgenommenen Restaurant verabreden, den Restaurantbesitzer herausrufen, antisemitisch beleidigen, mit Steinen nach ihm werfen und versuchen, die Fensterscheiben einzuschlagen, dann sind das Bilder, die Erinnerungen wachrufen sollen, die wir aus den 30er Jahren kennen. Und wenn wir sehen, wie in Dortmund in einer Demonstration Rechtsradikale offen den Hitlergruß zeigen und vor den Augen der Polizei und der Öffentlichkeit skandieren »wer Deutschland liebt ist Antisemit«, ist das eine alarmierende Entwicklung. Wir sind gefordert, hier ganz klare Grenzen zu setzen und Stopp zu sagen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Errungenschaften der letzten Jahre und Jahrzehnte, die zum Teil hart erkämpft wurden, einer antidemokratischen und von Ausgrenzung geprägten Politik zum Opfer fallen. Zum Glück sind die entsprechenden Akteure zwar noch in der Minderheit, aber die Entwicklung bietet auf allen Ebenen Anlass zur Sorge und zur Intervention. Es ist ein Skandal, dass die Polizei in Dortmund nach den antisemitischen Handlungen die Demonstration nicht sofort abgebrochen hat. Ich halte es für essentiell, dass Polizeibeamte systematisch geschult werden und eine entsprechende Sensibilität entwickeln, wann sie in derartigen Situationen eingreifen müssen.

Auch die Rolle von der Erinnerungskultur ist beim Kampf gegen Antisemitismus immens. Alle, die in Deutschland leben, tragen eine Verantwortung dafür, die Vergangenheit wach und die Erinnerung an den Holocaust und die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft lebendig zu halten. Das hängt nicht davon ab, wo genau die Großeltern im Nationalsozialismus waren, sondern allein davon, wie wir gemeinsam dieses Land gestalten wollen. Und das nehme ich auch immer wieder mit muslimischen Verbänden auf. Wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund integrieren und Erfolg haben wollen - was wir uns ja sehr wünschen - müssen sie auch die deutsche Geschichte kennen. Es reicht nicht aus, dass sie sich an die Gesetze halten. Das ist selbstverständlich. Wir müssen stärker als bisher die uneingeschränkte Akzeptanz jüdischen Lebens als einen

Maßstab für gelungene Integration aktiv einfordern.

Ich habe mich in meiner Rede am 9. November anlässlich des 20. Jahrestages der Novemberpogrome in der Paulskirche dafür ausgesprochen, dass wir unsere Erinnerungskultur weiterentwickeln müssen. Die Erinnerung an den 9. November 1938 führt uns noch einmal vor Augen, wie die Zivilgesellschaft in Deutschland vor 80 Jahren versagt hat. Viele Menschen haben damals wegesehen oder sogar hingesehen, als ihre jüdischen Nachbarn, Freunde und Kollegen nicht nur bedroht, sondern auch verletzt, entrechtet und ermordet wurden. Sich dieses Versagen zu vergegenwärtigen, kann uns helfen, Zivilcourage für die heutige Zeit zu entwickeln und eigene Maßnahmen im Vorhinein zu überlegen: Was würde ich denn tun, wenn ich Antisemitismus wahrnehme, in der Straßenbahn, an öffentlichen Plätzen, im Internet und woanders? Ich halte es für einen guten Ansatz, wenn wir uns an den Menschen orientieren, die vor 80 Jahren Zivilcourage gezeigt und Mut bewiesen, die widerstanden haben und deren innerer Kompass damals richtig funktioniert hat. Wir sollten insbesondere auf die so genannten stillen Helden von damals mehr schauen. Wie zum Beispiel auf Wilhelm Krützfeld, den diensthabenden Polizisten, der am 9. November 1938 die SA-Brandstifter von der Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin weggejagt hat mit dem Hinweis darauf, dass es Aufgabe der Polizei sei, Straftaten zu verhindern und für Recht und Ordnung zu sorgen. Menschen wie Wilhelm Krützfeld, mit denen wir uns identifizieren können, sollten wir den Platz in unserer Geschichtsschreibung einräumen, der ihnen gebührt. Das ist in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig erfolgt.

Schließen möchte ich mit aufmunternden Fakten. Nämlich mit dem Hinweis auf die erfolgreichen Programme der Bundesregierung und der Landesregierungen im Bereich der Antisemitismus-Prävention.

Die Bundeszentrale für politische Bildung und auch die Landeszentralen fördern den Kampf gegen Antisemitismus durch Print- und Onlinepublikationen, Veranstaltungen und Studienreisen ebenso wie durch Maßnahmen zur Stärkung von örtlichen und regionalen zivilgesellschaftlichen Strukturen. Ich freue mich, dass auch die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit vom Bundesinnenministerium gefördert wird und dabei ganz ausgezeichnete Arbeit leistet. Sie hat sich immer wieder beim Aufkeimen von Antise-

mitismus zu Wort gemeldet. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die engagierte Stellungnahme zur unsäglichen Publikation des Theologen Duchrow aus Heidelberg, der in einer von der Evangelischen Kirche mitfinanzierten Publikation offen antiisraelische und antisemitische Meinungen vertreten hat. Unter anderem hat er darin Israel als Kolonialstaat verunglimpft und delegitimiert. Ich habe in diesem Zusammenhang eine Wortmeldung der EKD-Leitung stark vermisst.

Mit dem Bundesprogramm Zusammenhalt durch Teilhabe, fördert das Bundesinnenministerium phänomenübergreifend das Engagement demokratischer Teilhabe und gegen Extremismus. Das neu ins Leben gerufene Programm »Jugend erinnert«, von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien finanziert, wird ab Januar 2019 Gedenkstättenfahrten von jungen Menschen fördern, unabhängig von Schulen. Es wird jungen Menschen Raum bieten, sich auf ihre Weise an aktivem Gedenken zu beteiligen. Im Vordergrund stehen dabei die Eigeninitiative der jungen Leute und die Bezugnahme auf ihre eigenen Erfahrungen. Es sollen Programme angeboten, durch die

sich junge Leute auf Spurensuche begeben sollen. Wo hat es jüdisches Leben in ihrer Stadt gegeben, gibt es noch Bauwerke, gibt es noch andere Zeugnisse jüdischer Kultur? Dadurch wird ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass jüdisches Leben ein integraler Bestandteil der deutschen Kultur war und ist.

Mit dem 2017 verabschiedeten Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) haben wir darüber hinaus die Möglichkeit, rasch und effizient für die Löschung von Hassrede und antisemitischen Inhalten im Internet zu sorgen.

Meine Damen und Herren, wir haben also schon einen ganzen Strauß von Möglichkeiten in der Hand, die bald mit der künftigen Bund-Länder-Kommission noch besser verbreitet und koordiniert werden. Letztlich bin ich zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, gemeinsam wirkungsvoll gegen Antisemitismus vorzugehen.

Vielen Dank.



Wie bekämpfen wir Antisemitismus?

Von Daniel Neumann, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Darmstadt

Herr Sirsch, Herr Professor Wiese, Dr. Klein, meine Damen und Herren,

Nach dem Vortrag von Herrn Dr. Klein hätte ich jetzt eine ganze Menge, an das ich eigentlich gerne direkt anknüpfen würde. Wozu ich direkt Stellung nehmen würde und deshalb mache ich das jetzt auch.

Und zwar bezieht sich das auf ein Thema, das er in seinem Vortrag bewusst auf die Frage hin angesprochen hat, wie wir Antisemitismus bekämpfen können. Ich stelle das Thema jetzt quasi auf den Kopf. Er sprach über das Mittel der Begegnung, über das das Wissen übereinander und die Begegnung miteinander. Und er hat dabei schon ein bisschen Wasser in den Wein gegossen, weil er sagte, dass es nicht so viele Juden gebe, mit denen Begegnungen möglich wären. 200.000 in Deutschland, nannte er. Ich halte die Zahl noch für deutlich zu hoch, ich glaube es sind deutlich weniger, es dürften wahrscheinlich so um die 150.000 sein. In jüdischen Gemeinden angemeldet als Mitglieder sind es knapp 100.000. Das ist eine sehr bescheidene Zahl. Und wenn wir die weltweite Zahl von Juden betrachten, 14.000.000 etwa, dann ist das auch eine sehr bescheidene Zahl. Der amerikanische Philosoph Milton Himmelfarb hat einmal gesagt: »Die Gesamtzahl der Juden in der ganzen Welt ist kleiner als ein statistischer Fehler bei der chinesischen Volkszählung«. Und da hat er sicherlich Recht. Wir sind im Prinzip Sternenstaub in einer Galaxie. Und deshalb ist es relativ schwer, sich dem Ziel zuzuwenden, Begegnungen flächendeckend zu ermöglichen. Das ist für uns schlichtweg aufgrund der mangelnden Masse nicht möglich. So sehr wir uns in den ca. 100 Gemeinden, die es in Deutschland gibt, auch bemühen, Begegnungen zu ermöglichen, am Ende ist eben nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und das muss jedem bewusst sein. Im Übrigen kann solch eine Begegnung auch schief gehen. Es hängt nämlich immer von demjenigen ab, der für solch eine Begegnung verantwortlich ist. Und das ist mir immer bewusst, wenn ich irgendwo bin: Ich kann gemocht werden, ich kann nicht gemocht werden. Ich kann als sympathisch betrachtet werden oder als unsympathisch. Ich kann Dinge sagen, die ihnen gefallen und Dinge sagen, die ihnen missfallen. Und wenn ich zuviel sage, was ihnen missfällt und was in ihren Augen als unsympathisch erscheint, dann wird sie ein schlechtes Gefühl be-

gleiten und werden manche ihrer Vorurteile, die sie über Juden mit sich herumtragen, bestätigt glauben. Und das tun sie, das tut jeder von uns. Denn jeder hat Vorurteile. Und jeder sucht nach deren Bestätigung. Deshalb ist die Begegnung ein wichtiges, aber sicherlich auch unvollkommenes Mittel, um den Judenhass, also den Antisemitismus zu bekämpfen.

Nun zur Gefühlslage von Juden in Deutschland, weil wir ja auch über die jüdische Perspektive auf den Antisemitismus sprechen. Und da diese Perspektive selbst aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden kann, gibt es zwei Herangehensweisen: Es kann um die persönliche Wahrnehmung von Antisemitismus gehen, also die Wahrnehmung innerhalb der jüdischen Gemeinschaft, es kann aber auch um eine jüdische Sicht auf das Phänomen Antisemitismus und dessen Erklärung gehen, also die Frage, was genau Antisemitismus eigentlich aus jüdischer Sicht ist. Wie definieren wir Antisemitismus und in welchen Erscheinungsformen tritt er auf. Und ich möchte ihnen quasi beides bieten. Ich möchte einen kurzen Einblick geben oder besser: den Versuch eines kurzen Einblicks in die Psyche von Juden in Deutschland oder von einem Juden in Deutschland, der zwar nicht notwendigerweise stellvertretend ist, der einen individuellen Erfahrungshorizont hat aufgrund langer Beschäftigung mit dem Thema. Und durch eben diese Beschäftigung - auch beruflich in jüdischen Organisationen - mit vielen anderen Juden in Kontakt kommt, die auch über ihre Erfahrungen berichten. Der zweite Punkt ist, ich möchte jüdische Perspektiven aufzeigen, die das Phänomen des Antisemitismus und dessen Ursachen beschreiben. Vorhin haben wir gehört, dass als Definition des Antisemitismus eine bestimmte Wahrnehmung von Juden gilt, die sich auch als Hass gegen Juden äußern kann. Ich möchte ihnen nachher verschiedene Schriftsteller, verschiedene Denker kurz vorstellen, die in den letzten Jahren ganz unterschiedliche Sichtweisen auf das Phänomen des Antisemitismus geboten haben und damit vielleicht auch den Horizont des einen oder anderen etwas erweitern.

Antisemitismus kann uns Juden in allen gesellschaftlichen Gruppen, zu jeder Zeit, bei allen möglichen Anlässen, immer und ständig begegnen. Es gibt Plätze, an denen es wahrscheinlicher ist und andere, an denen es weniger wahrschein-

lich ist. Doch auch diese Annahmen können manchmal täuschen.

Zu meiner persönlichen Historie: Meine Kinder und ich, wir leben in einem Stadtteil in Darmstadt mit einem Migrantenanteil von rund 60 Prozent. Manche reden vom Ausländeranteil, manche vom Anteil von Personen mit Migrationshintergrund. Sie können das drehen und wenden wie sie wollen, an den sprachlichen Unterschieden soll es nicht scheitern. Fakt ist, dass die Kinder mit einer großen Zahl von anderen Kindern unterschiedlicher Nationen in Berührung kommen: Türken, Russen, Schwarzafrikaner, da ist alles dabei. Und interessanterweise haben meine Kinder, bis auf das dritte, das dort jetzt zur Schule geht, überhaupt keine schlechten Erfahrungen mit Antisemitismus gemacht während ihrer Schulzeit.

Dort, wo man eigentlich glauben würde, dass es da kracht, dass es da knirscht, all das ist in meinem persönlichen Fall überhaupt nicht relevant geworden. Die Kinder sind überhaupt nicht mit antisemitischen Übergriffen konfrontiert worden, weder mit Anfeindungen noch ähnlichem. Jetzt muss man relativierend aber sagen, dass sie natürlich auch nicht als Juden erkennbar sind. Das ist, zynisch gesprochen, unser großes Glück als Juden. Dass diejenigen, die nicht religiös sind und diejenigen, die nicht mit schwarzen Hüten, Schläfenlocken und langen Bärten rumlaufen, als Juden in der Regel nicht erkennbar sind und deshalb von der Mehrheitsgesellschaft auch nicht als Juden wahrgenommen werden. D.h. die Kinder sind nicht den ganzen Tag mit Kippa rumgelaufen, auf denen ein Davidstern zu sehen war oder mit T-Shirts, auf denen ein hebräischer Schriftzug abgebildet war.

Und selbst wenn ein hebräischer Schriftzug drauf gewesen wäre, dann hätten die meisten wohl nicht gewusst, was es bedeutet.

Meinem jüngsten Kind ist kürzlich etwas widerfahren, als ein anderes Kind es beschimpft hat. Aber das war aus meiner Sicht eher eine Lappalie. Was ich damit sagen will: Die grundlegenden Annahmen darüber, wo man mit Antisemitismus konfrontiert wird, bewahrheiten sich nicht immer und zu jeder Zeit.

Auf der anderen Seite haben wir natürlich Erfahrungsberichte aus Schulen, beispielsweise in Köln oder sonst wo in Berlin, da sieht es sicherlich anders aus und da würde ich mein Kind auch nicht hinschicken. Die Gesamtsituation für Juden als solche, also der Druck, der gesellschaftlich

erzeugt wird, der Druck, der auch medial erzeugt wird und der außerdem aus Erfahrungsberichten anderer Juden entsteht, führt allerdings auch gleichzeitig dazu, dass viele Juden ihre Kinder nicht auf öffentliche Schulen schicken, sondern zusehen, dass sie sich in geschützten Bereichen wiederfinden, in denen sie dann hoffentlich vor dem Antisemitismus geschützt bleiben. Bei meinen Kindern gipfelt es darin, dass sie eben auf einer ehemals katholischen Mädchenschule lernen. Bei den Älteren entstanden so, und da außerdem ein sehr enger Kontakt der Schule zur Jüdischen Gemeinde besteht, viele Begegnungen und sie haben tatsächlich keine negativen Erfahrungen gemacht.

Für mich persönlich allerdings ist der Antisemitismus ein ständiger Begleiter. Das ist, wenn man in einer jüdischen Gemeinde arbeitet und in einer jüdischen Institution arbeitet natürlich nichts Verwunderliches, aber die Begegnungen mit dem Antisemitismus waren auch zu einer Zeit mein Begleiter, als ich mich noch nicht in einer praktisch profilierten Stellung befunden habe. Es geschah etwa auf dem Schulhof, wo ich mit »Juden-sau« oder ähnlichen Sprüchen beleidigt worden bin – und das von Kindern aus ausgesprochen guten Familien, Rechtsanwaltsfamilien und sogar der Sohn des Justitiars des DFB war dabei. Denn das ist kein Kriterium dafür, ob sie antisemitisch ticken oder nicht. Ich bin Menschen begegnet, die den Holocaust geleugnet haben, die praktisch meine eigene Geschichte, die meiner Familie, meiner Großmutter, die in Auschwitz war, geleugnet haben; mir vorgeworfen haben, meine Familie würde die Geschichten erfinden, weil es das überhaupt nicht gegeben habe. Also im Stile der Holocaustleugner wie Fred Leuchter und anderer, welche behauptet haben, dass gar nicht so viele Juden in Auschwitz hätten vergast werden können, weil die Kapazitäten gar nicht ausgereicht hätten etc. Mit solchen Menschen war ich in meiner Schulzeit konfrontiert und die, mit denen hat es auch körperliche Übergriffe gegeben. Ich wurde angegriffen, ich wurde allerdings auch - weil ich kein König des Boxrings war - von anderen Freunden wiederum gegen diese Personen geschützt.

Wir selbst hatten, als ich noch bei meinen Eltern lebte, brennende Müllbeutel vor der Haustür, die ein Haufen von Nazis angezündet hatte. Wir hatten außerdem Neonazis vor der Tür, die des Nachts irgendwelche Zweite-Weltkriegs-Lieder gegröhl haben.

Und wir hatten regelmäßig Anrufer am Telefon oder auf unserem Anrufbeantworter, die uns mit den üblichen Freundlichkeiten »euch haben sie vergessen zu vergasen!«, »...und wenn wir euch erwischen, schneiden wir euch die Kehle durch« usw. und so fort konfrontiert haben. Das sind alles Spielarten von Antisemitismus, mit denen man als Jude in Deutschland durchaus konfrontiert wird. In der einen oder anderen Form.

All das mag an jemanden, der in einem entsprechenden Beruf arbeitet, vielleicht noch irgendwo abprallen, weil man sich schlicht und ergreifend daran gewöhnt. Man gewöhnt sich an die Polizei vor der Synagoge, man gewöhnt sich an die Situation, dass Kinder nur noch unter Polizeischutz lernen können, man gewöhnt sich an die Situation, das man angefeindet wird, weil man jüdisch ist. Für andere mag das durchaus manchmal etwas erschreckender sein. Aber das, was uns - glaube ich - einen der heftigsten Tiefschläge verpasst hat in den letzten Jahren, war sicherlich die Situation im Jahr 2014 während des Gaza-Krieges, also des Konfliktes zwischen Israel und Gaza, der auf deutschen Straßen ein solch hohes Maß an Aggressionen gegen Juden und jüdische Gemeinden erzeugt hat, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden nicht mehr erlebt haben. Die Demonstrationen, die meistens unter dem Label »Friedensdemonstrationen« abgehalten worden sind, und in denen sich sowohl große Gruppen aus dem arabisch-türkischem Spektrum getummelt haben wie auch Rechte ebenso wie Linke und Pazifisten, haben es tatsächlich fertig gebracht, Sprüche wieder auf deutschen Straßen erklingen zu lassen, die unglaublich waren. Einige davon sind vorhin genannt worden »Juden ins Gas«, »Jude, Jude feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein«, dann die klassischen antisemitischen Stereotypen »Kindermörder Israel« etc. und das bundesweit. Mitunter einhergehend mit tätlichen Übergriffen. Zumindest, wenn sie solch einer Demonstration zu nahe gekommen sind und eine als jüdisch identifizierbare Insignie getragen haben, einen Davidstern, eine Kippa, ein Fähnchen o.ä.. Es war in hohem Maß verstörend für uns zu erleben, wie wir, wie Juden, wie jüdische Gemeinden in Deutschland, auf einmal zum Angriffsziel für Israel-Hass geworden sind.

Es ist seinerzeit - und das relativiert das Ganze ein wenig -, es ist seinerzeit immer wieder darauf hingewiesen worden - womit wir uns auch selbst wieder etwas beruhigt haben -, dass die Politik und die Medien auf der Seite der jüdischen Gemeinde standen. Das Thema ist also immer wie-

der in den Medien aufgegriffen worden. Es hat zwar eine Weile gebraucht, bis sich tatsächlich die notwendige Dynamik entwickelte, aber letztlich ist es in den Medien immer wieder aufgegriffen worden und auch die Politik hat sich ganz klar geäußert. Die Springerpresse, die Bild-Zeitung, also unser Megamedium in Deutschland, hat nahezu jeden Tag berichtet, Artikel gebracht, »Aufstehen gegen Judenhass«, »Nie wieder Judenhass«, oder Formate, wo sich Prominente zu Wort gemeldet haben, sich an die Seite der jüdischen Gemeinschaft gestellt haben und deutlich gemacht haben, dass so etwas nicht mehr passieren darf. Dass das, was wir jetzt wieder auf deutschen Straßen erleben, gestoppt werden muss.

Das klang sehr gut und war für einen Moment auch Balsam auf der Seele, aber ich muss gestehen, dass es in der realen Welt, die eben nicht nur aus Zeitung und nicht nur aus Politikern besteht, sondern auch und vor allem aus der Zivilgesellschaft an Unterstützung mangelte. Sprich: Die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft war katastrophal! Es gab keine Initiative, die auf die Idee gekommen wäre, eine Solidaritätsdemonstration zu veranstalten, also eine projüdische Demonstration. Eine Demonstration, die sich an die Seite der jüdischen Gemeinde gestellt hätte.

Da eben diese Gemeinschaft zumindest verbal praktisch zu Freiwild erklärt worden war. Stattdessen musste diese Initiative letztlich durch den Zentralrat selber ergriffen werden. Der Zentralrat der Juden selber musste auf die Idee kommen, eine Demonstration in Berlin zu veranstalten, um deutlich zu machen, dass Judenhass ein Phänomen ist, was nicht nur Juden betrifft, sondern die Gesellschaft als solche.

Herr Dr. Klein hat vorhin schon darauf aufmerksam gemacht.

Das ist ein ganz entscheidendes Element, auf das ich vielleicht später nochmal kurz zu sprechen kommen werde.

Diese Demonstration also wurde in einer unglaublichen Art und Weise beworben. Sie wurde mit Plakatkampagnen in ganz Berlin begleitet, durch die Spendenbereitschaft eines Stellwandbetreibers. Begleitet durch Lichtinstallationen am Springerhaus mit einem Davidstern und dem Slogan »Nie wieder Judenhass«, der dort geleuchtet hat des Nachts. Das war eigentlich ein Riesenaufruf, der obendrein durch die Bild-Zeitung begleitet wurde. Ein bundesweiter Aufruf, um sich in dieser Situation demonstrativ an die Seite der

jüdischen Gemeinschaft zu stellen. Wenn sie mich nun vor der Demonstration gefragt hätten, wie viele Leute da kommen würden, hätte ich gesagt, mindestens 100.000. Das war so die Größenordnung, die ich mit Blick auf die deutsche Geschichte, mit Blick auf die Schoa, erwartet hätte. Schließlich hatten wir zwar eine anfangs sehr zähe, später dann aber eine an Dynamik gewinnende Aufarbeitung erlebt, die ihre Spuren hinterlassen haben sollte. Und jetzt passiert so was auf deutschen Straßen. Ich dachte bei mir, dass da doch die Leute aus ihren Häusern kommen und müssen Farbe bekennen müssten. Das hören wir ja schließlich an jedem 9. November, an jedem 27. Januar zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Das »Nie wieder«. Jetzt allerdings ist es wirklich Zeit, Farbe zu bekennen! Gekommen sind am Ende 5.000. Fünftausend! Von den 5.000 Teilnehmern waren geschätzt 3.500 aus jüdischen Gemeinden deutschlandweit mit Bussen dahin gefahren worden. Daneben war zwar das komplette Bundeskabinett vor Ort, ebenso Kirchenvertreter, Interessenvertreter, Gewerkschaften und so weiter, aber die Zivilgesellschaft hat sich an diesem Tag nicht mit Ruhm bekleckert. Und das war ein Moment, bei dem mir und sicherlich auch vielen anderen Juden in Deutschland klar geworden ist, dass wir, wenn es hart auf hart kommt, doch alleine bleiben. Und das war der Moment, in dem man sich gefragt hat, wie lange man das noch ertragen kann? Was für eine Perspektive haben wir hier eigentlich?

Wenn es denn tatsächlich darauf ankommt und man zwar die Politik und die Medien an seiner Seite hat, aber keine zivilgesellschaftlichen Akteure?

Keinen, der auf die Straße geht und sagt, das wollen wir nicht mehr?

Das Ganze kann natürlich unterschiedliche Gründe haben. Wir haben nachher versucht, Ursachenforschung zu betreiben. Wir haben gefragt, ob es zu sehr mit Israel zu tun hatte, so dass die Leute den Antisemitismus nicht wahrgenommen haben. Und wir haben uns viele weitere Fragen gestellt.

Ich muss ihnen sagen, dass ich mich über jeden Einzelnen, der hier ist, freue, aber die Tatsache, dass es auch diesmal so wenige sind, bei solch einem Thema, zeugt genau von diesem Phänomen: nämlich dass sich die meisten Menschen in Deutschland nicht darüber bewusst sind, was Antisemitismus eigentlich bedeutet, welche Gefahren im Antisemitismus schlummern und wel-

che Gefahren für die Mehrheitsgesellschaft dieses Thema beinhaltet.

Es geht dabei nämlich nicht nur um den Artenschutz für eine religiöse Minderheit.

Es geht nicht darum, unsere Befindlichkeiten irgendwie zu mildern. Sondern es geht um die Zukunft der Gesamtgesellschaft, es geht um die Frage, wie eine Mehrheit mit einer Minderheit umgeht. Es geht um eben diesen Lackmustest, von dem auch Herr Dr. Klein vorhin gesprochen hat. Es geht darum, die jüdische Gemeinschaft als Minenvögel zu begreifen. So wie diese Minenvögel früher in Minen geschickt wurden, um den Gasgeruch als erste wahrzunehmen. Um auf die giftigen toxischen Gase zu reagieren, so dass die Minenarbeiter Zeit hatten, auf dieses Warnsignal zu reagieren und schnell aus der Mine rauszukommen. Es geht darum zu begreifen, dass die Juden die Minenvögel sind. Und wenn die Minenvögel anfangen zu reagieren, zu fliehen oder zu sterben, dann wird es für die gesamte deutsche Gesellschaft kritisch! Und dann wird es für andere Gesellschaften ebenso kritisch. Denn historisch ist nahezu jedes Land, das die Juden vertrieben hat, am Ende in der ein oder anderen Form ebenfalls kollabiert, zusammengebrochen. Wir sind trotz grausamer Verletzungen, trotz Vertreibungen, Pogromen und Vernichtungsversuchen am Ende immer wieder davongekommen. Wir existieren seit mehreren tausend Jahren und stehen noch immer. Wir haben alle großen Zivilisationen gesehen. Doch all diejenigen, die sich im Lauf der Jahrtausende mit uns angelegt haben, sind Geschichte: seien es die Babylonier, seien es die Assyrer, seien es die Perser, seien es die Griechen, seien es die Römer. Gehen sie mal und suchen sie nach den Römern von damals, nach den Griechen von damals, nach den Babyloniern von damals oder den anderen. Sie sind Historie, aber unsere Geschichte, die jüdische Geschichte, geht weiter.

Doch zurück: Was ist Antisemitismus? Meine Lieblingsdefinition von Antisemitismus ist »If you can't stand the Jews more than it is natural«. Also: wenn man die Juden noch weniger ausstehen kann, als es normal ist.

Der Punkt dabei ist, dass diese Definition davon ausgeht, dass es immer einen Bodensatz von Antisemitismus, von der Ablehnung des Andersseins, von der Ablehnung der jüdischen Minderheit geben wird, worüber wir nicht hinwegkommen. Und dass dieses Abgelehnte auch noch spezifisch jüdisch ist. Dass es also vieles gibt, wofür

man die Juden wirklich nicht mögen muss. Dass das völlig normal ist. Nicht gut. Nicht richtig, aber es ist eben so. Aber dass wenn diese Grenz überschritten wird, wenn noch mehr kommt, dass es dann antisemitisch wird.

Es gibt tatsächlich eine ganze Reihe von Erklärungsmustern, um den Antisemitismus begreifen zu können. Um die Vorurteile, die gegenüber Juden bestehen, beschreiben zu können. Dazu zählt – vor allem im Mittelalter – der Verweis auf die angebliche ökonomische Situation. Der Blick auf Juden als Geldverleiher. Und die Schlussfolgerung, dass alle Juden reich seien. Das sind klassische Vorurteile, die sich auch heute noch widerspiegeln. Die allerdings grotesk waren, weil sie natürlich den Wagen vors Pferd gespannt haben und nicht umgekehrt das Pferd vor den Wagen. Denn Juden wurden ja gerade in diese Berufe abgedrängt, sie wurden gerade in die Geldverleiherbranche hineingedrängt, weil man ihnen keinen Zugang zu anderen Berufen ermöglicht hat. Und weil man jemanden brauchte, der diese verhassten Tätigkeiten übernahm. Deswegen wurden sie zu Geldverleihern gemacht und danach wurde ihnen vorgeworfen, dass sie Geldverleiher, dass sie Ausbeuter, dass sie reich seien. Oder aber man hat sie als Aussätzige begriffen. Als nicht dazugehörig zu einem Staat. Als heimatlose Verräter. Als fünfte Kolonne. Interessanterweise wird auch dieses Vorurteil heute wieder umgedreht. Heute wirft man ihnen nämlich vor, dass sie gerade einen eigenen Staat haben wollen, nämlich den Nationalstaat Israel. Der Antisemitismus ist allerdings flexibel genug und kann deshalb auf alles reagieren. Er kann Juden dafür verantwortlich machen, dass sie reich sind oder dass sie arm sind. Dass sie keinen Staat haben oder dass sie unbedingt einen Staat haben wollen. Man kann ihnen vorwerfen, dass sie wurzellos sind oder zu sehr verwurzelt. Dass sie Kosmopoliten oder engstirnige Nationalisten. Dass sie keine eigenen Werte, keine Traditionen haben. Oder man wirft ihnen vor, dass sie viel zu sehr in der Vergangenheit verhaftet sind, zu sehr in ihren jüdischen religiösen Traditionen. Insofern ist der Antisemitismus eine Art Schimäre, die sie einfach nicht vollständig erkennen, nicht greifen können. Er ist so wandelbar, dass man ihn nicht zu packen bekommt, bevor er seine Form wieder gewandelt hat.

Man hat den Juden von christlicher Seite vorgeworfen, Gottesmörder zu sein.

Man hat die Juden als Sündenbocke begriffen. Zu allen Zeiten.

Oder man hat sie als minderwertige Rasse verunglimpft.

Deshalb möchte ich ihnen jetzt drei jüdischen Stimmen vorstellen, drei jüdische Erklärungsversuche, was Antisemitismus eigentlich ist und was dessen Grundlage ist. Sie werden sicherlich nicht mit allem einverstanden sein. Das ist mir durchaus bewusst, aber da ich heute hier bin, um Ihnen die jüdische Perspektive vorzustellen, werde ich das auch tun. Und glauben Sie mir, auch viele Juden sind mit vielem von dem, was ich jetzt sage oder was ich jetzt wiedergebe, nicht unbedingt einverstanden. Dafür sind wir zu bunt, zu vielfältig, zu plural. Das dürften diejenigen gehört haben, die gestern Abend bei der Diskussion dabei waren.

Eine sehr traditionelle und religiös geprägte Auffassung darüber was Judenhass, was Antisemitismus eigentlich hervorruft, kommt von Dennis Prager und Rabbiner Joseph Telushkin. Er wurde auch von Rabbiner Ken Spiro aufgenommen, der ebenso wie die beiden genannten die verschiedenen Punkte, die ich eben als Ursache für Judenhass genannt habe, also Ökonomie, Rasse, Gottesmordvorwürfe, die Aussätzigkeit, also die Heimatlosigkeit, die Sündenbockfunktion, beiseite gewischt haben. Da zwar durchaus etwas für sie spräche und sicher auch etwas Wahres dran sei, sie allerdings nicht den eigentlichen Grund beschreiben. Was der eigentliche Kern sei - und das ist eine religiöse geprägte Auffassung -, was also der eigentliche Kern sei von Antisemitismus, sei im Prinzip die Aufgabe des jüdischen Volkes in dieser Welt. Also die Idee, ein Licht unter den Völkern zu sein. Das hat mit der Idee der Juden als auserwähltem Volk zu tun. Wenn sie das heute säkularen Israelis oder säkularen Juden erzählen, werden die sagen, dass es völliger Unsinn sei.

Und es gab Bewegungen im Judentum, die diese Vorstellung abgelehnt haben. Wie das Reformjudentum, das vor 200 Jahren entstanden ist.

Jedenfalls geht diese Ansicht auf Passagen im Talmud, in den jüdischen Schriften, zurück, wo Bezug auf das Sinai-Ereignis, also die göttliche Offenbarung und die jüdische Aufgabe genommen wird. Am Sinai, also am Berg Sinai hat das jüdische Volk laut Überlieferung die 10 Gebote und die Tora bekommen. Und hat damit die Aufgabe übernommen, den ethischen Monotheismus zu verbreiten. Das jüdische Volk war damals keineswegs monolithisch, es bestand aus ganz unterschiedlichen Individuen, aus Israeliten,

Ägyptern etc. Doch alle haben sich einer Aufgabe verschrieben: nämlich als auserwähltes Volk den ethischen Monotheismus in die Welt zu bringen. Für bestimmte moralische Grundprinzipien einzustehen. Mit der Vision, die Welt dem einen Gott zuzuführen, der als absolut primäre Aufgabe eine ethische Gesellschaft möchte. Eine ethische, eine moralisch handelnde Menschheit. Und diese Idee vertreten beispielsweise Prager und Telushkin. Denn egal, was an sonstigen Versuchen unternommen worden sei, den Antisemitismus zu erklären, sei dies die eigentliche Grundlage. Also der Hass auf das auserwählte Volk und seine übernommene Aufgabe. Im Talmud heißt es dazu, dass es eine Verbindung gibt zwischen dem Sinai, also dem Berg, an dem die Übergabe der 10 Gebote als moralisches Fundament der Menschheit stattgefunden hat, und dem hebräischen Wort für Hass - sina. Der Hass kommt vom Sinai. Die Rabbiner haben also schon vor über 2.000 Jahren gewusst, dass das Ereignis am Sinai Hass auf die Juden bringen wird. Weil man nicht damit umgehen kann, dass es ein Volk gibt, das alles in Frage stellt, das die Götter dieser Zeit in Frage stellt, das die moralischen Grundlagen dieser Zeit in Frage stellt – oder die Amoral kritisiert -, und das mit einem eigenen Moralkodex umherläuft und sagt, das dies eigentlich genau der Moralkodex sei, den alle, wirklich alle befolgen sollen. Und wenn alle diesen Moralkodex befolgen würden, dann hätten wir eine gute Welt. Eine Welt, in der auch der Messias seinen Platz finden würde. Das ist also die religiöse Idee. Und so abwegig ist sie nicht! Sie war über fast 1.800 Jahre keineswegs abwegig. Sie hat ihre Kraft eingebüßt, nachdem Säkularisierung und Aufklärung eingesetzt haben und viele Juden sich eben überhaupt nicht mehr religiös als Juden begriffen haben, sondern höchstens kulturell oder ethisch. Das also ist eine Perspektive darauf. Die Juden als auserwähltes Volk mit einer besonderen Mission. Und zwar nicht im Sinne von einem besseren Volk. Dieser Gedanke wäre abwegig. Die Thora lässt nämlich keine Gelegenheit aus, immer wieder zu betonen, was für Idioten wir Juden sind, wie schlecht wir sind, was für moralische Pfeifen wir sind und kommt gleichzeitig an vielen anderen Stellen darauf zu sprechen, wie hochstehend die Protagonisten anderer Nationen sind. Etwa die Tochter des Pharaos. Oder der Priester Jithro. Und viele andere.

Es geht also nicht um ein Besser-Sein der Juden als solches. Es geht nicht um ein biologisches Besser-Sein oder um irgendetwas, das Juden in sich tragen und was sie besser macht. Es geht um die Mission, die sie auf sich genommen haben.

Und interessanterweise gibt es noch eine andere talmudische Stelle, in der es heißt, dass die Juden das Gesetz und die Aufgabe noch nicht mal übernehmen wollten. Stattdessen habe Gott den Berg Sinai umgedreht über ihren Kopf gehalten und habe gesagt: »Wenn ihr die 10 Gebote nicht annehmt und wenn ihr die Tora nicht annehmt, dann begrabe ich euch unter diesem Berg.« Die Auserwählung, die Offenbarung und die jüdische Berufung beruhten also nicht unbedingt auf Freiwilligkeit, sondern es ist im Prinzip eine Aufgabe, die gezwungenermaßen übernommen wurde und die seither als Bürde getragen wird. Weswegen Tevje der Milchmann in dem Musical Anatevka auch sagt: »Danke Gott, das du uns damals auserwählt hast! Aber könntest du nicht von Zeit zu Zeit auch mal ein anderes Volk auswählen?« Das ist die religiöse Erklärung für den Judenhass.

Die zweite Ansicht, die ich ihnen vorstellen werde kommt von Ruth Wisse, einer Harvard-Literatur-Professorin. Diese hat ein Buch geschrieben, *Jews and Power*, und sagt, dass der Antisemitismus, so wie er sich heute darstellt, die Organisation von Politik gegen die Juden bedeutet. Wir reden also nicht über den Antisemitismus als Antijudaismus, sprich den christlichen Antijudaismus des Mittelalters, sondern wir reden über den Antisemitismus, der sich in der Neuzeit entwickelt hat. Im 19. und 20. Jahrhundert, als auch der Begriff Antisemitismus von Wilhelm Maar im Jahr 1879 geprägt worden ist. Wisse sagt also, dass es bei diesem Antisemitismus im Kern darum geht, politische Mehrheiten zu organisieren, indem man die Juden als gemeinsamen Gegner begreift. Warum? Erstens weil Juden ein leichtes Ziel waren, weil sie seit Tausenden von Jahren verfolgt waren, weil es also zahlreiche Vorurteile gab auf denen man leicht aufbauen konnte. Zweitens weil bei Juden praktisch keine Gefahr bestand, dass sie sich wehren würden. Juden hatten es quasi in ihrer DNA, sich nicht zu wehren, nicht gewalttätig zu werden, auf Kompromisse und Diskussion zu setzen. Sie versuchten stets, sich zu adaptieren, sich an die jeweiligen Mehrheitsgesellschaften anzupassen. Deshalb herrscht im Judentum auch der Grundsatz: »Dina de malchutta Dina« Übersetzt: Das Gesetz deines Staates ist das Gesetz. Juden waren immer darauf bedacht, unauffällig zu bleiben, der Gesellschaft etwas Positives zu bringen oder sie zu befruchten. D.h. die Juden waren nach Ruth Wisse ein leichtes Ziel. Man musste nie damit rechnen, dass sie sich ernsthaft wehren würden. Mal abgesehen davon, dass sie stets gering an Zahl waren.

Dabei verweist sie erstens auf die Entwicklung des Nationalsozialismus und zweitens auf die Entwicklung, die Juden und das Verhältnis zu Israel in den arabischen Staaten genommen haben. Vor allem im Vorfeld der Gründung des Staates Israel. Denn der verbindende Faktor für die arabischen Nationen, die sich im übrigen ja mitunter bis aufs Blut bekämpft haben und sich gegenseitig nicht ausstehen konnten - und sich auch heute mitunter noch nicht ausstehen können - der verbindende Faktor also für die arabischen Nationen bei der Gründung der arabischen Liga war der Hass auf Juden, war die Perspektive, dass ein jüdischer Staat entstehen soll inmitten arabischer Staaten im Nahen Osten. Genau das war das Bindemittel, das war der Kitt, der die arabischen Staaten zusammengehalten hat. Und das ist der Kitt, der die arabischen Staaten heute noch zusammenhält. Wer mir erzählen will, es geht den arabischen Staaten um das Wohl der Palästinenser, der ist schief gewickelt.

Das interessiert sie überhaupt nicht. Und es interessieren sie auch keine 500.000 Tote in Syrien. Und es interessiert sie auch kein anderer Gebietskonflikt so sehr, wie derjenige um den Judenstaat. Stattdessen gibt es ein einziges Bindemittel, um die innerarabischen Probleme beiseite zu schaffen: nämlich den Hass auf Israel und die Juden zu konzentrieren.

Und das ist im Prinzip Ruth Wisse Ansicht. Das ist ein Beispiel der Organisation von Politik gegen die Juden.

Der dritte Ansatz stammt von Rabbiner Jonathan Sacks und wurde von ihm vor gut zwei Jahren in einer Rede im Europaparlament vorgestellt. Dieser Ansatz ist sehr weit gefasst. Er geht in die Richtung der Aussage von dem Historiker Salon Baron, der sagte, dass Antisemitismus »The dislike of the unlike« sei.

In diese Richtung geht auch Jonathan Sacks.

Rabbiner Jonathan Sacks beschreibt das Phänomen des Antisemitismus als einen ständig mutierenden Virus, der Gesellschaften befällt und der Gesellschaften zugrunde richtet. Er hat dies dargestellt, in dem er behauptet hat, dass der Antisemitismus nie eine klare Struktur hatte.

Im Mittelalter war es religiös geprägter Judenhass, sprich Antijudaismus. Von den Kirchen betrieben mit antijüdischen Ressentiments befeuert.

Im 19. und 20. Jahrhundert, also im Zeitalter nach der Aufklärung, war der Antisemitismus mit rassistischen Ideen begründet.

Sozialdarwinismus, Rassetheorien und so weiter. Und er entwickelte sich zu exterminatorischem Antisemitismus, zu tödlichem Judenhass, der mit Rasseideologien versetzt war. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich ein nationaler Antisemitismus, der sich sozusagen von den Juden ein Stück weg bewegt hat und Israel als Angriffspunkt benutzte.

Israel als der Jude unter den Staaten. Israel als Hauptziel des Antisemitismus. Antizionismus als getarnter Antisemitismus.

Er hat dann gefragt, wie es eigentlich sein könne, wie es überhaupt funktionieren könne, dass sich ganze Zivilisation mit solchen Viren anstecken?

Und er meinte, dass es dazu notwendig sei, dass die höchste Autorität der jeweiligen Epoche hinter diesen Ideen stehe. Ansonsten würde man es nicht schaffen, diese gesellschaftsfähig zu machen.

Die höchste Autorität während des Mittelalters war die Kirche. Deshalb ist der Antijudaismus befeuert und gerechtfertigt worden von der Kirche und hat so eine breite Mehrheit infiziert. Im 19. und 20. Jahrhundert war es die Wissenschaft. Es waren die Jahrhunderte der Wissenschaft. Und die Ideen von Sozialdarwinismus, von Rassetheorien und ähnlichen waren wissenschaftliche Ideen. D.h. die Rechtfertigung dieser Theorien stammt aus dem wissenschaftlichen Milieu.

Das war also die Rechtfertigung dafür, dass man mit den Juden so umgeht.

Und die Autorität, die als Rechtfertigung für den Antisemitismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, diente, sind die Menschenrechte.

Die Menschenrechtserklärung von 1948.

Am 10. Dezember sind das 70 Jahre her, seit die Menschenrechte kodifiziert wurden. Internationale Menschenrechte. Und heute wie damals wird Israel unter dem Label von behaupteten Menschenrechtsverletzungen angegriffen.

Israel begehe die größten Menschenrechtsverletzungen, die man sich eben so vorstellen kann. Er nennt es die Kardinalsünden. Ethnische Säuberung, Genozid, Apartheid, Rassismus und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Das sind Begriffe, mit denen Israel in Verbindung gebracht wird. Stets unter dem Label der Wahrung der Menschenrechte. Und wenn ich dann Organisationen sehe, wie BDS (Boykott, Disinvestment, Sanctions), die als Menschenrechtsorganisation daher kommt, und Israel dämonisiert, dann muss ich sie fragen, wer eigentlich darauf hereinfließen kann? Wer kann eigentlich auf solche eine Organisation hereinfließen? Auf eine Organisation, die eine völlige Asymmetrie herstellt zwischen Israelis und Palästinensern und im Namen universeller Menschenrechte dem einen helfen will während sie dem anderen schadet. Aber da die Menschen nicht rational sind und da der Antisemitismus nicht rational ist, funktioniert sowas eben doch.

Jedenfalls hat Jonathan Sacks gesagt, dass wir jetzt im Prinzip wissen, was die jeweiligen Antriebskräfte in den verschiedenen Jahrhunderten waren. Und wie sich der Antisemitismus jeweils dargestellt hat.

Aber damit war die Frage für ihn noch nicht beantwortet, warum Menschen überhaupt bereit sind, diese Ideologien anzunehmen.

Wieso sind sie überhaupt bereit, so etwas zu glauben?

Warum sind sie überhaupt bereit, sich so stark beeinflussen zu lassen?

Er sagt, dass es damit zusammenhänge, dass jeder Mensch, jedes Land, jede Regierung, jede Zivilisation, wenn sie mit bestimmten Problemen konfrontiert wird, zwei Antworten darauf geben könne. Sie könne fragen: »Was haben wir falsch gemacht? Wo liegt unser Fehler?«, was also der erste Schritt zu einer Selbstbeschau ist. Eine Frage von Selbstkritik. Eine kritische Überprüfung des eigenen Handelns, politischer Entscheidungen und einer kritischen Auseinandersetzung damit, welcher Weg der richtige ist. Das Judentum - ich will jetzt keine Werbung für das Judentum machen, aber das Judentum - hat in seinen Gebetschriften schon seit 2.000 Jahren ein Gebet, welches wir an Feiertagen beten, das da sagt: »Umipnei chataenu galinu mearzenu«, »...wegen unserer Sünden sind wir aus unserem Land vertrieben worden«. Das Judentum hat also nie gesagt: Ihr seid Schuld! Ihr seid Schuld, die Römer sind Schuld, die Griechen sind Schuld. Auch wenn sie das natürlich geglaubt oder gewusst haben. Aber in den religiösen Schriften haben sie immer eine Selbstbeschau gefordert. Was haben wir denn falsch gemacht? Gibt es irgendwas an uns, was

die Ursache für unser Schicksal sein kann? Haben wir etwas getan, weswegen wir aus diesen Ländern vertrieben worden sind. Und die Religiösen antworten darauf natürlich: »Ja, wir haben die Gebote Gottes nicht gehalten, deshalb sind wir rausgetrieben worden.«

Jedenfalls meint Jonathan Sacks, das dies eine mögliche Reaktion sein könne: Also die Frage »Was haben wir falsch gemacht?«

Die andere Reaktion - und die wiederum zeigen die meisten Menschen, zeigen die meisten Gesellschaften - sei zu fragen: »Was haben die anderen falsch gemacht?« Und in diesem Moment, in dem man nur auf die anderen schaue und nicht auf sich selbst, gebe man sich in eine Opferrolle. Und fängt an, eigenes Fehlverhalten auf andere zu projizieren. Eigenes Versagen, eigene Fehler auf andere zu projizieren.

»Die« sind doch eigentlich Schuld. »Die« sind der Grund.

»Die« sind verantwortlich dafür, dass es uns ökonomisch schlecht geht; dass es uns gesellschaftlich schlecht geht; dass wir bei der Globalisierung den Anschluss verpasst haben. Und genau das höre ich immer wieder. In ständigen, in immer wiederkehrenden Gesprächen klingen diese Ansichten an und ich warte immer darauf, dass ein antisemitisches Vorurteil durchscheint. Schließlich haben die doch die Macht, sind reich oder kontrollieren die Medien. Das klingt dumpf, das klingt primitiv. Aber diese Prozesse und die daraus resultierenden Rückschlüsse finden in vielen Köpfen statt. Die (Juden) kontrollieren die Medien, die (Juden) kontrollieren die Banken, die Juden ziehen im Verborgenen die Strippen, um auch die Welt zu kontrollieren. Ist doch logisch, oder? Bullshit!

Das sind Denkmuster, die weit verbreitet sind. Das ist eine Verantwortungsumkehr, die stattfindet und die irgendjemanden oder irgendeine Gruppe aufs Korn nehmen muss, verantwortlich machen muss für all das Schlechte.

Und diese Gruppe sind laut Jonathan Sacks die Juden. Warum sind es die Juden? Weil sie das beste Ziel abgeben, weil sie ein historisch getestetes Ziel sind, weil sie es schon immer waren und weil sie schon immer unter Druck standen wegen all der verschiedenen Vorwürfe und Vorurteile, die ich vorhin schon genannt habe.

Sie sind ein bewährtes Ziel und leichte Beute, deshalb kann der Antisemitismus auch heute wieder reüssieren.

Sicher: Er hat sich verändert. Er kam nach den großen Anstrengungen, die Deutschland unternommen hat, mit dem Antisemitismus fertig zu werden, nun doch auf dem Umweg über die arabische Welt zurück. Denn dort finden sich inzwischen die gleichen Vorurteile, die gleichen Stereotype, die es seinerzeit in Westeuropa gab. Brunnenvergiftung, Kindermord und so weiter. Das kennen wir seit gut 1.000 Jahren. Das findet dort seinen Widerhall. Und Jonathan Sacks sagt im Prinzip am Ende seiner Rede, dass es für uns alle darum gehen müsse, die Würde des Unterschieds zu akzeptieren. Er nennt es »dignity of difference«. Wir müssen also erstens selbstkritisch sein, wir müssen zweitens anerkennen, dass das Anderssein einen Wert hat. Und dieser Gedanke kommt bei ihm aus dem jüdischen Denken. Dieses jüdische Denken (in diesem Zusammenhang) ist sehr partikularistisch, zielt auf das eigene Volk, die eigene Gruppe, beinhaltet aber gleichzeitig universalen Ziele.

Es besitzt eine universelle Ausrichtung von dem, was geschaffen werden soll.

Daraus entsteht das Entscheidende. Aus der Spannung zwischen Partikularismus und Universalismus. Zwischen dem eigenen Besonderen und der Besonderheit des Anderen. The *dignity of difference*. Die Anerkennung des anderen als anders und die Würdigung des Andersseins.

Und da wir alle anders sind, jeder einzelne, sagt er auch, »...das was mit den Juden beginnt, nicht mit den Juden aufhört. Denn eine Menschheit, die keinen Platz hat für Juden hat, hat keinen Platz für das Anderssein. Und eine Welt, die kei-

nen Platz hat für das Anderssein, hat keinen Platz für die Menschheit als solche.«

Das sind Ideen von Jonathan Sacks, die sehr tiefgehend sind. Sehr weitläufig.

Die ich aber im Großen und Ganzen, auch wenn ich nicht alles teile, als sehr einleuchtend empfinde. Speziell die Idee des mutierenden Virus, des Antisemitismus als mutierenden Virus, der immer und immer wieder in unterschiedlichen Formen, in unterschiedlichen Schattierungen auf neue Zeiten, auf politische Stimmungen etc. reagiert und sich entsprechend wandelt. Das halte ich für eine durchaus treffende Erklärung dieses Phänomens, mit dem wir konfrontiert sind und auch in Zukunft konfrontiert werden.

Ich sagte vorhin schon, dass ich im Gegensatz zu Dr. Klein nicht ganz so optimistisch bin, dass wir den Antisemitismus irgendwann völlig beseitigen werden. Dafür sind wir Menschen zu menschlich und dafür ist die Ablehnung des Anderen und des Andersseins zu tief in uns selbst eingegraben.

Ich bin mir aber sicher, dass wir es mit einer entsprechenden Anstrengung schaffen, den Antisemitismus zumindest einzuhegen und mit den entsprechenden Anstrengungen vielleicht auch dafür sorgen, dass er sich wieder zurückentwickelt auf das anfangs genannte Normalmaß. Schließen möchte ich mit einer Bemerkung, die ein zehnjähriges Mädchen kürzlich bei einer Synagogenführung gegenüber meinem Kollegen gemacht hat. Dieses Mädchen fragte ihn, warum eigentlich alle Menschen die Juden hassen.

Wenn wir mit der Tagung fertig sind, haben sie vielleicht eine Antwort.

Dankeschön.



Gemeinsam gegen Judenfeindschaft aus der Sicht des Verfassungsschutzes

Von Stephan J. Kramer, Präsident des Amtes für Verfassungsschutz in Thüringen

Die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland ist im Jahr 2017 unverändert hoch geblieben. Durchschnittlich vier solcher Straftaten pro Tag habe die Polizei registriert, berichtete der »Tagesspiegel«. Das sei ungefähr so viel wie 2016. In den meisten Fällen waren dem Blatt zufolge die Täter rechtsextrem oder zumindest rechts motiviert. Das Blatt beruft sich auf eine Antwort der Bundesregierung auf schriftliche Fragen von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke).

Demnach stellte die Polizei 2017 insgesamt 1.453 antisemitische Delikte fest, darunter 32 Gewalttaten sowie 160 Sachbeschädigungen und 898 Fälle von Volksverhetzung. Die Zahlen werden laut »Tagesspiegel« vermutlich noch steigen, da nicht alle Angaben der Länder bereits endgültig sind und es Nachmeldungen geben dürfte.

Bei 1.377 Delikten geht die Polizei von rechts motivierten Tätern aus. 33 Straftaten werden ausländischen Judenfeinden – ohne Islamisten – zugeschrieben, weitere 25 Delikte »religiös motivierten« Antisemiten, also meist muslimischen Fanatikern ausländischer oder deutscher Herkunft. Bei 17 Taten war es der Polizei trotz erkennbarem Juden Hass nicht möglich, ein politisches Milieu zu ermitteln. Nur ein Delikt, eine Volksverhetzung, war nach Erkenntnissen der Polizei links motiviert.

Da viele Betroffene sich scheuten, judenfeindliche Straftaten anzuzeigen, »dürfte die Dunkelziffer beträchtlich höher sein«, sagte Pau. Ein umfassendes und langfristiges gesellschaftliches Vorgehen gegen jedweden Antisemitismus sei daher unerlässlich. Antisemitische Straftaten sollen nach dem Willen des Deutschen Bundestages zukünftig sogar im Bundesverfassungsschutzbericht gesondert ausgewiesen werden.

Der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde in Thüringen Prof. Reinhard Schramm hat nach antisemitischen Vorfällen an einer Berliner Grundschule von schwierigen Situationen für Juden auch an Thüringer Schulen berichtet. Aufgrund zweier Vorfälle sei er im vergangenen Jahr an zwei Schulen herangetreten. Es waren Einzelfälle, in denen es nicht zu Handgreiflichkeiten kam, bewertete der Landesvorsitzende die Ereignisse.

Zahlen zu Antisemitismus an Thüringer Schulen gibt es nicht. Deshalb hat der Landeslehrerverband in Thüringen auf Bitte von MDR AKTUELL eine kleine Umfrage bei Schulleitern gestartet. Der Landeslehrerverband wollte von seinen Kollegen wissen, ob sich Thüringer Schulkinder judenfeindlich beleidigen. Es habe nur sehr wenige Rückmeldungen gegeben und darunter sei so gut wie nichts Substanzielles gewesen, so die ernüchternde Bilanz.

Zwei mögliche Erklärungen wurden seitens des Lehrerverbandes bisher in Erwägung gezogen: »Entweder ist das in Thüringen momentan überhaupt kein Thema in den Schulen. Oder aber wir müssen die Wahrnehmung auch wieder schärfen, dass dieses Thema eben nicht einfach unter die Räder kommt, sondern dass man das tagtäglich auf dem Schirm hat.«

Am 13.3.2018 verabschiedete der Thüringer Landtag eine gemeinsame Entschließung der Fraktionen der CDU, Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen, um Antisemitismus in Thüringen konsequent zu bekämpfen. Ein umfangreicher Maßnahmenkatalog wird aufgelistet. Unter anderem wird eine spezifischere Erfassung antisemitischer Straftaten durch die Sicherheitsbehörden gefordert, welche stärker die zugrundeliegende Motivation der Täter und Täterinnen beinhaltet. Zusätzlich werden entsprechende Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden zur Einordnung antisemitischer Straftaten angeregt. Das sind wichtige und richtige Forderungen. Sie allein reichen aber nicht aus.

Das Thema Antisemitismus spielt heute eine wichtige, ja herausragende Rolle in der öffentlichen Debatte in ganz Deutschland. Oft wird ein Wiedererstarken des Antisemitismus beklagt, nicht zuletzt durch die Zuwanderung Hunderttausender Menschen aus der islamischen Welt, in der Antisemitismus oft Teil der Alltagsideologie ist. Die Reaktionen auf die moslemische Variante des Juden Hasses reichen von Verharmlosung – Stichwort: Die Neuen müssen bloß die Regeln unserer Demokratie lernen und Gedenkstätten für ermordete Juden besuchen, dann wird alles gut – bis hin zur Apokalypse, etwa beim Modedesigner Karl Lagerfeld, der Deutschland vorwarf, Millionen von Antisemiten ins Land geholt zu haben.

Auch die Alternative für Deutschland (AfD) verfolgt in ihrem Grundsatzprogramm seit Jahren einen eindeutig anti-islamischen Kurs und versucht damit beim Wähler – nicht nur den Wutbürger der Gida-Bewegungen – zu punkten.

Wachsender Antisemitismus unter Flüchtlingen?

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) und andere Stimmen warnen vor einem zunehmenden Antisemitismus durch die Flüchtlingszuwanderung. Viele Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak seien in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der die Vernichtung von Israel und den Juden Staatsdoktrin gewesen sei.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, äußert sich besorgt über einen wachsenden Antisemitismus in Deutschland durch die Einwanderung von muslimischen Asylsuchenden. »Wenn man zwanzig oder dreißig Jahre lang mit einem israel- und judenfeindlichen Bild aufgewachsen ist, dann wird man dieses Bild nicht einfach an der deutschen Grenze aufgeben«, sagte Schuster der F.A.Z. mit Blick auf Herkunftsländer, in denen starke antijüdische Tendenzen existieren. »Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir jedem Flüchtling nahebringen, dass in Deutschland das Grundgesetz die Lebensgrundlage aller Menschen ist und zur unserem Wertekanon die Ablehnung jeglicher Form von Antisemitismus sowie das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels dazugehören.«

Für viele Beobachter stellt sich daher die Frage: Ist der unzweifelhaft existierende muslimische Antisemitismus in Deutschland – erstmals im Sommer 2015 und auch danach war er wieder in seiner ganzen Härte öffentlich auf den Straßen sichtbar - ein einheimisches Gewächs oder importiert? Diese Frage lässt sich nicht so einfach beantworten. In Deutschland gibt es keine historisch und organisch gewachsene Islamschule deutscher Provenienz, so dass letztendlich positive wie negative Aspekte des muslimischen Lebens in Deutschland ihre Wurzeln immer auch irgendwo im Ausland haben.

Hinzukommt, dass im elektronischen Zeitalter die Medien allgegenwärtig sind. Wenn eine islamistische Website antisemitische Propaganda verbreitet, und ihre Internetadresse mit ».de« endet, ist das dann einheimischer muslimischer Antisemitismus? Und was wäre, wenn die gleiche Website

in einem anderen Land angesiedelt wäre? Wäre der gleiche Inhalt dann importiert?

Man sieht also dass sich hier keine klare Unterscheidung vornehmen lässt. Eins ist aber klar: Der muslimische Antisemitismus wird aus dem Ausland zu einem erheblichen Teil mit befeuert. Wie Umfragen ergeben, ist die islamische Welt mit Antisemitismus wie mit einer Epidemie durchsetzt.

In einer Umfrage der Anti-Defamation-League aus dem Jahr 2015 (ADL) (ADL Global 100: A Survey of Attitudes Toward Jews in Over 100 Countries Around the World) wird deutlich, dass weltweit 26% der Befragten zwischen 6 und 11 der negativen Stereotypen über Juden für wahrscheinlich wahr halten. Dieselbe Umfrage bescheinigt in der Region Mittlerer Osten und Nord-Afrika (MENA) 74% der Befragten mit derselben Einstellung. 75% der Befragten dort sagen, das sie »Juden hassen, aufgrund der Art wie Juden sich eben benehmen« und 74% sind der Ansicht, dass »Juden loyaler zum Staat Israel sind, als zum Land in dem sie leben«. 65% von ihnen sind der Ansicht, dass »Juden für die meisten Kriege auf der Welt« verantwortlich sind. Im Ergebnis kommt die Studie zu dem Schluss, dass bei allen getesteten religiösen Gruppen, Muslime mit 49% den höchsten Antisemitismusanteil haben. Besonders bezeichnend dabei ist, dass von den 26% weltweit befragten und als antisemitisch eingestellten Personen, 70% noch nie einen Juden getroffen haben.

Angesichts dieser Situation kann es nicht ausbleiben, dass Kontakte von in Deutschland lebenden Moslems in die islamische Welt hinein unter anderem auch antisemitische Töne mit zu uns nach Deutschland bringen. Soweit die Analyse. Das kann jedoch nicht bedeuten, dass wir den Flüchtlingen keinen Schutz in unserem Land vor Krieg und Verfolgung gewähren sollten. Ganz im Gegenteil: Wir müssen versuchen, die Flüchtlinge nicht nur zu versorgen, sondern ihnen auch unsere gesellschaftlichen Grundwerte zu vermitteln und Vorurteile und Stereotypen abbauen zu helfen.

Das zeigt einmal mehr, dass die deutsche Gesellschaft, der deutsche Staat selbstverständlich nicht von der Pflicht entbunden ist, den muslimischen Antisemitismus, der sich hierzulande leider immer mehr breitgemacht hat, genauso wie jeden anderen Rassismus und Extremismus, welcher Provenienz er auch sei, und gegen wen er sich auch richte, zu bekämpfen. Auch die Aussage der

Islamismus habe nichts mit dem Islam zu tun, hat weder etwas mit der Realität zu tun noch hilft sie bei der Analyse und Bewältigung des offensichtlichen Problems.

Ebenso wenig können islamische Verbände in Deutschland sagen: Das geht uns nichts an, denn das ist »Propaganda nicht Made in Germany«. Denn selbstverständlich haben auch Vertreter der islamischen Bevölkerung in Deutschland die Verpflichtung, gegen Antisemitismus, Rassismus jeglicher Art, Fremdenhass und sonstigen Extremismus auch in den eigenen Reihen zu kämpfen. Das gilt ja nicht anders für die Vertreter anderer Religionen und für alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft.

Während auf der einen Seite der rechtspopulistischen und nationalistischen Alternative für Deutschland (AfD) eine maßgebliche Rolle beim Erstarken des Antisemitismus aus dem rechtsnationalen Lager zugeschrieben wird, behaupten andere, die AfD inszeniere sich gerne als »judenfreundliche« Partei, die an der Seite Israels steht. Zuletzt gipfelte dies in der kürzlich erfolgten, öffentlichkeitswirksamen Gründung der Gruppe Juden in der AfD (JAfD). Damit soll angeblich der Beweis angetreten werden, dass die Partei nicht »antisemitisch sein könnte«. Die Frage scheint angebracht, ob hier die die sprichwörtlichen Nazis in Nadelstreifen in die Parlamente drängen? Oder ist die Partei das, was sie vorgibt: eine bürgerlich-konservative Kraft rechts der Union? Dieser Frage geht Martin Niewendick in seinem Artikel »Das schwierige Verhältnis der AfD zum Antisemitismus« in der »Welt« vom 18.1.2018 nach.

Das Verhältnis zu Juden und Israel ist ein Gradmesser für die Einordnung der Partei innerhalb der politischen Landschaft. Richtig ist wohl, dass die Partei ein Antisemitismus- und Revisionismusproblem hat.

Einer, der Zweifel erregt ist Wolfgang Gedeon. Der ehemalige baden-württembergische AfD-Politiker gehörte wegen offen antisemitischer Äußerungen zu den umstrittensten Vertretern der Partei, bis er aus der AfD-Landtagsfraktion austrat. Das Parteiausschlussverfahren blieb indessen erfolglos. Vielen Kritikern gilt der ehemalige Arzt als Holocaustleugner, und seit einer Entscheidung des Berliner Landgerichts im Januar 2018 darf man ihn auch offiziell so nennen. Das Gericht wies eine Klage gegen den Präsidenten des Zentralrats der Juden, Josef Schuster ab. Dieser hatte den Politiker Anfang 2017 als Holocaustleugner bezeichnet.

»An der Antisemitismus-Zionismus-Frage wird sich weisen, aus welchem Holz die AfD geschnitzt ist«, schrieb Gedeon im Jahr 2017. Er forderte von seiner Partei eine klare Distanzierung vom »israelischen Zionismus«. In einem seiner Bücher findet sich der Satz: »Wie der Islam der äußere Feind, so waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes.«

Er ist freilich nicht der einzige AfD-Politiker, der mit antisemitischen Aussagen provoziert, wie Niewendick herausgearbeitet hat. 2015 hatte der AfD-Lokalpolitiker Gunnar Baumgart unter anderem den Holocaust-Leugner Ernst Zündel in Schutz genommen und auf Facebook einen Artikel gepostet, in dem behauptet wird, dass »kein einziger Jude« durch »Zyklon B oder die Gaskammern« ermordet worden sei. Der Brandenburger Jan-Ulrich Weiß hatte 2014 eine von Kritikern als antisemitisch beurteilte Karikatur über den jüdischen Bankier Rothschild verbreitet. Und Peter Ziemann aus Hessen schwadronierte 2013 über »satanische Elemente der Finanz-Oligopole«

Auch die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch tut sich schwer mit dem Kampf gegen Judenhass jenseits öffentlicher Beteuerungen, wie Niewendick in seinem Beitrag in der »Welt« weiter zu berichten weiß.

Zusammen mit ihrem Mann betreibt sie ein Vereinsnetzwerk, zu dem auch das Onlineportal »Freie Welt« gehört. Dort wird das klassische antisemitische Märchen von der jüdischen Weltverschwörung aufgewärmt.

Über den US-amerikanischen jüdischen Investor George Soros liest man etwa: »Von der US-Wahl bis zur Ukraine: Oligarch George Soros mischt überall mit.« Dieser sei ein »international tätiger Strippenzieher«. Und der heutige französische Präsident und »Ex-Rothschild-Banker« Emmanuel Macron »löst Merkel als Hauptmarionette der Finanzglobalisten ab«, heißt es auf der Webseite.

Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland nannte Hitler und die Nazis einen Vogelschiss in der deutschen Geschichte. Björn Höcke, der AfD-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag, forderte eine 180-Grad-Wende bei der Betrachtung des Dritten Reiches. Das Holocaust-Denkmal in Berlin hat er als Mahnmal der Schande bezeichnet. In seinem neuen Buch »Nie zweimal in denselben Fluss« spricht derselbe Björn Höcke von »den hunderten tausenden Alten, Frauen und Kindern, die im Inferno des anglo-amerikanischen

Bombenterrors umkamen« oder von einer »Konkurrenz um die grausigste Verfolgungsgeschichte, um die ein lukrativer Markt entstanden ist, auf dem das Gewicht des eigenen Leids die Waagschale nach unten drückt. Das lockt dann natürlich auch die Falschmünzer an«. Auch bewertet er die »Vergangenheitsbewältigung« als »überführten moralischen Impuls« zum »Zwecke politischer Gängelung und Paralyse unserer nationalen Identität«. Die Erinnerungsarbeit um den Holocaust wird für ihn damit nicht zur »produktiven Verarbeitung von Wunden« sondern zur »Neurotisierung der Deutschen«. Solche Äußerungen aus der AfD sind nicht nur teilweise der Sprachgebrauch von klassischen Neo-Nazis und Rechtsextremisten, da muss man doch wohl von einer Relativierung des Holocausts sprechen. Hier wird gezielt mit Grenzüberschreitungen provoziert. Seine Beteuerungen, es nicht so gemeint zu haben, überzeugen im Gesamtkontext nicht und müssen als »Windowdressing« bezeichnet werden.

Wenn heute von alltäglichem Antisemitismus in Deutschland gesprochen wird, dann konzentriert sich die Debatte in der Regel auf Antisemitismus aus dem Bereich des Rechtsextremismus und der Muslime. Was ist aber mit dem linken Antisemitismus?

Dass es in Deutschland Judenfeindlichkeit gibt – an diesen Skandal hat man sich mehr oder weniger gewöhnt, er gehört – auch in offener Form – zur neuen politischen Normalität, und selbst unter den bürgerlichen Eliten ist er zu Hause. Aber »linker Antisemitismus«? Besitzen Linke nicht eine hochgradige moralische Empfindsamkeit, ein untrügliches Gespür für Ausgrenzung und Verfolgung? Wie konnte ein linker Antisemitismus entstehen, der im »Zionismus den Feind der Menschheit« sieht? Wie konnte die RAF nach der Geiselnahme der israelischen Olympiamannschaft mit unüberbietbarer Niedertracht diesen Satz in eine »Strategieschrift« meißeln: »Israels Nazi-Faschismus verheizt seine Sportler wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik.« Oder mit Joschka Fischer gefragt: Warum landeten »jene, die mit der Abkehr von der Elterngeneration als Antifaschisten begonnen hatten«, bei der jüdenfeindlichen »Sprache des Nationalsozialismus«?

In der Tat, nach linkem Antisemitismus muss man nicht lange suchen, wie Thomas Assheuer in seinem Artikel in der Wochenzeitung die Zeit (11/2013) schon vor Jahren anhand der o.a. Fragen herausgearbeitet hat. In der Antiglobalisierungsbewegung Attac fand sich die Karikatur

eines fetten Kapitalisten, der einen abgemagerten blonden Arbeiter in Zinsknechtschaft nimmt. Oder dies: Bei einer Tagung des IWF vollführten linke Aktivisten unter den Masken von Donald Rumsfeld und dem israelischen Ministerpräsidenten Scharon einen Tanz ums Goldene Kalb. In Hamburg verhinderten »Antizionisten« gewaltsam eine Aufführung von Claude Lanzmanns Israel-Film. »Und wenn Abgeordnete der Partei Die Linke im Bundestag über Israel reden, dann bekommt ihre Tonlage oft genug etwas affektiv Feindseliges, ganz so, als ginge der DDR-Kommando-Antizionismus mit der dumpfen Israelverachtung alter BRD-Linker eine schlagende Verbindung ein«, schreibt Assheuer.

Der Frankfurter Erziehungswissenschaftler und Publizist Micha Brumlik ist als einer der Ersten den Wurzeln des linken Antisemitismus nachgegangen, sie reichen zurück ins 19. Jahrhundert, zurück zu den Frühsozialisten, zum Beispiel zu Louis-Auguste Blanqui (1805 bis 1881). Blanqui war ein revolutionärer Feuerkopf, er kämpfte gegen »industriellen Feudalismus« und für die Gleichheit aller. Doch mit Unterscheidungen hielt er sich nicht lange auf; Kapitalismus und Judentum waren für ihn ein und dasselbe, und in den Bankiers Rothschild sah er die »Thronbesteigung der Juden«. Blanqui: »Die Semiten sind der Schatten auf dem Gemälde der Zivilisation, der böse Geist der Erde. All ihre Geschenke sind die Pest. Sie sind eine minderwertige Rasse.«

Den stalinistischen Antisemitismus (»wurzellose Kosmopoliten«) muss man ebenso erwähnen, auch den verordneten Antizionismus in der DDR. Interessant ist die Israel-Begeisterung der Neuen Linken in der frühen Bundesrepublik. Sie suchte eine neue politische Identität, sie war historisch aufgeklärt und liebäugelte mit dem Kibbuz-Sozialismus. Bewusst oder unbewusst hatten die Kinder der NS-Täter die Schuld ihrer Eltern übernommen, und mit diesem negativen Gefühlserbe im Gepäck fuhren sie nach Israel, gingen in Kibbuzim, glaubten an Wiedergutmachung und hofften, im Land der Holocaust-Überlebenden werde ein doppelter Traum in Erfüllung gehen: der Traum vom Sozialismus und die Befreiung vom Alb deutscher Vergangenheit.

Aber der Sechstagekrieg 1967 änderte alles. Die Besetzung des Westjordanlandes bedeutete eine Kehrtwende – Israel bot keine Projektionsfläche mehr, es war plötzlich »böse«, und die Palästinenser erschienen als die neuen Juden. Der Sechstagekrieg, schreibt der Historiker Michael Brenner, »hatte im Bewusstsein der Linken aus

dem israelischen David einen Goliath gemacht – die Juden waren nicht mehr Opfer, sondern wurden plötzlich zu Tätern. Als Opfer mochte man die Juden, als Täter waren sie dagegen angreifbar.« Die bundesdeutschen Linken wurden zu »sekundären« Antisemiten, sie benutzten genau die Stereotype, die die Geschichte der Judenfeindschaft bereitstellte.

Als sich 1969 der SDS mit dem bewaffneten Kampf der Palästinenser gegen Israel solidarisierte, zerbrach auch die lose Solidargemeinschaft aus Intellektuellen und Apo. Der Schriftsteller Jean Améry attackierte die Protestbewegung scharf, für ihn verbarg sich hinter einer »ehrbareren« Israelkritik ein »ehrloser« linker Antisemitismus wie »das Gewitter in der Wolke«. Auch in der Kritischen Theorie schlug die anfängliche Sympathie für die Studentenbewegung um in ein blankes Entsetzen. Der Philosoph Theodor W. Adorno, der vor den Nazis nach Amerika hatte fliehen müssen, sah einen Teil der radikalisierten Linken auf dem Weg in den Faschismus. Faschismus – das Reizwort fiel nicht zufällig. Tatsächlich wies der linke »Befreiungsnationalismus« eine verblüffende Ähnlichkeit mit einem rechten Agitationsmuster auf. Im Zentrum stand auch hier das »Volk«, das die Wahrheit immer schon in sich trage und vom kapitalistisch-amerikanischen »Gesetz« befreit werden müsse. Das »Volk« waren die Palästinenser, und Israel war der Brückenkopf des »Dollarimperialismus«, der es mit »Schalom plus Napalm« jederzeit »ausradieren kann«.

Antisemitismus findet sich in der heutigen Zeit ganz besonders in der Form über die Delegitimierung des Staates Israel.

Oft ernten Juden Sympathie, jedenfalls in den Medien, die sich zunehmend trauen, Themen wie das Mobbing jüdischer Schüler in ihre Berichterstattung aufzunehmen. Die Bundesregierung und mehrere Bundesländer haben Beauftragte für den Kampf gegen den Antisemitismus eingesetzt – eine zweifelsohne wichtige Initiative. Ob diese eine Trendwende, durch einen nunmehr wirksamen Kampf gegen Antisemitismus bewirken werden, bleibt abzuwarten. Bisher sind schon die beiden Berichte und Handlungsempfehlungen der Antisemitismus Kommission des Deutschen Bundestages aus den Jahren 2011 und 2017 nicht zur Umsetzung gekommen.

Allerdings geht die deutsche Antisemitismusdebatte zumeist an einigen Kernwahrheiten vorbei, sei es, weil diese nicht erkannt werden, sei es, weil sie für peinlich gehalten werden. Deshalb ist

es an dieser Stelle wichtig, einige wichtige Aspekte beim Namen zu nennen.

1. Es gibt keinen neuen Antisemitismus. In der einen oder anderen Form ist Judenhass Teil der kulturellen und religiösen Tradition in der christlichen ebenso wie in der moslemischen Welt. Gewiss gibt es unterschiedliche Ausprägungen im Orient wie im Okzident. Gewiss ändert sich oft, wengleich nicht immer, die Terminologie. Die treibenden Kräfte aber sind seit Jahrhunderten dieselben.
2. Niemand wird als Antisemit geboren. Allerdings werden antijüdische Ressentiments bereits sehr jungen Kindern eingepflegt, lange bevor der Staat mit aufklärerischer Sicht der Dinge eingreifen kann. Oft sind schon ABC-Schützen tief davon überzeugt, dass Juden »böse«, »Ausbeuter«, »Gottesmörder«, »Gegner des Propheten« und so weiter sind. So tief sitzende Vorurteile durch erzieherische Maßnahmen im Schulwesen zu überwinden, ist in den meisten Fällen nicht möglich.
3. In der alteingesessenen deutschen Gesellschaft gibt es heute nicht unbedingt mehr Feindschaft gegen Juden, als es in den ersten Nachkriegsjahrzehnten der Fall war. Er wird nur offener ausgesprochen, wobei der Hass auf Juden sich gern als »Kritik« an Israel tarnt. In vielen Teilen der Gesellschaft ist es eine Selbstverständlichkeit, gegen Israel zu sein, so wie es im Kaiserreich und in der Weimarer Gesellschaft zum guten Ton gehörte, Juden zu hassen. Vergessen wir nicht: Das Wort »Antisemiten« wurde von einem Antisemiten erfunden und wurde mit Stolz, nicht mit Scham ausgesprochen. Was wir heute erleben ist, dass der Antisemitismus durchaus vorhanden ist, der Begriff aber durch Euphemismen ersetzt wurde, die nun wieder mit Stolz, nicht mit Scham benutzt werden.
4. Neu gegenüber früheren Perioden der langen deutschen Geschichte ist, dass die deutsche Politik den Antisemitismus ablehnt und die meisten deutschen Politiker ihn ehrlich verabscheuen. Das ist keine hinreichende Bedingung, um den Antisemitismus auszumerzen, aber doch ein wichtiger Ansatz, um seiner Verbreitung zumindest gewisse Grenzen zu setzen.

Ein Bündnis möglichst aller demokratischen Kräfte -Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur, Wirtschaft und Behörden - in Gesellschaft und Politik, eine massive Aufwertung der Werteeziehung zu Respekt, Empathie und Toleranz im Erziehungswesen und eine sich dem Thema nicht verschließende Medienlandschaft sind wichtige Instrumente zur Eindämmung der Verbreitung antisemitischer Ideen. Sie sind aber allein nicht ausreichend. Es ist essenziell, dass der Rechtsstaat mit allen ihm zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln gegen den Antisemitismus vorgeht. Prävention, Intervention und Repression müssen konsequent angewandt werden. Dazu gehören nicht nur eine konsequente Aufklärung und Strafverfolgung von antisemitischen Taten, sondern auch – im Rahmen des sachlich Gebotenen und des rechtlich zulässigen – eine konsequente Beobachtung derjenigen Kreise, die einen Nährboden für Antisemitismus bilden.

All dies erfordert große personelle und finanzielle Anstrengungen. Wobei es zu bedenken gilt, dass eine Beobachtung einschlägiger Kreise durch den Verfassungsschutz nicht nur antisemitische, sondern auch viele andere Straftaten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, verhindern würde. Voraussetzung für ein erfolgreiches Vorgehen auf dieser Ebene ist aber nicht nur die Bereitstellung von Finanzmitteln, sondern auch eine entsprechende Organisation und personeller Ausbau staatlicher Sicherheitsbehörden, sowie eine konsequente und nachhaltige Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich der Prävention sowie der allgemeinen Jugend- und Sozialarbeit. **D**

Fragmentarische Reflexionen zur Debatte über Israelkritik und antizionistischen Antisemitismus in der protestantischen Kirche

Von Prof. Dr. Christian Wiese, Goethe-Universität Frankfurt

1

Die Antisemitismusberichte der vergangenen Jahre gehen mit Blick auf die Kirchen insgesamt – und speziell auch hinsichtlich der protestantischen Kirchen in Deutschland – davon aus, dass kirchliche Einstellungen zu Juden, Judentum und Antisemitismus nach wie vor einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf übergreifende gesellschaftliche Haltungen ausüben. Religiös bestimmte Stereotypen und Vorbehalte gegenüber Juden und Judentum haben demnach ihre mentalitätsgeschichtlich prägende Wirkung nicht verloren, vielmehr ist mit einem – empirisch allerdings nur schwer zu quantifizierenden – Maß an religiös-kulturell bedingten antijüdischen Denkmustern zu rechnen. Das gilt trotz der Tatsache, dass sich die theologischen Positionspapiere beider Konfessionen immer wieder nachdrücklich gegen antisemitische und antijüdische Haltungen aussprechen und sich dem verpflichtet fühlen, was Ekkehard W. Stegemann einmal als Projekt der »Ent-Antijudaisierung« der christlichen Theologie bezeichnet hat.¹ Die theologische Diskussion auf der Ebene von Kirchenleitungen, theologischen Fachkommissionen, Universitäten und z.T. auch Bildungsinstitutionen wie kirchlichen Akademien ist in den vergangenen Jahrzehnten im Kontext intensiver Bemühungen um einen christlich-jüdischen Dialog durch das Bemühen geprägt, selbstkritisch den Anteil der christlichen Tradition an der jahrhundertelangen Diskriminierungs- und Gewaltgeschichte bis hin zur Zeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung aufzuarbeiten. Das geschieht in dem Wissen darum, dass die verhängnisvolle christliche Tradition von der Verwerfung Israels und andere wirkmächtige theologisch-politische Denkmuster über die Jahrhunderte unendliches Leid über jüdische Menschen gebracht haben und mit in die Geschichte des mörderischen Antisemitismus des 20. Jahrhunderts hineingehören.

Es ist – insbesondere in kirchlichen Dokumenten und Stellungnahmen – dezidiert ausgesprochen worden, dass sich die Geschichte des Verhältnisses des Christentums (und so auch des Protestantismus) zum Judentum weithin als eine Geschichte des Verschweigens und der Verzerrung des jüdischen Selbstverständnisses liest. Im Kontext des Nachdenkens über eine Theologie nach der

Shoah, die angesichts dieses einzigartigen Verbrechens die radikale Infragestellung der christlichen Geschichte und Tradition auszuhalten versucht, stehen die Kirchen vor erheblichen Herausforderungen, wenn es darum geht, die dringend erforderliche Neuorientierung gegenüber dem Judentum zu begründen, denn letztere betrifft zentrale Aspekte christlicher Theologie: die Vergegenwärtigung und Ausscheidung judenfeindlicher Traditionen, die gerechte Wahrnehmung des Glaubens des nachbiblischen Judentums bis in die Gegenwart, den Entwurf einer Theologie, welche die Existenzberechtigung des Judentums bewusst und selbstverständlich anerkennt und theologisch würdigt, ein kritisches Nachdenken über eine Christologie, die nicht von der Abgrenzung Jesu vom Judentum lebt, sondern die jüdische Signatur des Christentums in ihr Selbstverständnis aufnimmt, und nicht zuletzt eine neue Sicht der Hebräischen Bibel als des gemeinsamen Erbes von Judentum und Christentum sowie der gleichberechtigten Gültigkeit der jüdischen exegetischen Überlieferungen.

Eine der größten Herausforderungen christlicher Theologie und unserer Gesellschaft überhaupt in der Auseinandersetzung mit dem Erbe judenfeindlichen Denkens besteht allerdings auf lange Sicht darin, ob es gelingt, zu einer Kultur der Erinnerung an die Shoah beizutragen, die dem Verdrängen und Verleugnen der Vergangenheit und dem Wachstum des Geistes des Ressentiments, der Intoleranz und des Hasses gegen Fremde, der aktive Gewalt oder gleichgültige Hinnahme von Gewalt fördert, etwas entgegenzusetzen hat. Nicht umsonst weist die empirische Antisemitismusforschung darauf hin, dass sich der gegenwärtige offene oder latente Antisemitismus in Deutschland nicht so sehr unmittelbar aus den alten religiösen Stereotypen speist, sondern aus der Abgrenzung gegen alles Fremde und vor allem aus der Sehnsucht, der Erinnerung an die deutsche Schuldgeschichte zu entkommen. Der sogenannte »sekundäre Antisemitismus«, der sich weder aus religiösen Bildern noch aus der Begegnung mit jüdischen Menschen und jüdischer Kultur speist, sondern aus dem Widerwillen, Verantwortung für die deutsche Geschichte zu übernehmen, schafft sich seine neuen Mythen: die sogenannte »Auschwitzlüge«, den Mythos, Juden in aller Welt schürten den Hass gegen

Deutschland, den Mythos, das Judentum in Israel und in den USA halte Deutschland in den Banden einer Schuld, die endlich der Vergangenheit angehören müsse, den Mythos, Deutschland müsse sich von der allgegenwärtigen Konfrontation mit Auschwitz endlich befreien. Dazu kommt die zunehmend spürbare – und nicht selten in Verbindung mit dem sekundären Antisemitismus stehende – Versuchung einer vielfach in Antisemitismus und Selbst-Entschuldung abdriftenden Israelkritik, vor der auch kirchliche Kreise leider nicht gefeit sind. Die pädagogische Aufgabe, die im Zusammenhang mit der Ausbreitung all der genannten Tendenzen in rechtsradikalen Subkulturen, in rechtskonservativen Kreisen, aber – mit Blick auf antizionistische Haltungen – erkennbar auch im Kontext linker politischer Milieus ansteht, scheint kaum zu unterschätzen zu sein. Der Versuch, möglichst differenziert den christlichen Anteil an der Geschichte antisemitischen Denkens und Handelns herauszuarbeiten und auf der Suche nach einer neuen Tradition der Achtung und des Gesprächs theologisch nachzudenken, gehört mit zu dieser Aufgabe und muss als Maßstab dafür gelten, ob die Kirchen dieser Aufgabe wirksam gerecht werden.

Es ist nur sehr schwer zu ermessen, inwiefern das, was auf der Ebene öffentlicher kirchlicher Positionierung, in den Initiativen des christlich-jüdischen Dialogs und der von der theologischen Neuorientierung inspirierten theologischen Forschung und Lehre zur Sprache kommt, die Basis erreicht – in den Kirchengemeinden, unter Pfarrerrinnen und Pfarrern, in der kirchlichen Jugend- und Bildungsarbeit, im Religionsunterricht. Es ist unklar, wie viel an Wissen über jüdische Tradition, Geschichte und Kultur auf dem Wege über die Kirchen in die Gesellschaft durchdringt, inwieweit die Überwindung christlicher Stereotype tatsächlich stattfindet und ob nicht auch mit einer starken Fortschreibung antisemitischer Juden- und Judentumsbilder zu rechnen ist, die z.T. Verbindungen mit neuen, nicht primär religiösen Vorbehalten eingehen – etwa im Kontext der Nahostproblematik und öffentlicher Debatten über die Politik des Staates Israel. Die folgenden Überlegungen zur protestantischen Verantwortung mit Blick auf antijüdische und antisemitische Einstellungen konzentrieren sich auf das zuletzt genannte Problemfeld antizionistischer Einstellungen im Kontext christlich-theologisch argumentierender Israelkritik. Diese Reflexionen sind zwangsläufig fragmentarisch, da sie weder auf eine hinreichende empirische Forschung zur Verbreitung des Phänomens in kirchlichen Zusammenhängen zurückgreifen können noch auf stark

begrenztem Raum die kontroversen wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Debatten über Israelkritik und antizionistischen Antisemitismus zu entfalten vermögen. Es kann daher hier nur darum gehen, an einigen Beispielen wesentliche Aspekte der gegenwärtigen innerprotestantischen Debatte aufzuzeigen.

2

Der christlich-jüdische Dialog der vergangenen Jahrzehnte hat eine nachhaltige Sensibilisierung unter protestantischen Theolog*innen gegenüber neuen Erscheinungsformen judenfeindlicher Einstellungen im Zusammenhang mit dem Staat Israel und dem Nahostkonflikt nach sich gezogen. Entsprechend wachsam sind seine Vertreter*innen gegenüber problematischen Positionen, die – vielfach aus dem ökumenischen Kontext kommend – auch in den Diskussionen in Deutschland Wiederhall finden. Exemplarisch seien die beiden Theologen Wolfgang Stegemann und Ekkehard W. Stegemann genannt, die sehr deutlich etwa am Beispiel der Haltung des Ökumenischen Rates der Kirchen auf diese Problematik hingewiesen haben. So vertreten sie auf der Grundlage einer kritischen Interpretation zahlreicher Veröffentlichungen des ÖRK die These, dort trete – mit der Dämonisierung des Staates Israel und der ausschließlichen Hinwendung zu dem Leiden der palästinensischen Bevölkerung – eine vertraute Variante kirchlicher Judenfeindlichkeit in einem veränderten Gewand in Erscheinung: »Der traditionelle christliche Antijudaismus, von dem wir uns nach der Schoah in vielen Kirchen zu befreien unternommen haben, wird über den Umweg palästinensischer ‚Theologie der Befreiung‘ und mit dem alten hohen Ton moralischer Selbstgerechtigkeit gegenüber den Juden in der Version des theologischen Antisraelismus wieder erweckt – oder besser: fortgesetzt.«² Die Autoren erkennen in dieser Haltung ein manichäisches Weltbild, in dem das ‚Böse‘ – der Staat Israel – von vornherein und eindeutig feststeht und daher bekämpft werden muss. Antijüdische Einstellungen, so argumentieren sie, bedienen sich seit jeher solcher Deutungsmuster, und der israelisch-palästinensische Konflikt werde im kirchlichen Kontext z.T. durchaus zum Anlass genommen, antijüdische Ressentiments in verwandelter Gestalt aufzugreifen und so den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen.

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Beobachtung, dass sich die Problematik der verstärkten antijüdischen Tendenzen in der Beurteilung des Staates und der Politik Israels im Kon-

text der komplexen Konfliktlage im Nahen Osten in der protestantischen Theologie und Kirche in ähnlicher Weise widerspiegelt wie in der Gesamtgesellschaft und dass die Frage ihrer Beurteilung denselben Kriterien unterliegt wie denen, die die Antisemitismusforschung auch ansonsten anlegt, wenn es um die begriffliche und sachliche Differenzierung von »Israelkritik« und antisemitischer »Israelfeindschaft« oder »antizionistischem Antisemitismus« geht. Dabei gilt es zu betonen, dass wir es dabei mit einer vielstimmigen, überaus kontroversen und vielfach von Emotionen und komplexen Motiven bestimmten Debatte zu tun haben. Neben Analysen der Antisemitismusforschung über einen »neuen Antisemitismus«, in dem der Staat Israel eine zentrale symbolische Rolle spielt,³ stehen in Deutschland Diskussionen innerhalb der nichtjüdischen Gesellschaft über die Legitimität einer Kritik an der konkreten Politik israelischer Regierungen im Kontext von Erinnerungspolitik und Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Dazu kommen die Einschätzungen jüdischer Autor*innen, die – je nach ihrer Position innerhalb oder mit Blick auf innerisraelische politische Debatten – die Frage nach den Grenzen zwischen Israelkritik und Antisemitismus auf z.T. höchst unterschiedliche Weise beantworten. Dabei scheint es unvermeidlich, dass solche Positionierungen stark in die nichtjüdischen Debatten hineinwirken und dort vielfach in Anspruch genommen werden, um die jeweils eigenen Definitionen und Abgrenzungen zu legitimieren.

Als Arbeitshypothese, die den folgenden Überlegungen zu den gegenwärtigen Kontroversen im protestantischen Kontext zugrunde liegt, dienen die Distinktionen, die der Soziologe Samuel Salzborn 2013 in einem Aufsatz in der Zeitschrift *Kirche und Israel* zum Thema »Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung« vorgestellt hat. Ausgangspunkt ist zunächst die kritische Beobachtung, die vielfach erkennbare beharrliche Betonung, nicht jede Kritik an Israel sei antisemitisch und es müsse doch möglich sein, israelische Politik zu kritisieren, ohne sich dem Antisemitismusverdacht auszusetzen, erscheine angesichts der breiten kritischen medialen Berichterstattung in Deutschland über Israel und den Palästina-Konflikt vielfach als »Rebellion gegen ein Sprechverbot«, das in der Regel »nur als Tabuphantasie, nicht aber real existiert«. Diese Rebellion – als »Sehnsucht, Israel kritisieren zu wollen, ohne dabei als antisemitisch erkannt zu werden« – sei dort besonders problematisch, wo sie mit dem spezifischen »Bedürfnis nach vergangenheitspolitischer Entlastung ohne Aufar-

beitung eigener Schuld« verbunden sei.⁴ Zentral für eine trennscharfe Definition ist aus Salzborns Sicht die Unterscheidung zwischen »Kritik« und »Ressentiment«, wobei Kritikfähigkeit untrennbar mit Selbstreflexion und dem Potenzial zur Selbstkritik einhergeht, während das Ressentiment als »unreflektierte und nicht an den Maßgaben der Rationalität gemessene Einschätzung« zu bestimmen ist, »die sich für Fakten nicht interessiert, sondern die eigene Weltsicht über jede Form von Faktizität stellt«.⁵ Die von der gegenwärtigen Antisemitismusforschung diagnostizierte »antizionistisch/antiisraelische« Ausdrucksform des Antisemitismus (neben und in komplexer Verbindung mit dem »religiös-antijudaistischen«, dem »rassistischen«, dem »sekundären« und dem »islamistischen« Antisemitismus), die in allen Teilen des gesellschaftspolitischen Spektrums begegne, definiert Salzborn entsprechend als »Ausdruck desjenigen Ressentiments, das sich seine Projektionsfläche im Staat Israel, der Idee des Zionismus und/oder der Politik Israels sucht«. Statt – selbstverständlich legitimer – Kritik setzen antiisraelische Ressentiments auf Delegitimation und Dämonisierung, bestreiten grundsätzlich die Legitimität des Staates Israel und unterstellen, er stehe auf der Basis rassistischer Prinzipien, wobei nicht selten auch – im Sinne einer Täter-Opfer-Umkehr – direkte wie indirekte Parallelen zur genozidalen Politik des Nationalsozialismus gezogen werden.⁶ Als Kriterienkatalog dient Salzborn die Arbeitsdefinition der Europäischen Union aus dem Jahr 2004. Antizionistischer Antisemitismus ist dem zufolge gekennzeichnet durch:

- »Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen Politik Israels mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.«⁷

Im Folgenden ist keine ausführliche oder gar lückenlose Dokumentation der sich auf zahlreichen Ebenen bewegenden innerprotestantischen Debatten (im Rahmen offizieller kirchlicher Stellungnahmen, im Kontext verbreiteter Einstellungen an der kirchlichen Basis oder in Beiträgen akademischer Theologie) intendiert – sie bedürften einer weit eingehenderen Analyse. Hier sind nur einige Schlaglichter möglich, wobei es nicht um Antisemitismuskritik geht, sondern um die Erhellung verbreiteter charakteristischer Denkmuster. Es ist aber auch nicht zu vermeiden, Grenzüberschreitungen zu antisemitischen Argumentationen als solche konkret zu benennen.

3

Auf dem Hintergrund der oben vorgenommenen definitorischen Annäherungen ergeben sich eine Reihe von Schlussfolgerungen hinsichtlich der heftigen theologisch-politischen Debatte, die gegenwärtig mit Blick auf die öffentliche Positionierung des Heidelberger Sozialethikers, Befreiungstheologen und dezidierten Kritikers des globalen Kapitalismus, Ulrich Duchrow, zur Besatzungspolitik des Staates Israel entbrannt ist. 2016 veröffentlichte Duchrow in einer Festschrift für Wolfgang Gern, die der Überwindung von Armut und Ausgrenzung gewidmet ist, einen Artikel mit dem Titel »Unterdrückung über Ausbeutung hinaus. Das Beispiel Palästina/Israel in theologischer Perspektive«. ⁸ In überarbeiteter Fassung erschien der Essay sodann 2017 im Kontext von Überlegungen zur notwendigen Radikalisierung des reformatorischen Christentums unter dem Titel »Palästina/Israel als Beispiel von kolonialistischem Kapitalismus in theologischer Perspektive«. Er löste erhebliche Kritik aus und trug dem Verfasser den Vorwurf ein, er überschreite die Grenzen von Israelkritik zum antizionistischen Ressentiment. Als Aspekte der Argumentation Duchrows, die diese Reaktion auslösten, sind folgende zu nennen.

1. Die Voraussetzung, von der Duchrow ausgeht, betrifft die erinnerungspolitische Dimension einer theologischen wie politischen Bearbeitung der Thematik »Palästina-Israel« im Kontext theologischer Reflexion in Deutschland. Die angesichts der Mitverantwortung von Theologie und Kirche an der Geschichte des Antisemitismus und der Shoah zwingend gebotene Aufarbeitung der eigenen Verstrickung habe, so der Verfasser, eine systematische Tabuisierung und Ausblendung der »Wirkung der deutschen Verbrechen auf die Palästinenser« zur Folge gehabt. Diese sei jedoch nur schwer nachvollziehbar, da »man ja nicht

ernsthaft behaupten kann, man versuche, die eigenen Verbrechen wieder gutzumachen, indem man andere dafür zahlen lässt«. Erforderlich sei nunmehr eine »neue Runde theologischer Arbeit«, die beide Traumata ernstnehme, die Shoah und »die ethnische Säuberung Palästinas«, die mit den Vertreibungen 1948/49 begonnen habe und bis in die Gegenwart von Israel »als illegaler Besatzungsmacht unter notorischer Missachtung von Völkerrecht und Menschenrechten fortgesetzt« werde. ⁹ Auffällig und für die Argumentationsweise Duchrows symptomatisch sind insbesondere zwei miteinander korrespondierende Aspekte: erstens die unterschiedslose Gleichsetzung des Zivilisationsbruchs von Auschwitz, des präzedenzlosen Völkermords an Millionen europäischer Juden, mit der palästinensischen *Nakba*, zweitens aber die kritiklose und uneingeschränkte Aneignung eines historischen Narrativs, dem zufolge die Entstehung des Staates Israel einzig und allein auf die Shoah zurückzuführen ist und das palästinensische Volk den Preis dafür zu zahlen hatte. Dass dieses Narrativ ein zentrales Motiv in der Delegitimierung Israels in arabischen Diskursen im Nahen Osten ist, wird verschwiegen. Duchrow beruft sich stattdessen auf postzionistische Historiker wie Shlomo Sand, in dessen Büchern *The Invention of the Jewish People* (2005) und *The Invention of the Land of Israel* (2014) dieses Motiv im Sinne einer Bestreitung der Gründungsmythen des Staates Israel begegnet. Sands Feststellung der tragischen Implikationen der Folgen der Shoah in Europa für die Palästinenser (»At the end of the day, it was the cruel and horrifying blows sustained by the Jews of Europe, and the decision of the 'enlightened' nations to close their borders to the recipients if those blows, that resulted in the establishment of the State of Israel«) kommentiert Duchrow mit einer vielsagenden Zuspitzung, die seine eigene These der illegitimen, da kolonialen Ursprünge des israelischen Staates rechtfertigen soll: Die USA und Europa »lassen die PalästinenserInnen zahlen für ihre eigene Schuld – die Deutschen für das Verbrechen des Holocaust, die Briten und Nordamerikaner dafür, dass sie die jüdischen Flüchtlinge nach Israel leiteten, u.a. um nicht zu vielen die eigenen Grenzen öffnen zu müssen. Sie geben sich unschuldig, aber diese Verbrechen und Verweigerungen gehörten zu den Hauptgründen, warum Palästina kolonisiert wurde. Und nur diese Länder machen es möglich, dass Israel seine völkerrechtswidrige tödliche Besatzung Palästinas aufrechterhalten kann«. ¹⁰ Differenzierungen fehlen hier vollkommen: Kein Wort darüber, dass Shlomo Sand trotz seiner Wendung gegen Israels Gründungsmythen, seiner scharfen

Kritik am jüdischen Charakter des Staates und seiner Forderung, Verantwortung für das Schicksal des palästinensischen Volkes zu übernehmen, selbstverständlich vom faktischen Existenzrecht Israels ausgeht – davon ist bei Duchrow an keiner Stelle die Rede. Vielmehr wird in dem Zitat nicht zwischen dem Staat Israel in den völkerrechtlich festgelegten Grenzen von 1948 und den im Gefolge des Sechstage-Krieges 1967 besetzten Gebieten unterschieden, sondern eine Linie der Kontinuität zwischen – illegitimer – Staatlichkeit und Besatzung hergestellt. Wo in dem Aufsatz von »Besatzung« die Rede ist, bleibt zumeist offen, ob es überhaupt einen legitimen Staat Israel gibt oder ob damit nicht der gesamte historische Prozess der Staatsbildung als Eroberung und Besatzung bestimmt wird. Die Leser*innen erfahren auch nicht, dass Shlomo Sands höchst umstrittene Thesen lediglich *eine* Stimme im Kontext kontroverser Historikerdebatten in Israel und der Diaspora darstellen. Insbesondere werden ernstzunehmende andere, konträre Urteile über die Frage nach dem Zusammenhang von Shoah und Entstehung des Staates Israel vollkommen ausgeblendet.¹¹ Schon in diesem Verfahren wird sichtbar, dass es Duchrows Text jedenfalls nicht um eine differenzierte Analyse der vielstimmigen, diffizilen und kontroversen historischen Debatten in Israel geht, sondern dass offenbar nur solche jüdischen und israelischen Stimmen aufgegriffen werden, die geeignet scheinen, sein Urteil zu bestätigen. Dieser Eindruck setzt sich, wie nur kurz aufgezeigt werden kann, fort, wo Duchrow – auf der Grundlage der Rezeption kritischer Debattenbeiträge israelischer Historiker und Soziologen wie u.a. Shlomo Sand, Shir Hever und Jeff Halper sowie jüdischer Befreiungstheologen wie Marc Ellis und Marc Braverman – ein Bild des Zionismus und des Staates Israel entwirft, das über die Grenzen einer differenzierten und differenzierungsbereiten Israelkritik deutlich hinausgeht.

2. Im Kontext einer befreiungstheologisch motivierten Kritik der kapitalistischen Moderne, die mit ihren wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen und politischen Mechanismen die Welt in eine globale Krise und »die westliche Zivilisation zum Tod« führe, identifiziert Duchrow als Ursache neben der Gier nach Kapitalakkumulation einen rassistisch-arroganten »symbolische(n) Machtanspruch« der europäischen und westlichen Zivilisation, den er mit Hilfe der Thesen Shir Hevers zur »politischen Ökonomie der israelischen Besatzung« am Beispiel des Staates Israel (nicht etwa anderer Gesellschaften) darlegt.¹² Es legt sich sofort die Frage nahe, weshalb dem erst im 20. Jahrhundert entstandenen Staat

Israel in der Kritik am globalen Kapitalismus eine derart zentrale, ja symbolische Rolle zugeschrieben wird. Israel wird hier zum wirkmächtigen Symbol eines bereits in der Frühen Neuzeit angelegten Bündnisses zwischen Kapital und imperialem Machtstreben. Die Entstehung des Staates Israel sei allein in diesem Kontext zu verstehen, insofern es der zionistischen Bewegung während des Ersten Weltkriegs gelungen sei, England, den »Hegemon im kapitalistischen Weltsystem«, zum Versprechen einer nationalen Heimstätte in Palästina zu bewegen: »So kann es keinen Zweifel daran geben, dass von Anfang an die Gründung des Staates Israel mit Hilfe des Britischen Imperiums ein kolonialistisches Projekt war.« Mehr noch, die Entstehung des Zionismus sei einzig und allein auf diesen Konnex von Kapitalismus und Nationalismus zurückzuführen, die Rolle anderer Faktoren wird dezidiert bestritten: »Zionismus ist kein Kind des Judentums [sic!], sondern des Nationalismus im Sinn des 19. Jahrhunderts.«¹³ Ein irgendwie geartetes Interesse an historischen Forschungen zu den komplexen religiösen, kulturellen und ideologischen Wurzeln der zionistischen Bewegung mit ihren unterschiedlichen Strömungen ist nicht zu erkennen, ebenso wenig die Analyse des Zusammenwirkens von Traditionen der religiösen Zionsliebe, der Erfahrung des modernen Antisemitismus und des Einflusses europäischer Nationalbewegungen bei der Entstehung des jüdischen Nationalismus. Auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit den kontroversen Debatten über das Verhältnis von Zionismus und Kolonialismus, die für eine kritische historische Bestandsaufnahme und für ein angemessenes Verständnis der Entstehung des Staates Israel und der Entwicklung der israelischen Gesellschaft unerlässlich wäre, fehlt vollständig, obwohl neuere Entwicklungen in den historischen Debatten zwischen Zionismusforschung und *postcolonial theory* dafür wichtige Anregungen böten. Stattdessen führt die Darstellung rasch und cursorisch zu dem Urteil, Israel habe von den Anfängen seiner Staatlichkeit bis in die gegenwärtigen Beziehungen zur palästinensischen Autonomiebehörde ein anhaltendes ökonomisches Interesse an der Unterdrückung und Ausbeutung der Palästinenser, verbunden mit einem auf Überlegenheitsgefühlen beruhenden Machtanspruch des zionistischen Kollektivs. Der zugrundeliegende Zionismusbegriff, der ausschließlich extrem negativ konnotiert ist, lässt keinerlei Auseinandersetzung mit den vielstimmigen Diskursen über unterschiedliche Erscheinungsformen, Selbstverständnisse und politische Zielsetzungen der Bewegung erkennen und fungiert letztlich – statt als Kategorie zur Beschrei-

bung eines vielgestaltigen historischen Phänomens – ausschließlich als Kampfbegriff zur Diskreditierung des Staates Israel.

3. In der Folge unterzieht Duchrow die aus seiner Sicht skandalöse Tatsache, dass Israel »trotz seines notorischen Bruchs des Völkerrechts und der Menschenrechte« massive ökonomische und militärische Hilfe aus dem Westen – insbesondere auch aus Deutschland – erhalte, einer scharfen Kritik und bringt sie in einen ausschließlichen Zusammenhang mit der globalen politischen Ökonomie des Westens. Erneut vermisst man eine fundierte Analyse der komplexen Verflechtungen politischer Interessen und Konflikte im Nahen Osten im Zeitalter politischer Umbrüche in der Region, von den Bedrohungen, denen der Staat Israel in diesem Kontext ausgesetzt ist, ganz zu schweigen. Israel, so Duchrows Sicht, profitiere seit den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 ökonomisch enorm vom Export seiner Anti-Terror und Überwachungstechnologie und könne auf diese Weise »die Unterdrückung der Palästinenser profitabel vermarkten«. Der Krieg gegen den Terror sei daher das Beste, was dem zionistischen Staat Israel hätte passieren können, da er im Zuge des »Katastrophenkapitalismus« des Westens seine Sicherheitstechnologie immer besser verkaufen könne. Israel sei »die Speerspitze der gegenwärtigen Phase des globalen imperialistischen kapitalistischen Systems« und brauche daher die Palästinenser nicht – im Gegenteil: »Sie sind überflüssig. Sie müssen nur eingemauert und fortgeekelt oder vertrieben werden, während die Kolonialisierung ihres Landes fortschreitet. Das Land einzuzäunen und zu stehlen, wenn möglich es ganz ethnisch zu säubern, um das Land ohne Menschen zu haben, ist die rationalste Strategie eines zionistischen Israel, das die Palästinenser in einem Dauerkrieg bekämpft – manchmal in einem heißen Krieg, immer in einem Krieg mittlerer oder niedriger Intensität.«¹⁴ Das von Duchrow entworfene Bild kommt ohne jegliche Kontextualisierung aus, wie sie für eine differenzierte Analyse und Kritik israelischer Politik erforderlich wäre: keine Darlegung der weltpolitischen Gemengelage im Nahen Osten, keine kritische Befragung der unterschiedlichen politischen Motive, Narrative und Strategien der unterschiedlichen palästinensischen Strömungen und Institutionen, keine Auseinandersetzung mit den scharfen innerisraelischen Debatten. Vielmehr zielt die Darstellung auf die Behauptung, Israel sei – ganz »in der Logik des Zionismus« – ein rassistischer Apartheitsstaat, der von Beginn an auf »Zwangsumsiedlung, Krieg und Mord« gegründet sei, weit verwerflicher noch als das ausbeuterische und unterdrü-

ckerische System Südafrikas – zitierend ist auch von »schleichende(m) Genozid« die Rede. Das »zionistische Israel« ist nicht einfach ein moralisch verwerfliches politisches Gebilde der Gegenwart, sondern steht in der Tradition kolonialer Eroberungen, die für die ursprüngliche Bevölkerung allenfalls Reservate anstrebe. Duchrows abschließendes Urteil kulminiert bezeichnenderweise in einer kruden Symbolisierung Israels als Verkörperung der schlimmsten Auswüchse der Logik der westlichen Zivilisation, die mit einem »gigantischen Völkerraubmord in den Americas« begann: »Im westlichen Imperium ist der Staat Israel mit seiner gegenwärtigen Politik also ein weiteres Extrembeispiel der westlichen, kolonialistischen, kapitalistischen, imperialen, wissenschaftlich-technischen, rassistischen, gewalttätigen Eroberungskultur, wie sie sich in den letzten 500 Jahren entfaltet hat.«¹⁵ Unabhängig davon, wie man sich in den Kontroversen über Zionismus, Staat Israel und israelische Politik positioniert, fällt es schwer, in dieser von jeglicher historischer und politischer Differenzierung freien symbolischen Deutung Israels etwas anderes zu erkennen als das, was die historische und mentalitätsgeschichtliche Antisemitismusforschung als Ausdruck eines obsessiven Ressentiments gegen ein Kollektiv bezeichnen würde – in diesem Falle als Ressentiment gegen den Staat Israel als Symbol einer Krise der kapitalistischen Moderne und ihrer globalen Folgen.

4. Die aus Duchrows Sicht erforderliche theologische Antwort auf diese Situation lässt sich relativ kurz kennzeichnen. Sie besteht darin, die prophetische und jesuanische Tradition der Gerechtigkeit und Kritik der Ausbeutung gegen die antiken Formen der sich herausbildenden »Ökonomie der Gier und der Eroberung« mit ihrer Solidarität für die Leidenden, Armen und Ausgeschlossenen zu neuer Wirkung zu bringen.¹⁶ Diese Traditionen der Hebräischen Bibel und des Neuen Testaments gelte es zu nutzen, um »die symbolische Macht des zionistischen Narrativs zu brechen und das gemeinsame Menschsein in den Mittelpunkt zu rücken, wofür die hebräische Tradition eine der wesentlichen Quellen ist.«¹⁷ Gegen jene, die die Tradition der Erwählung Israels (z.B. Dtn 7,1-11) als Rechtfertigung benutzen »für Landraub, Schikanieren oder Töten von Menschen, also für die Methoden, mit denen der Staat Israel so viel palästinensisches Land wie möglich in seinen Besitz zu bringen versucht«,¹⁸ müsse, wie Duchrow unter Berufung auf den palästinensischen Befreiungstheologen Mitri Raheb und auf jüdische Theologen wie Marc Ellis, Marc Braverman und Michael Lerner geltend macht, deutlich werden,

dass der »Siedlerkolonialismus«, der im 20. Jahrhundert »mit Hilfe einer terroristischen Untergrundarmee und auf den Flügeln kolonialistischer Mächte« nach Palästina kam, »um die Bewohner aus dem Land zu treiben«, der Spiegel vorgehalten werden. Unter Berufung auf die Kritik von Emanuel Levinas an der Politik des Staates Israel betont Duchrow, theologische Reflexion müsse sichtbar machen, »dass das zionistische Israel exakt das Gegenteil von dem tut, was die Propheten und die Tora fordern: Gerechtigkeit«. ¹⁹ Als »Juden des Gewissens« oder »prophetische Juden« stehen die jüdischen Befreiungstheologen alleine für ein angemessenes Verständnis der Tora und dienen dem christlichen Theologen als Maßstab für seine Kritik des Zionismus, die ganze Bandbreite vielstimmiger jüdischer theologischer Auseinandersetzung mit dem Zionismus und der Politik des Staates Israel verschwindet demgegenüber oder verfällt dem Verdikt eines »konstantinischen«, weil dem Prinzip des Imperialismus verfallenen Judentums. ²⁰

5. Es überrascht nicht, dass die politisch-praktische Konsequenz dieser Position nicht nur auf eine Solidarisierung mit palästinensischen Befreiungstheologien und eine scharfe Kritik christlicher Solidarität mit dem Staat Israel im Kontext des christlich-jüdischen Dialogs, sondern zugleich auf die Forderung einer kirchlichen Unterstützung der Bewegung BDS (Boykott, Desinvestition und Sanktionen) hinausläuft. Als gewaltfreies wirtschaftliches und erzieherisches Mittel zur Schwächung der israelischen Wirtschaft und zur Intensivierung der Debatten über die Legitimität der Politik Israels verdiene die Bewegung die Solidarität auch der deutschen Kirchen. Letztere distanzieren sich fälschlicherweise davon, weil sie die Erinnerung an den nationalsozialistischen Boykott der deutschen Juden fürchteten. Damit aber unterlägen sie der Strategie der »Israel-Lobby«, die damit rechne, »dass die Bevölkerung nicht unterscheiden kann zwischen Hitler und Gandhi«. ²¹ Ohne hier näher darauf eingehen zu können, sei festgestellt, dass es erneut an einer differenzierten Analyse mangelt – in diesem Falle an der Rolle beider Seiten des israelisch-palästinensischen Konflikts: Während Israel in seiner Gesamtheit als Gewalt ausübende imperiale Macht erscheint, die ganz auf gewaltsame Verdrängung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung zielt, fehlen Hinweise auf palästinensische Gewalt und die grundsätzliche Bestreitung der Existenzberechtigung Israels – etwa in der Ideologie der Hamas – vollständig. Die tiefe Problematik dieses Ansatzes wird sichtbar, wenn man ihr die Perspektive Samuel Salz-

borns entgegenstellt, der in seinen Ausführungen über die BDS-Bewegung darauf hinweist, dass hier vielfach doppelte Maßstäbe gelten, insofern der Verurteilung israelischer Machtausübung und Gewalt zumeist keine Kritik an gewaltsamen Implikationen palästinensischer Politik entspricht. ²²

Die Kritik an Ulrich Duchrows Artikel, die hier nicht im Einzelnen skizziert werden kann, fiel heftig aus und diagnostizierte klare Grenzüberschreitungen zwischen Israelkritik und antisemitischen Denkmustern. ²³ Im Vorwort zur zweiten Auflage ihres Sammelbandes berichten Duchrow und sein Mitherausgeber Hans G. Ulrich über die Reaktionen gegenüber ihrer Publikation und weisen die gegen sie erhobenen Vorwürfe und die Distanzierungen seitens der EKD und des LIT-Verlags entschieden zurück. Eine Analyse der Argumentationsstruktur und Diktion dieses Vorworts lässt die tiefe Ambivalenz ihrer Position noch deutlicher erkennen. Auffällig ist zunächst die Heftigkeit, mit der – jüdischen wie christlichen – Kritikern summarisch Diffamierung, Rufmord und pseudowissenschaftliche Agitation vorgeworfen und zugleich unterstellt wird, sie seien Teil einer »orchestrierten Kampagne«: »Der Kontext solcher Kampagnen ist das großzügig finanzierte und finanzierende Propagandaprogramm (Hasbara) des israelischen Außenministeriums, das darauf hinarbeitet, mithilfe von Gruppen und Personen besonders in den USA und Deutschland Kritik an den Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen des Staates Israel gegenüber den PalästinenserInnen durch Diskreditierung der Kritikerinnen zu unterdrücken und die Politik des Staates in gutem Licht erscheinen zu lassen.« ²⁴ Dass gerade diese Form des Gegenangriffs an die Stelle einer sachlich-argumentativen Zurückweisung der konkreten Kritik tritt, ist bezeichnend – insbesondere im Licht der Forderung Samuel Salzborns, zur Entkräftung von Kritik an als antisemitisch empfundenen Positionen gelte es im öffentlichen Diskurs zu »argumentieren, warum die eigene Position nicht antisemitisch« ist. ²⁵ Anstatt die eigenen Aussagen im Licht der Kritik zu klären, zu überdenken und ggf. zu revidieren, zu modifizieren oder aber begründet daran festzuhalten, flüchtet sich das Vorwort in das Zitieren jüdischer Stimmen, die im Zusammenhang ihrer Positionierung in innerisraelischen Debatten Kritik sowohl an israelischen Strategien der politischen Instrumentalisierung der Gefahren des Antisemitismus als auch an problematischen Aspekten des deutschen Erinnerungsdiskurses üben. So steht am Anfang des Vorworts ein ausführliches Zitat aus einem Artikel Moshe Zuckermanns aus dem Jahr 2015, der

sich gegen eine einlinige Identifizierung von Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik wendet und einen Mechanismus diagnostiziert, dem zufolge »Israel stets Alarm schlägt, wo es Antisemitismus gewahrt, und Deutschland sich entsprechend immer alarmieren lässt«, d.h. dem zufolge Israel den Antisemitismus brauche, »um sich der Kritik gegen Israel zu erwehren«, während Deutschland auf Israel als »jüdisch-institutionalisierte Moralinstanz der Anerkennung seiner vollends bewältigten Vergangenheit« angewiesen sei.²⁶ Unabhängig davon, wie man Zuckermanns Analyse als kritische Intervention im Diskurs beider Gesellschaften bewertet, legt sich der Eindruck nahe, dass das Zitat und der Verweis auf sein neues Buch *Der allgemeine Antisemit oder die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit* (2018) im Kontext des Vorworts in erster Linie der Immunisierung gegen den Antisemitismusvorwurf dient, insbesondere im Zusammenspiel mit der Behauptung der »orchestrierten Kampagne«. Die Frage des Umgangs der nichtjüdischen deutschen Öffentlichkeit mit herausfordernden Thesen wie jenen Zuckermanns, die unterschiedliche Reaktionen – von apologetischer Irritation bis zur Instrumentalisierung zur Rechtfertigung der eigenen Haltung – hervorrufen können, ist eine komplexe Problematik für sich. Mit Blick auf das Vorwort Duchrows und Ulrichs ist jedoch zu fragen, ob das Zitat der Thesen Zuckermanns wirklich selbst verantwortete Argumentation zu ersetzen vermag und ob es nicht eher symptomatisch ist, dass das Zitat an die Stelle einer kritischen Selbstreflexion und Bemühung um Klärung und Differenzierung der eigenen Position im Lichte und in Auseinandersetzung mit der Kritik an Duchrows Artikel tritt. Die Kritiker werden – erneut mit Worten Moshe Zuckermanns aus einem anderen Kontext – als jene attackiert, die »zu Sachwaltern einer neuen Antisemitismusbekämpfung mutiert« seien, »und zwar mit solcher Verve, das man den Eindruck gewinnt, der Anti-Antisemitismus sei zum neuen zivilgesellschaftlichen Lustprinzip einer gewissen Öffentlichkeit avanciert«.²⁷

4

Ulrich Duchrow erwähnt im Zusammenhang seiner Vision einer israelkritischen prophetischen Theologie das »KAIROS-Palästina-Dokument« (2009) und das entsprechende »KAIROS Palästina Netzwerk«. Letzterem schreibt er die aus seiner Sicht zentrale Funktion zu, in Kirchen und Gemeinden über die Situation in Israel/Palästina aufzuklären, das Meinungsklima zu ändern und insbesondere auch der bedingungslosen Unter-

stützung Israels durch die Protagonisten des christlich-jüdischen Dialogs entgegenzuwirken. So gewiss anzuerkennen sei, dass diese dazu beigetragen hätten, den traditionellen Antijudaismus des Christentums zu überwinden und dessen jüdische Wurzeln aufzuzeigen, so sehr hätten sie aufgrund ihrer Hinwendung zu bestimmten jüdischen Dialogpartnern die Dimension universaler Gerechtigkeit gegenüber allen Opfern politischer, sozialer und wirtschaftlicher Unterdrückung aus dem Blick verloren: »Da sie [...] eine langjährige Loyalität mit ihren z.T. unkritischen jüdischen PartnerInnen verbindet, haben sie Schwierigkeiten, ihrer Verpflichtung zur Gerechtigkeit den PalästinenserInnen gegenüber Raum zu geben. Sie können offenbar noch nicht sehen, dass Gerechtigkeit auch die Vorbedingung für langfristige Sicherheit der Israelis ist. Es ist deshalb eine zentrale Aufgabe zu zeigen, dass Gerechtigkeit den jüdischen Menschen auf lange Sicht dient.«²⁸ Duchrow ist selbst ein führendes Mitglied des umstrittenen kirchlichen Netzwerks, das sich im Juli 2012 in Reaktion auf das von Christinnen und Christen in Palästina verfasste KAIROS-Palästina-Dokument (*»Die Stunde der Wahrheit – ein Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen«*)²⁹ unter dem Dach des ökumenischen Netzwerkes Kairos Europa e.V. gegründet hat. Es besteht aus Repräsentant*innen lokaler und bundesweiter Initiativen, Organisationen und Netzwerke, die nach eigener Aussage auf ihrer Website der Bitte palästinensischer Kirchen entsprechen wollen, das Unrecht der Besetzung Palästinas durch den Staat Israel gegenüber den Kirchen in der Bundesrepublik anzusprechen und gemeinsam nach Wegen zu dessen Überwindung zu suchen. »Das KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz will die kirchliche Auseinandersetzung mit der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik sowie die proaktive Unterstützung des Boykottaufrufs gegenüber Waren aus völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in der Westbank auf der Ebene von Gemeinden (an der ökumenischen Basis) fördern und das Gespräch mit Kirchenleitungen, Hilfswerken und Verbänden suchen.«³⁰

Offizielle Repräsentant*innen der Kirchen versuchen sich in der Regel von solchen Boykottinitiativen zu distanzieren, ohne die Berechtigung der Forderung nach solidarischer Unterstützung der Rechte der palästinensischen Bevölkerung zu bestreiten. Die Kirchenkonferenz der EKD und der Exekutivausschuss der Evangelischen Mittel-Ost-Kommission versuchten 2010 und 2011 in einer diplomatischen Stellungnahme eine Würdi-

gung und Kritik des umstrittenen Dokuments. Sie erkannten an, dass das KAIROS-Dokument als Ausdruck eines berechtigten Hilferufs von Menschen, die unter Besatzung leben müssten, zumindest das Existenzrecht des Staates Israel anerkenne – das aber sei aus Sicht der EKD ein ebenso entscheidendes Kriterium wie das Bekenntnis zum Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat. Gewürdigt wird auch die Benennung des Dialogs der Religionen als Instrument der Versöhnung und der explizite Verzicht auf Gewalt und Rache. Zugleich wird in der besagten Stellungnahme jedoch zu notwendigen Differenzierungen aufgerufen – etwa in der Frage, ob die Besatzung die einzige Ursache für die Not des palästinensischen Volkes sei. Eine Distanzierung erfolgt hingegen gegenüber der Aussage, die Wurzeln des Terrorismus lägen in dem den Palästinensern zugefügten Unrecht durch die Besatzung; stattdessen sei festzustellen, dass es islamische Gruppierungen in Palästina gebe, die die Existenz Israels grundsätzlich bestritten; verwiesen wird auch auf die Notwendigkeit, innerhalb der palästinensischen Gesellschaft rechtstaatliche Strukturen zu entwickeln. Dezidiert abgelehnt wird sowohl jegliche Legitimierung von Selbstmordattentaten als auch der vom KAIROS-Dokument selbst angemahnte und später vom KAIROS Palästina Netzwerk übernommene Boykott-Aufruf. »Ein allgemeiner Boykott Israels«, heißt es in der Stellungnahme, »erinnert die Kirchen in Deutschland an den Aufruf ‚Kauft nicht bei Juden‘ im Jahr 1933 und ist für uns nicht zu akzeptieren.« Zu fragen sei jedoch, mit welchen Solidaritätsmaßnahmen die Lebensgrundlage der Palästinenser*innen verbessert werden könnten. Als unangemessen und wenig hilfreich werden die Vergleiche mit dem Kampf gegen die Apartheid in Südafrika zurückgewiesen.³¹

Es ist schwer zu ermessen, wie verbreitet die Haltungen, die sich in den Boykott-Forderungen des KAIROS Palästina Netzwerks und in der antizionistischen Argumentation Ulrich Duchrows widerspiegeln, an der Basis der evangelischen Kirche sind. Man kann jedoch von einer erheblichen Breitenwirkung ausgehen. Auch die Pfarrer*innenschaft scheint vereinzelt von solchen Einstellungen nicht unberührt, wie der Fall des skandalösen Artikels von Pfarrer Jochen Vollmer in einem Heft des *Deutschen Pfarrerblatts* aus dem Jahr 2011 zeigt. Der Text trägt den bezeichnenden Titel »Der Israel-Palästina-Konflikt und die Befreiung der Theologie: Vom Nationalgott Jahwe zum Herrn der Welt und aller Völker«³² und bietet ein extremes Beispiel für eine Verbindung antizionistischer Ressentiments mit Elementen

eines sekundären Antisemitismus und christlichen Stereotypen. Die übliche Wahrnehmung des Konflikts im Nahen Osten, so die Behauptung des Verfassers, sei »zugunsten von Israel verzerrt« und blende das »Unrecht, das der einheimischen palästinensischen Bevölkerung mit der Gründung des Staates Israel geschehen« sei, aus – das aber sei »ein Symptom der Schuldverdrängung christlicher Judenfeindschaft bis hin zum Holocaust«. Erinnerung müsse ungeteilt sein und den Opfern und Tätern gelten, »den Opfern und Tätern des Holocaust wie den Opfern und Tätern der Gründungsgeschichte Israels wie den Opfern und Tätern seiner Siedlungspolitik seit 1967«. Die Entstehung des Staates Israel erklärt der Verfasser als Folge eines Raubes, gegen den Widerstand legitim sei: Der »Eindringling und Räuber«, der auf gewaltsamen Widerstand stoße, habe im Grunde kein Recht auf Selbstverteidigung. Die Palästinenser seien Opfer von Opfern, der Staat Israel eine Folge des unvorstellbaren Unrechts, welches die Deutschen dem jüdischen Volk zugefügt hätten. Das historische Bild, das Vollmer zeichnet, ist das eines von der Erfahrung der Shoah besessenen Volkes, das den Palästinensern widerrechtlich ihr Land genommen habe und dies durch seinen religiösen Anspruch auf das Land begründe. Israel sei ein nicht-demokratischer Staat, der auf der Grundlage von Vertreibungen existiere, von nationalreligiösen Bestrebungen bestimmt sei und mit seiner Siedlungspolitik auf ein Groß-Israel ziele. Er sei letztlich in seiner Siedlungspolitik in der Geiselhaft der religiösen Rechten, national gespalten und international isoliert.

Sehr bezeichnend sind in diesem Zusammenhang die theologischen Überlegungen, die der Verfasser unter der Überschrift »Der Staat Israel – ein Zeichen der Treue Gottes?« anstellt. Diese Formulierung aus dem Rheinischen Synodalbeschluss von 1980 ist ihm in besonderer Weise ein Dorn im Auge: »Wir, Christen in Deutschland, können unsere unsägliche Schuld gegenüber der Judenheit nicht dadurch theologisch kompensieren, dass wir nun in der staatlichen Verfasstheit des Volkes Israel ein Zeichen der Treue Gottes sehen, das seinerseits Hunderttausende unschuldige Menschen zu Opfern gemacht hat und noch immer macht.« Die Staatlichkeit des biblischen Israel sei eine vorübergehende Episode gewesen, das Volk Israel habe seine eigentliche Berufung nicht als Staat, sondern in der Diasporaexistenz. Staaten seien partikulare Machtgebilde und menschliche Institutionen – den jüdischen Staat religiös als Zeichen der Treue Gottes zu überhöhen, leiste einem partikularen Gottesverständnis Vorschub

und widerspreche der Vorstellung eines »universalen Gottes, der alle Menschen und Völker geschaffen hat und darum für alle Menschen und Völker in gleicher Weise da sein will«. Ein jüdischer Staat, der die nichtjüdische Bevölkerung ausgrenze und so den universalen Gott verleugne, verfehle seine Berufung, nicht wie die anderen Völker zu sein. Der Vorwurf Vollmers lautet, Israel falle in das Paradigma von Stammesgesellschaften und ihrer Gottheiten zurück, anstatt »im universalen Horizont Gott als Gott Israels und der Völker wie als Schöpfer des Himmels und der Erde neu zu denken«, und habe vergessen, dass der dem jüdischen Volk zugedachte Ort das Exil sei. Das Judentum, so seine Schlussfolgerung, sei tief gespalten: »Die einen sind bereit, um des Landes willen Menschen zu opfern. Sie berufen sich auf die nationalistischen Traditionen einer exklusiven Erwählung Israels durch einen exklusiven Gott auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung. Die anderen verstehen Gottes Wahrheit universal, sie glauben an Gott als den Schöpfer des Himmels und der Erde, der nicht nur Israel, sondern alle Völker geschaffen hat und seine Herrschaft der Gerechtigkeit über alle Völker und die ganze Erde ausüben wird.« Eine berechtigte staatliche Existenz habe Israel demnach nur dort, wo es sich seiner Geschichte stelle, die Erinnerung an das von ihm begangene Unrecht an den Palästinensern zulasse und das Land mit den Palästinensern zu teilen bereit sei. Auch wenn die Empörung in öffentlichen Stellungnahmen zu diesem Artikel groß war, ist die Annahme, dass die darin geäußerten Auffassungen verbreiteter sind als man denken mag, auch ohne Beweisführung auf empirischer Grundlage zumindest nicht ganz unberechtigt.

5

Es gilt hervorzuheben, dass sich namhafte protestantische Theologinnen und Theologen deutlich von solchen und ähnlichen theologisch verbrämten antizionistischen Ressentiments distanzieren haben. Zu nennen wäre etwa der ehemalige Vorsitzende des Rates der EKD, Nikolaus Schneider, der am 07. Januar 2012 auf einer Tagung des Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Berlin einen programmatischen Vortrag zum Thema »Ein schwieriges Verhältnis? Die evangelische Kirche und der Staat Israel« gehalten hat, der entscheidende Akzente einer differenzierten theologischen Stellungnahme zum Konflikt in Israel/Palästina zur Sprache brachte.³³ Als zentrale Aussagen seien lediglich folgende genannt:

1. Die Notwendigkeit der Distanzierung von anti-judaistischen geschichtstheologischen Begründungen des jüdischen Verlustes des Landes und des Tempels;
2. Die Bejahung Israels als eines säkularen Staates auf der Grundlage des Völkerrechts, verbunden mit der Kritik an jeglicher theologischen Überhöhung;
3. Die Betonung der besonderen Verantwortung der Deutschen für den Staat Israel im Gefolge des Völkermords;
4. Die Zulässigkeit von theologischen Aussagen über den Staat Israel, die aber dem Bereich christlicher Reflexion angehören und nicht der »Bürgergemeinde«. Dabei gelte es drei Aspekte zu beachten:

- Die Anerkennung der tiefen Bedeutung des Landes für jüdisches Selbstverständnis und die Bejahung der staatlichen Verfasstheit Israels als der einzigen Möglichkeit für das jüdische Volk, »seine Verbindung zum Land Israel selbstbestimmt verwirklichen zu können«;
- Die Bejahung der Formulierung der Rheinischen Synode von 1980, der zufolge »die fort-dauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind«; sie sei jedoch gegen das Missverständnis zu verteidigen, als sei damit eine religiöse Überhöhung gemeint;
- Die Aufgabe der Kirche, freundschaftlich und tief verbunden dem Staat Israel zur Seite zu stehen – eine Haltung, die auch solidarische Kritik einschließe.

Dass diese Einsichten, die sich der Nachgeschichte des Rheinischen Synodalbeschlusses aus dem Jahre 1980 verdanken, in der Gegenwart auch innerhalb der protestantischen Kirchen heftiger Kritik seitens der kirchlichen Basis ausgesetzt sind, wird in der Nötigung der Kirchenleitungen sichtbar, immer wieder die Plausibilität der zugrunde liegenden Argumente deutlich zu machen und theologische Interpretationen aus den 1980er Jahren vor dem Hintergrund wachsender Israelkritik und auch antizionistisch motivierter Infragestellungen zu rechtfertigen – so etwa in der 2016 formulierten Vorlage der Kirchenleitung der Rheinischen Landeskirche für die Landessynode mit dem Titel »Schritte auf dem Weg zu Gerech-

tigkeit und Frieden in Israel und Palästina«. Diese Erklärung verweist auf die seinerzeit vorgenommenen theologischen Grundlegungen zurück und formuliert kritisch-solidarische Perspektiven für eine Förderung der friedlichen Koexistenz zweier Staaten in Israel/Palästina aus der Sicht einer protestantischen Perspektive im christlich-jüdischen Dialog.³⁴

Die Debatten innerhalb der protestantischen Kirche (und der deutschen Gesellschaft insgesamt) sind angesichts der komplexen Situation in Israel und im Nahen Osten, der vielstimmigen Kontroversen und gegenläufigen Perspektiven in Israel selbst und der Problematik der Auseinandersetzung mit den vielschichtigen Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland zwangsläufig Gratwanderungen. Dabei sollten allerdings Mindeststandards gelten, darunter Bereitschaft zur Differenzierung, stetig neue selbstkritische Hinterfragung der eigenen Motivlagen, Verantwortung der eigenen Position im öffentlichen Diskurs, Wahrnehmung der Argumente, Motive und Handlungsweisen der unterschiedlichen Konfliktparteien. Dazu kommt, was bei den analysierten Beispielen in besonderer Weise zu fehlen scheint: eine intensive Rezeption der unterschiedlichen, auch der einander widerstreitenden Perspektiven sowohl der Antisemitismusforschung als auch der historischen Forschung zu Zionismus, Staat Israel und zur Situation im Nahen Osten, und nicht zuletzt auch der Vielschichtigkeit der relevanten politischen Diskussionen – Stimmen wie Gegenstimmen.

Anmerkungen:

¹ Ekkehard W. Stegemann, »Die Befreiung der Theologie vom Antijudaismus als wissenschaftliche Aufgabe«, in: *Judaica* 48 (1992), 214-225.

² Wolfgang Stegemann / Ekkehard W. Stegemann, »Von Ambivalenz zur Feindschaft. Anmerkungen zum Verhältnis des Ökumenischen Rates der Kirchen zum Staat Israel«, in: *Kirche und Israel* 28 (2013), 99-118.

³ Vgl. etwa die Beiträge in Doron Rabinovici / Ulrich Speck / Nathan Szaider (Hg.), *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*, Frankfurt a.M. 2004; Christian Heilbronn / Doron Rabinovici / Nathan Szaider (Hg.), *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte*, Berlin 2019; zu den differenzierten Zusammenhängen von Antizionismus und Antisemitismus vgl. etwa Manfred Gerstenfeld, *Anti-Israëlismus und Anti-Semitismus*, Stuttgart 2018; Monika Schwarz-Friesel / Jehuda Reinharz, *Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert*, Berlin 2013.

⁴ Samuel Salzborn, »Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung«, in: *Kirche und Israel* 28 (2013), 5-16, hier 5f.

⁵ Ebd., 8.

⁶ Ebd., 9f.

⁷ Vgl. EUMC: *Working Definition of Antisemitism* (2004), in: <http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/material/pub/AS/AS-WorkingDefinition-draft.pdf> (dt. Übersetzung: *European Forum on Antisemitism*).

⁸ Ulrich Duchrow, »Unterdrückung über Ausbeutung hinaus«, in: Alexander Dietz / Stefan Gillich (Hg.), *Armut und Ausgrenzung überwinden. Impulse aus Theologie, Kirche und Diakonie. Festschrift für Dr. Wolfgang Gern*, Leipzig 2016, 104-139.

⁹ Ulrich Duchrow, »Palästina/Israel als Beispiel von kolonialistischem Kapitalismus in theologischer Perspektive«, in: ders. / Hans G. Ulrich (Hg.), *Religionen für Gerechtigkeit in Palästina/Israel – jenseits von Luthers Feindbildern (Die Reformation radikalieren, Bd. 7)*, Münster 2017, 166-202, hier 166.

¹⁰ Ebd., 201.

¹¹ Vgl. etwa Yehuda Bauer, »Von der Shoah zum Staat Israel«, in: ders., *Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Reinterpretationen*, Frankfurt a.M. 2001, 293-314; David Nowak, »What Is the Connection Between the Holocaust and the State of Israel?«, in: ders., *Zionism and Judaism. A New Theory*, Cambridge 2015, 225-250.

¹² Duchrow, »Palästina/Israel als Beispiel von kolonialistischem Kapitalismus«, 167f; vgl. Shir Hever, *Die politische Ökonomie der israelischen Besatzung. Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus*, Köln 2014.

¹³ Ebd., 170.

¹⁴ Ebd., 175f.

¹⁵ Ebd., 178f.

¹⁶ Ebd., 185.

¹⁷ Ebd., 197.

¹⁸ Ebd., 189.

¹⁹ Ebd., 193.

²⁰ Ebd., 195.

²¹ Ebd., 199.

²² Salzborn, »Israelkritik oder Antisemitismus?«, 11-14, bes. 13.

²³ Vgl. etwa Hermann Lührs. »Legitime Kritik oder Antisemitismus. Ein Aufsatz zu Israel und Palästina in einem Sammelband der Evangelischen Verlagsanstalt erfordert Widerspruch«, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik 62 (2018), 58-64; vgl. inzwischen als Reaktion und Diskussion: Shir Hever, »Kein Antisemitismus, sondern notwendige Kritik. Erwiderung auf Lührs' Angriff auf Ulrich Duchrow in der Zeitschrift für Evangelische Ethik, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik 63 (2019), 137-142; Hermann Lührs, »Selbstdemontage. Anmerkungen zu den Autoren Duchrow und Hever«, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik 63 (2019), 143-144; Shir Hever / Ulrich Duchrow, »Antwort auf Lührs' Kommentar ‚Selbstdemontage‘ und ‚Die Antwort des Herrn Lührs - Verwirrspiel‘«, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik 63 (2019), 145-147. Vgl. u.a. auch die Stellungnahmen von Volker Beck in Die Zeit, Nr. 21/2018, 17. Mai 2018 oder Micha Brumlik in der TAZ vom 7. August 2018 (<http://www.taz.de/!5521294/>); vgl. auch die Stellungnahme des Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit (<https://www.deutscher-koordinierungsrat.de/dkr-home-Stellungnahme-Verzerrung-2018>).

²⁴ Ulrich Duchrow / Hans. G. Ulrich, »Vorwort zur zweiten Auflage«, in: Duchrow / Ulrich (Hg.), Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel. Jenseits von Luthers Feindbildern, zweite und verbesserte Auflage Otterstadt / Speyer 2018, 9-14, hier 11.

²⁵ Salzborn, »Israelkritik oder Antisemitismus?, 5.

²⁶ Vgl. <https://www.globkult.de/gesellschaft/identitaeten/1016-jensets-deutscher-reflexe-resuemee-ueber-antisemitismus-antizionismus-und-israel-kritik>.

²⁷ <https://www.rubikon.news/artikel/die-gesinnungspolizei>.

²⁸ Duchrow, Palästina/Israel als Beispiel von kolonialistischem Kapitalismus in theologischer Perspektive«, 197.

²⁹ Zum Text des Dokuments s. <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/other-ecumenical-bodies/kairos-palastine-document>.

³⁰ <http://kairoseuropa.de/kairos-palaestina-solidaritaetsnetz/>

³¹ Vgl. http://www.jcrelations.net/Stellungnahme_zum_Kairos-Palastina-Dokument.3777.0.html?L=2&page=1

³² Zu den Zitaten im Folgenden s. <http://www.pfarrerverband.de/pfarrerblatt/index.php?a=show&id=3030>.

³³ Vgl. die Dokumentation des Vortrags: <http://www.deutscher-koordinierungsrat.de/dkr-tagungstexte-praeses-nikolaus-schneider-2012>.

³⁴ http://www.ekir.de/www/downloads/ekir2016ls_schritte-auf-dem-weg-zum-frieden.pdf.



»Man kann nicht gleichzeitig den Judenmord aufarbeiten und die Revolution machen« – Die Abwehr von Antisemitismuskritik in der politischen Linken

Von Tom David Uhlig, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main

Wer über Antisemitismus in der politischen Linken sprechen will, sieht sich mit dem Problem konfrontiert, dass sich die gesamte Geschichte der Linken, wie auch jene der Moderne – darauf hat Samuel Salzborn (2010) hingewiesen –, sich von ihrem Negativ her erzählen lässt, von ihrer Schattenseite, die der Antisemitismus ist. Wo linke Politiken waren und sind, findet man immer auch mal mehr, mal weniger offen, mal durch viele, mal durch eine Handvoll Personen vertretene antisemitische Artikulationsformen. Man könnte es sich einfach machen und behaupten, wo die politische Linke in den Antisemitismus abdriftet, sei sie eben nicht mehr links, das Problem einer antisemitischen Linken also eigentlich ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich. Tatsächlich hat dieses Argument auch m.E. einiges für sich: Ja, wo Antikapitalismus, Feminismus oder Antirassismus, wo diese linken Politiken Antisemitismus in ihrer Reihe dulden, dort ist der antikapitalistische, feministische oder antirassistische Anspruch hoffnungslos verloren, da kann er nicht mehr eingelöst werden. Antisemitismus als »Sozialismus der dummen Kerls« ist eine Denkform, die verhindert, dass man die Gesellschaft noch adäquat verstehen kann. Der Hass auf Jüdinnen und Juden vernebelt die Sicht: Wer glaube, dass am Unglück im Kapitalismus lediglich ein eingrenzbarer Personenkreis verantwortlich ist, kann den Kapitalismus nicht begreifen und folglich auch nicht kritisieren, oder wer für Frauenrechte oder die von *People of Color* eintrete, sie aber gleichzeitig Jüdinnen und Juden vorenthält, dessen Politik verliert mit dem Universalismus gleichsam die Legitimation: Wenn Menschenrechte nicht für alle gelten, sind sie keine mehr, eine halbierte Freiheit macht keinen Sinn. Das ist was uns die Frauenrechtlerinnen um Olympe de Gouges, die dafür unter der Guillotine endete, oder die aufständigen Sklaven in Haiti, die dafür blutig bekämpft wurden, gelehrt haben: Entweder ist die Politik universal und gilt für alle Menschen, also auch für die Jüdinnen und Juden, oder sie ist es nicht und dient damit lediglich der Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen.

Antisemitismus ist phänomenologisch seit ihrer Entstehung Teil der politischen Linken, ihn zu kritisieren bedeutet das linke Projekt – das es als einheitliches natürlich nie gab – an seinem

Selbstanspruch zu messen, also zu schauen, wo hinter sich selbst, hinter das, was eigentlich Ziel sein sollte, zurückgefallen wird. Da Antisemitismus aber eben zu beinahe allen Zeiten und allen Orten in linken Politiken zu finden waren, ist eine Eingrenzung der Darstellung des Problems gar nicht so einfach. Die Erzählung, die ich im Folgenden anbieten möchte, diskutiert das Phänomen des Antisemitismus in der Linken von seiner Gegenseite, der Seite der Reaktionen bzw. der Abwehr, die dessen Kritik auslöst. Meines Erachtens ist es gerade für die Ebene der Vermittlung, also z.B. der politischen Bildungsarbeit, wichtig, sich mit diesen Abwehrreaktionen auseinanderzusetzen, da Aufklärungsbemühungen an ihnen scheitern können. Verloren geht bei dieser Perspektive aber die Chronologie, d.h. Ereignisse werden teilweise sprunghaft aufgerufen.

Im Weiteren möchte ich drei Motive der Abwehr gegen eine Beschäftigung mit Antisemitismus diskutieren: Erstens die Unterstellung, die Antisemitismusreflexion würde die politische Linke lähmen, zweitens ein verkürzter Faschismusbegriff, der Antisemitismus ausklammert, und drittens die unbedingte Parteinahme für Unterdrückte, zu denen Jüdinnen und Juden gemeinhin nicht gezählt werden.

Kraftlosigkeit durch Reflexion

Der Titel dieses Aufsatzes stammt aus einem Zitat Rudi Dutschkes, das im vollen Wortlaut so geht: »Wenn wir das anfangen, verlieren wir unsere ganze Kraft. Eine solche Kampagne ist von unserer Generation nicht zu verkraften, aus dieser Geschichte kommen wir nicht wieder raus. Man kann nicht gleichzeitig den Judenmord aufarbeiten und die Revolution machen. Wir müssen erst einmal was Positives gegen diese Vergangenheit setzen.« (Zit. n. Aly, 2012, S. XIV) Diese Argumentationsform ist m.E. eine ziemlich gängige: Als ich vor Gewerkschaftler*innen jüngst einen Vortrag über Verschwörungstheorien gehalten habe, wurde mir von einem älteren Teil des Publikums beinahe das Gleiche angelastet. Mit der von mir angebotenen Kritik an Formen regressiver Kapitalismuskritik und des Antiimperialismus, in denen antisemitische Ressentiments kolportiert werden, würde ich die eine Handlungsun-

fähigkeit der Linken herbeireden. Wenn wir jetzt bei jedem Kommentar zur Finanzkrise oder internationalen Konflikten so genau hinschauen würden, dann verliere die politische Linke ja völlig ihre Schlagkraft. Diese Haltung steht wohl auch hinter der Hoffnung auf groß angelegte »Sammelbewegungen« wie #aufstehen oder auch Blockupy: Zugunsten einer großen Bündnispolitik, sollen die Widersprüche zwischen unterschiedlichen linkspolitischen Gruppierungen und Ansätzen eingeebnet werden. Wer möchte schon über die Krakendarstellung auf den Anti-G20-Protesten sprechen, wenn es doch gelungen ist, 20.000 Menschen auf die Straßen zu bringen? Die Kritik von Antisemitismus kann hier kaum anders wahrgenommen werden als ein Versuch der Spaltung, mit der das linke Projekt geschwächt werden soll. Im Falle Dutschkes ist die Ablehnung einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus natürlich noch geschichtlich aufgeladen. Das Zitat wirkt heute u.U. irritierend, da sich über 1968 ein mythisches Bild gefestigt hat, in dieser Zeit habe die jüngere Generation ihre Eltern über ihre Verstrickungen in den Nationalsozialismus zur Rede gestellt. Auch wenn dieses Bild sicher nicht ganz falsch ist – es gab diese Konfrontationen und die Kritik an personellen Kontinuitäten aus dem Nationalsozialismus – kann jedoch nicht angenommen werden, dass es sich dabei um eine gesamtgesellschaftliche Tendenz handelte. Der Historiker Götz Aly geht in seiner polemischen Interpretation von 1968 »Unser Kampf« so weit, dass seines Erachtens die Konfrontation mit dem nationalsozialistischen Deutschland eigentlich Anfang der 1960er einsetzte, z.B. durch den Frankfurter Auschwitz-Prozess, diese jedoch von der 68er-Revolution wieder unterbrochen wurde. Der Skandal, welchen der NS-relativierende Vergleich Alys auslöste – der Titel *Unser Kampf* spielt natürlich auf Hitlers *Mein Kampf* ab –, verstellte zwar zunächst einen differenzierten Blick auf das Generationenverhältnis, jedoch bildete das Buch eine nachhaltige Verunsicherung der These einer Konfrontation mit den Eltern ab. Insbesondere psychoanalytische Sozialpsychologen wie z.B. in Frankfurt Jan Lohl (2010) oder Sebastian Winter (2013) in Hannover, begreifen die transgenerationale Dynamik der 68er zu ihren Eltern deutlich ambivalenter: Der Holocaust ist – wie Raul Hilberg bemerkte – in Deutschland Familiengeschichte, die Konfrontation mit der nationalsozialistischen Vergangenheit trug sich aber häufig nicht bis in die Familien, wo zumeist nach wie vor Schweigen vorherrschte. Es war möglich auf der Straße die personellen Kontinuitäten in der Bundesrepublik anzuprangern, die Globkes anzugreifen, beim Familienfest jedoch lieber nicht

genau nachzufragen, was denn die Eltern oder Großeltern in diesen zwölf Jahren eigentlich gemacht haben. Eindrücklich kann man das an Einzelbiographien wie der Bernhard Vespers ablesen: Vesper, Mann von Gudrun Ensslin und späterer Autor des autobiographisch inspirierten Romans »Die Reise«, war nicht nur ein wichtiger linksradikaler Journalist, sondern auch Verleger einer geplanten Gesamtausgabe der Bücher seines Vaters Wilhelm Vesper. Dieser hielt am 10. Mai 1933 eine Festrede bei der Bücherverbrennung in Dresden und gehörte zu den 88 Schriftstellern, die im Herbst dieses Jahres das Gelöbnis treuester Gefolgschaft für Adolf Hitler unterzeichneten. Die Herausgabe einer Will-Vesper-Gesamtausgabe sei Gudrun Ensslin zufolge eine »Aufgabe für das nationale Deutschland« und der ältere Vesper einer der »liebenswertesten, unterhaltendsten und geistreichsten Dichter, den Deutschland in diesem Jahrhundert besessen hat«. ¹ Was bewegt das linksradikale junge Paar, einen völkischen Blut- und Boden-Autor neu aufzulegen?

Ich möchte meinen, dass es sich bei dem Argument, die Linke würde ihre Schlagkraft verlieren, wenn sie sich mit dem (deutschen Vernichtungs-) Antisemitismus auseinandersetzt zuvorderst um eine Rationalisierung der Abwehr emotionaler Verstrickungen handelt. In der vielbeachteten Studie »Opa war kein Nazi« haben Welzer und Kolleg*innen (2002) überzeugend dargelegt, dass Gefühlserbschaften über die Zeit hinweg nicht einfach verschwinden, sondern sich in entschuldigenden Mythenbildung und narrativen Leerstellen über die Generation der Täterinnen und Täter niederschlagen. Anstatt sich selbst und die Tradierung von Gefühlen zu reflektieren, kann sich in den Aktionismus geflüchtet werden, der von all dem nichts mehr wissen will.

Verkürzter Faschismusbegriff

Erfolgt dann aber doch eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, passiert es nicht selten, dass dessen Eigenheiten dabei unter den Tisch fallen. Zunächst ist es ziemlich üblich – das drückt sich z.B. in der Namensgebung der Antifa aus – den Nationalsozialismus auf Faschismus zu reduzieren und dabei den in Deutschland konstitutiven Erlösungs- oder Vernichtungsantisemitismus zu nivellieren. Nach dem leider jüngst verstorbenen Moishe Postone (2005) gab es innerhalb der deutschen Linken eine Akzentverschiebung in der Auseinandersetzung mit deutscher Vergangenheit: Antisemitismus wurde weniger als »zentraler Aspekt, sondern als Randerscheinung des Nationalsozialismus verstanden« (ebd.,

S. 79) und der Holocaust tendenziell zugunsten einer Lesart des nationalsozialistischen Deutschlands als kapitalistischer Polizeistaat mit aggressiven imperialistischen Ambitionen marginalisiert – eine Lesart, die nicht nur in der westdeutschen Linken verbreitet, sondern in der DDR sogar staatstragend war: Hier wurden die ermordeten Jüdinnen und Juden umstandslos dem Widerstand gegen den Faschismus zugeschlagen und damit völlig verkannt, warum sie ermordet wurden, eben weil sie Jüdinnen und Juden waren, aus keinem anderen Grund. Das horkheimersche Diktum, wer über den Kapitalismus nicht reden wolle, solle über den Faschismus schweigen, wurde in der Ineinssetzung beider Herrschaftsformen bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Die Unfähigkeit, im Antisemitismus ein konstitutives Element des Nationalsozialismus zu sehen, folgt einer Blindheit, die die Theorie schlägt: Wenn der Kapitalismus der Feind ist, der alles durchdringt, wie sollte dann der Antisemitismus, als irrationale Ideologie, die keiner technischen Vernunft folgt, verstanden werden können. Es gibt – und das ist die Einsicht der kritischen Theorie, die unter dem Markennamen Frankfurter Schule firmiert – noch etwas Schlimmeres als den Kapitalismus und das ist Auschwitz. Hannah Arendt sprach über die Shoah als »vollendete Sinnlosigkeit«, womit in etwa gemeint war, dass die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden nicht aus der kapitalistischen Logik heraus, nicht aus einem ökonomischen Kalkül begangen wurde, sondern sich tatsächlich Selbstzweck war – was sie u.a. damit belegt, dass für das Morden bis zum Schluss kriegswichtige Ressourcen aufgewendet wurden, also das Verlieren des Krieges willfährig in Kauf genommen wurde, wenn man nur dabei genug Juden und Jüdinnen ermordet.

Wolfgang Wippermann (2019) hat uns die Insuffizienz rein ökonomischer Erklärungen für den Faschismus festgehalten: »Dogmatisch marxistische Theorien über das Verhältnis von Faschismus und einzelnen Kapitalfraktionen können allenfalls die Aufstiegsphase des Faschismus, aber kaum seine Machtergreifung und Machtausübung erklären, die keineswegs immer und vollständig im Interesse dieser Kapitalfraktionen waren. Der Faschismus insgesamt war weit mehr als nur ein Agent des Kapitals.«

Mit der Ungenauigkeit des Faschismusbegriffs als bloße Fortsetzung des Kapitalismus mit anderen Mitteln und der anschließenden Verdrängung der Spezifika der nationalsozialistischen Ideologie, setzte seine ungebührliche Ausweitung ein: Gerade die personellen Kontinuitäten aus dem Natio-

nalsozialismus oder die Notstandsgesetze, die im Mai 1968 beschlossen wurden, erweckten bei vielen der protestierenden Studierenden in diesem Jahr und danach die Vorstellung, man habe es mit der Bundesrepublik mit einem faschistischen Staat zu tun bzw. mit einem Staat – das war die Theorie der RAF – dessen Faschismus sich zeigen werde, wenn der Widerstand gegen Repression ihn zur Selbstentblößung zwingen werde. In diesem Verhältnis war es – auch angesichts des weit verbreiteten opferidentifizierten Gedenkens der Nachkommen der TäterInnen- generation – dann für einige Protestierende naheliegend, sich selbst anstelle der vormals verfolgten Jüdinnen und Juden zu setzen: Die Studenten sind die Juden von heute, war ein so gängiges wie NS-verharmlosendes Interpretationsmuster. Und *auch* wurde hier der Weg zum offenen Antiamerikanismus geebnet: Vor dem Hintergrund des Vietnam-Krieges und der Ungerechtigkeit gegenüber den Schwarzen im eigenen Land galt die USA vielen als faschistischer Staat, wobei nicht selten antisemitische Bilder, wie Gier, Kriegshunger, Strippenzieherei etc., im Antiamerikanismus ihren gesellschaftsfähigen Ausdruck erlangten.

Der Faschismusbegriff verwässerte also in der Kapitalismuskritik und den Friedensprotesten. Ein wichtiges Datum für diese betrübliche Entwicklung ist die ausbleibende Reaktion der bundesdeutschen Linken auf den Besuch des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und dem Bundeskanzler Helmut Kohl am 5. Mai 1985 des Soldatenfriedhofs von Bitburg. Gegen diesen als Versöhnungsgeste ehemaliger Kriegsgegner gedachten Staatsakt regte sich insbesondere von Seiten NS-Verfolgter internationale Kritik, gerade weil in Bitburg neben Wehrmachtssoldaten, auch SS-Leute (Beteiligte am Massaker in Oradour) beige- setzt waren. Die nicht-jüdische Deutsche Linke hatte dazu offenbar wenig zu sagen, was umso fraprierender war als dass zu Reagans Besuch drei Jahre zuvor 400.000 Menschen an einer Friedensdemonstration in Bonn gegen Aufrüstung teilnahmen. Gedacht war die Zeremonie als Versöhnungsgeste ehemaliger Kriegsgegner*innen, letztlich stand sie jedoch symbolisch für Erinnerungsabwehr, Verdrängung, Normalisierung des Nationalsozialismus und das Ausbrechen eines akuten Antisemitismus, was Umfragen dieser Zeit zeigen.

Das Desinteresse der bundesdeutschen Linken war Anlass für Moishe Postone (2005) seiner Enttäuschung in einem offenen Brief Ausdruck zu verleihen:

»Wie sehr die Kritik an der NATO und der amerikanischen Rüstungspolitik auch gerechtfertigt sein mag, die Wurzel von Deutschlands Problem ist Deutschland und nicht die USA. Die Bewegung gegen die NATO kann nur dann progressiv sein, wenn sie gleichzeitig mit dem Versuch gekoppelt ist, ein neues, anderes Deutschland zu schaffen. Wenn dies nicht geschieht, wird die historische Rolle der Linken in diesem kritischen Augenblick eine verheerende gewesen sein. [...] Ich kann nur hoffen, dass Bitburg rückwirkend genügend Leute aus ihrem dogmatischen Schlummertraum – ‚normale‘ Oppositionelle oder Linke zu sein – aufrütteln wird, so daß sie beginnen können, den Keim dessen zu bilden, was tatsächlich ein anderes Deutschland wäre.«

Ein wenig polemisch zusammengefasst: Man war schnell dabei, den anderen Faschismus vorzuwerfen, so dass darüber der historische Faschismus relativ in Vergessenheit geraten konnte. Wer aber sind die anderen, denen der Faschismus vorgeworfen wird?

Stellvertreterkonflikte

Soziologische bzw. kulturwissenschaftliche Gegenwartsdiagnosen sind sich einigermaßen einig, dass die sogenannten westlichen Länder in einer postheroischen Zeit angelangt sind, also einer Zeit, in der kaum jemand mehr gewillt ist, für politische Ideale zu sterben. Nachdem die Revolution 1968 gescheitert ist und seitdem ausbleibt, scheint dieser mangelnde Einsatzwillen für einige Linke eine schwer verkräftbare Tatsache zu sein, so dass sich die revolutionären Hoffnungen vom Proletariat und der Studierendenschaft auf andere Subjekte der Geschichte verschobene haben, maßgeblich vermeintlichen oder wirklichen Befreiungsbewegungen im Trikont, in Kurdistan, Tibet oder – für unser Thema heute am bedeutendsten – Palästina. Haben wir uns vorhin mit einer kapitalismuskritischen Blindheit gegenüber Antisemitismus beschäftigt, möchte ich nun zu sprechen kommen, auf die Bedeutung des Antiimperialismus für die Unfähigkeit oder den Unwillen, sich mit Antisemitismus ernsthaft auseinanderzusetzen.

Wie Moishe Postone schrieb war keine europäische Linke vor 1967 so proisraelisch eingestellt und keine danach so antiisraelisch (ebd., S. 174). Die Haltung zu Israel änderte sich fundamental, was sich etwa an Einzelbiographien wie der Ulrike Meinhofs gut ablesen lässt. Meinhof, die bereits 1965 an der Exkulpation der Deutschen arbeitete als sie schrieb, der »Anti-Hitler-Krieg« sei

in Dresden zu dem »entartet, was man zu bekämpfen vorgab«², schrieb angesichts der Geiselnahme und Ermordung von 12 israelischen Olympiasportlern im November 1972³:

»Sie [Brandt, Genscher, Merck, Schreiber, Vogel, Daume, Brundage] hatten nur ein Ziel, nur ja dem Moshe-Dayan-Faschismus - diesem Himmler Israels - in nichts nachzustehen. [...] Israel vergrößert Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden - Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik. Sie benutzt München eben gerade nicht als Vorwand, wenn es jetzt palästinensische Dörfer bombt - es tut, was es sowieso tut als imperialistisches System: Es bombt gegen die Befreiungsbewegung. Es bombt, weil die arabischen Völker die Aktion des Schwarzen September begriffen haben, weil die Aktion von den Massen verstanden worden ist: daß ihr Feind nicht nur Israel ist, daß ihr Feind der Imperialismus ist, daß nicht nur Israel blutrünstig ist, nicht nur die USA gegenüber Vietnam, sondern der ganze Imperialismus gegen alle Befreiungsbewegungen, daß es ohne antiimperialistischen Kampf keinen Sieg im Volkskrieg gibt.«

Auffällig ist hier zum einen der wiederkehrende Vergleich der Juden mit den Nazis. Moshe Dayan, Verteidigungsminister während des Sechstagekrieges als Israel sich gegen eine Allianz arabischer Nachbarstaaten erfolgreich verteidigte, wird hier mit dem Führer der SS Heinrich Himmler assoziiert. Auch wird hier unterstellt, Israel »verheizt« seine Sportler »wie die Nazis die Juden«, und damit eine Täter-Opfer-Umkehr bedient, die ganz charakteristisch für sekundären bzw. Schuldabwehrantisemitismus ist: Den Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Damit bewegte sich Meinhof nicht auf unbekanntem Terrain, der Vergleich des israelischen Verteidigungskrieges mit dem nationalsozialistischen Überfall auf die Länder Europas ist ein immer wiederkehrendes Motiv auch der bürgerlichen Presse. In Deutschland verbindet sich das antiimperialistische Weltbild immer wieder mit der Abwehr des deutschen Schuldzusammenhangs. Zum anderen bricht sich hier eine extreme Kälte und Indifferenz angesichts der ermordeten Israelis durch, deren Tod im Interpretationsraster des Antiimperialismus legitimiert erscheint. Israel sei blutrünstig – ein altes antisemitisches Klischee – die palästinensischen Terroristen Teil einer Befreiungsbewegung und deshalb wird hier auch die Trauer um die Opfer nicht ernstgenommen. Israel erscheint hier lediglich als Vertreter des Imperialismus und wird als solcher mit den USA, die zu der Zeit Krieg in Vietnam führten, zusammenge-

worfen. Bedient wird dabei ein Manichäismus, der die Welt in Gut und Böse unterteilt, auf der einen Seite die Befreiungsbewegungen, zu denen auch Terrorgruppen gehören können, und auf der anderen Seite die vermeintlichen Imperialisten.

Der antisemitische Antizionismus drohte zu einer Selbstverständlichkeit innerhalb der Linken zu werden, zu einer nicht weiter hinterfragten Maxime – wie es etwa in Großbritannien weitgehend zu beobachten ist. Dabei geht er stark mit dem Gefühl ein, moralisch auf der richtigen Seite zu stehen, für die Unterdrückten und Schwachen zu kämpfen. Auch heute begegnet einem oft die Argumentationsweise, man müsse ‚zu den Palästinensern‘ halten, weil sie in dem Konflikt mit Israel die militärisch unterlegenen seien. Dieses Bild lässt sich natürlich nur aufrechterhalten, wenn man davon absieht, dass ein breites Bündnis aus umliegenden arabischen Staaten vermeintlich auf Seiten der Palästinenser steht, und nachdem indem die Verfolgungsgeschichte der europäischen Jüdinnen und Juden aus der Geschichte Israels getilgt wird. So lässt sich beispielsweise in einer Veröffentlichung der »Nahostgruppe Freiburg« 1988 lesen: »Die zionistische Ideologie entstand um die Jahrhundertwende... Erst später kommt bei einigen zionistischen Ideologen der sogenannte ‚ewige Antisemitismus‘ als Rechtfertigung für den Staat Israel hinzu.« (zit. n. Haury, 2013, S. 146) Die Shoah und der europäische Antisemitismus werden also hier nicht als konstitutives Moment der Notwendigkeit Israels akzeptiert, sondern zum ideologischen Beiwerk erklärt. Jüdische Verfolgungserfahrungen haben in dieser Argumentation keinen Platz, wie überhaupt Jüdinnen und Juden im antiimperialistischen Weltbild keine Opfer, sondern meist Täter*innen sind.

Schluss

Ich habe damit angefangen, umständlich darzulegen, wie überbordend das Thema linker Antisemitismus schnell werden kann, und auch jetzt, wo ich mich an einer Begrenzung des Themas über Motive der Abwehr von Antisemitismuskritik versucht habe, scheint mir noch viel zu viel ausgelassen zu sein. Beispielsweise hätte ich gerne über die Selbstimmunisierung antisemitischer Ressentiments qua Ästhetisierung in der Kunst gesprochen. Was jedoch noch zum Schluss erwähnt werden sollte, ist ein Begriff David Hirshs (2016), der sich in Großbritannien aus einer innerlinken Perspektive am Elend der Labor-Partei abarbeitet: Die »Livingstone-Formulation«:

»It is a means of refusing to engage with an accusation of antisemitism; instead it reflects back an indignant counter-accusation, that the accuser is taking part in a conspiracy to silence political speech. The Livingstone Formulation functions to de-legitimise scholarly or political analysis of antisemitism by treating analysis of antisemitism as an indicator of anti-progressive discourse. This mode of refusal to engage rationally with antisemitism is often facilitated by the treatment of antisemitism as a subjective sentiment rather than as an external and objective social phenomenon.«

Antisemitismus wird als subjektive Befindlichkeit entschärft und damit die unzähligen gesellschaftstheoretischen, historischen und sozialwissenschaftlichen Befunde zum Phänomen ignoriert. Der Antisemitismusvorwurf führt oft zu einer Gegenanschuldigung, die beschuldigende Person, sei Teil einer Verschwörung, die politische Linke zu schwächen – das die Kritik reflexiv erfolgen kann, eben aus der Linken selbst heraus, mit dem Anspruch, den ich eingangs formuliert habe, scheint oft schwer vorstellbar, ist aber unbedingt notwendig, nicht um die Linke zu lähmen, sondern ihr überhaupt eine Chance einzuräumen, den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden.

Literatur

Aly, G. (2012). *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*. Frankfurt: Fischer.

Lohl, J. (2010). *Gefühlserbschaft und Rechtsextremismus. Eine sozialpsychologische Studie zur Generationengeschichte des Nationalsozialismus*. Gießen: Psychosozial.

Haury, T. (2013). *Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus*. In: Léon Poliakov, *Vom Antizionismus zum Antisemitismus* (S. 125–159). Freiburg: ça ira.

Hirsh, D. (2016). *The Livingstone Formulation*. In E.G. Pollack (Hrsg.), *Anti-Zionism and Antisemitism: Past & Present*. Boston: Academic Studies Press.
<https://engageonline.files.wordpress.com/2016/04/livingstone-formulation-david-hirsh.pdf> (20.1.2019).

Postone, M. (2005). *Deutschland, die Linke und der Holocaust*. Freiburg: ça ira.

Salzborn, S. (2010). *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*. Frankfurt/New York: Campus.

Welzer, H., Moller, S. & Tschuggnall, K. (2002). *»Opa war kein Nazi«: Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Frankfurt: Fischer.

Winter, S. (2013). Geschlechter- und Sexualitätsentwürfe in der SS-Zeitung Das Schwarze Korps. Eine psychoanalytisch-sozialpsychologische Studie. Gießen: Psychosozial.

Wiperman, W. (2019). Wer nicht vom Faschismus reden will, sollte vom Extremismus und Populismus schweigen. In: E. Berendsen, K. Rhein & T. Uhlig (Hrsg.), Extrem Unbrauchbar. Über die antidemokratische Bedrohung der Extremismustheorie (im Erscheinen). Berlin: Verbrecher.

Anmerkungen:

¹ Zit. n. Spiegel, 24.12.1979, Die Zerstörung einer Legende. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40348600.html> (20.1.2019).

² Meinhof, U. (1965), in konkret, 3.

³ Vgl. Die Aktion des »Schwarzen September« in München Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes November 1972,(S. 151–177), in: Rote Armee Fraktion Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin: ID-Verlag.

https://mirror.so36.net/home.arcor.de/dokumentationX/weitere_s/thema_raf_materialien.pdf (20.1.2019) 

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e.V.: Antisemitismus in der Migrationspolitik – Bildung, Beratung und Begegnung

Von Dervis Hizarci, Vorstandsvorsitzender der KIgA e.V.

Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus ist ein politischer Bildungsträger, der sich als Antwort auf antisemitische Manifestationen in Berlin 2003 gründete. Zunächst als lockerer Zusammenschluss von Menschen mit migrantischem Hintergrund gegründet, wurde schnell klar, dass reiner Aktionismus im Themenfeld der Antisemitismusbekämpfung zwar sinnvoll ist, das Phänomen aber nicht ausreichend und umfassende genug behandelt. Daher wurde früh klar, dass vor allem Ansätze der (Außer-) Schulischen Bildungsarbeit hilfreich sind, um effektiv zu wirken. Über Workshops für Schülerinnen und Schüler, für Lehrkräfte und den Bildungssektor generell wurden Konzepte entwickelt, die lebensweltlich orientiert sind und den Teilnehmenden die Möglichkeit gaben, ihre Perspektiven und Erfahrungen einzubringen. Schnell erkannte die KIgA, dass junge Erwachsene mit Migrationshintergrund die idealen Multiplikatoren für diese Themen sind, schaffte als Konsequenz davon das Peer-Education Projekt »Akran«.

Schon im Slogan der KIgA »politische Bildung für die Migrationsgesellschaft«, lässt sich leicht ablesen, welches Gesellschaftsverständnis der Arbeit der KIgA zu Grunde liegt: Wir verstehen die deutsche Gesellschaft als plural, als Heimat diverser Identitäten. Damit ist die Zielgruppe der KIgA nicht etwa Menschen mit Migrationshintergrund oder »die Muslime«, sondern die Gesellschaft an sich. Ziel ist es, für Antisemitismus in der Gesellschaft zu sensibilisieren, Probleme zu erkennen und anzusprechen, vor allem aber lösungsorientiert an dieses Thema heranzutreten. So stärkt die KIgA außerschulische und schulische Bildner*innen, gibt Möglichkeiten zur Erkennung antisemitischer Stereotype und Manifestationen und bietet Beratung, Bildungsangebote und Begegnungsmöglichkeiten, um Antisemitismus effektiv und nachhaltig entgegenzuwirken. Über 15 Jahre Erfahrung haben zu diesen drei zentralen Arbeitsfeldern geführt: Bildung, Beratung, Begegnung.

Bildung: Durch anerkennende und partizipative Bildungsarbeit Jugendliche erreichen

Die KIgA entwickelt, erprobt und bietet lebensweltlich orientierte pädagogische Konzepte im Kampf gegen Antisemitismus an. Lehrkräfte greifen auf die von der KIgA entwickelten Konzepte zurück und wenden diese im Unterricht an, um mit dem Thema umzugehen. In eintägigen bis mehrwöchigen Workshop- und Seminarreihen gehen u.A. von KIgA ausgebildete Peer-Bildner an Schulen, um zu den Themen Judentum, Ausgrenzung, Rassismus und Identität zu arbeiten. Um zum Beispiel Zugänge zu muslimischen Schüler*innen oder als muslimisch markierten Jugendlichen zu erhalten, bildet die KIgA junge muslimische Multiplikator*innen aus, die an Schulen oder in Jugendfreizeiteinrichtungen mit Jugendlichen arbeiten. Das hat eine enorme Wirkungskraft, weil hier keine Personen auftreten, die Schüler*innen einfach ein Redeverbot o.ä. Erteilen, sondern Schüler*innen in ihrer Lebenssituation ernst- und wahrnehmen und in einem wertschätzenden Austausch auf Augenhöhe Werte wie Toleranz, Vielfalt und gesellschaftliches Miteinander vermitteln. Dieser Ansatz hat sich als sehr wirkungsvoll und nachhaltig erwiesen. Heute arbeiten im inzwischen über 30-köpfigen Team der KIgA einige ehemalige Teilnehmende aus Schulworkshops. Mehr als doppelt so viele ehrenamtlich Engagierte beteiligen sich an der Bildungsarbeit der KIgA. Der anerkennende und partizipative Ansatz der KIgA dient als Grundlage für die 15-jährige Erfolgsgeschichte der KIgA.

Über die schulische Bildungsarbeit hinaus, bildet die KIgA in Kooperation mit zahlreichen Partnern Seminare und Fortbildungen für Lehrkräfte an. Wie in der Arbeit mit Schüler*innen geht es auch in diesem Bereich darum, anerkennend und wertschätzend auf die Lebenswelt der Lehrkräfte einzugehen, Herausforderungen zu benennen und zu erkennen aber vor allem sie zu befähigen, sich gegen Rassismus und Antisemitismus zu positionieren. Wenn wir Schüler*innen befähigen, kritisch zu hinterfragen und selbstständig und -kritisch zu denken, so gilt dies im gleichen Sinne auch für Pädagoginnen und Pädagogen.

So arbeitet die KIgA viel mit biographischen Bezügen, die eigenen Erfahrungen der Teilnehmenden werden mit berücksichtigt und eigene Diskriminierungserfahrungen in Beziehung zu anderen Ausgrenzungsformen gesetzt. Einfach gesprochen: wer sich selbst nicht mit »den Muslimen«, »den Deutschen« usw. über einen Kamm geschoren wissen will, versteht eher, warum pauschale und abwertende Äußerungen über andere Gruppen (»die Juden«) und damit einhergehende Gruppenkonstruktionen problematisch und falsch sind. Ohne Phänomene gleichzusetzen, die nicht gleich sind, hilft ein solcher Zugang, Perspektivwechsel zu realisieren und ein größeres Verständnis für »die Anderen« zu entwickeln. Das heißt nicht, dass man damit zum Beispiel den Antisemitismus unter einigen »muslimischen« Schüler*innen mit ihren eigenen Rassismuserfahrungen begründet.

Beratung: Fallbezogen und individuell nachhaltige Lösungen erzielen

Um präventive Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Antisemitismus vorzunehmen, berät die KIgA Schulen, Lehrkräfte und außerschulische Bildner*innen. Die Beratungsangebote zielen u.A. darauf ab, Schulprofile zu entwickeln oder weiterzuentwickeln und bieten Hilfe und Interventionsmöglichkeiten nach antisemitischen Vorfällen an. Auch längerfristige Kooperationen, Projekttag oder Projektwochen sind häufig das Ergebnis von Beratungen. Wie in der gesamten Arbeit der KIgA, werden auch hier alle Perspektiven berücksichtigt und realistische, umsetzbare Beratungsziele angestrebt. Neben akuter Fallberatung zielt die Beratung vor allem aber auch auf langfristige Ergebnisse ab. Aktuelle Forschungsergebnisse, an denen die KIgA durch die langjährige Mitarbeit z.B. im Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des deutschen Bundestages auch mitgearbeitet hat, fließen genauso in die Beratung ein, wie die langjährige Erfahrung in der Bildungspraxis. Zielgruppen der Beratungsarbeit sind Schulleiter*innen, Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und Bildner*innen der außerschulischen (politischen) Bildung.

Begegnung: Durch Kenntnis des »Fremden« Ängste abbauen, Verständnis entwickeln und in die Gesellschaft wirken

Internationale, interreligiöse, vor allem aber persönliche Begegnungen dienen dazu, Vorurteile und verhärtete Positionen aufzulösen und abzu-

bauen. Diese Überzeugung liegt der Begegnungsarbeit zu Grunde, die die KIgA leistet. Im Internationalen Austausch hat die KIgA u.A. ein deutsch-türkisches Austauschprojekt »Commitment Without Borders« organisiert, in dem politische Bildner*innen aus der Türkei und Deutschland Methoden, Konzepte und Grundsätze antisemitismuskritischer Bildungsarbeit ausgetauscht haben. Ziel dieser Begegnung war vor allem, die türkische Zivilgesellschaft zu stärken und neue Methoden und Konzepte der Bildungsarbeit zu entwickeln oder kennenzulernen. In drei großen Konferenzen wurden Ergebnisse ausgetauscht und gemeinsame Strategien entwickelt. Langfristige transnationale Partnerschaften waren nur eine der zahlreichen positiven Ergebnisse. In der Publikation »*Commitment Without Borders - ein deutsch-türkisches Handbuch zur Antisemitismusprävention und Holocaust Education*« sind die zentralen Ergebnisse zusammengefasst. Langfristig stabile Netzwerke, Koalitionen zwischen jüdischen, muslimischen und säkularen Bildungsträgern sind Ergebnisse der erfolgreichen Begegnungsarbeit der KIgA. Als Partner in der internationalen Begegnungsarbeit kooperiert die KIgA seit Jahren mit dem United States Holocaust Memorial Museum. Diese Kooperation hat unter anderem eine *einwöchige Konferenz in Washington DC* zur Folge gehabt, in der 25 Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Akteure aus Deutschland mit Akteuren aus den USA zusammengebracht wurden.

Darüber hinaus engagiert sich die KIgA im jüdisch-muslimischen Austausch. Hier geht es darum, Communities zu stärken, Austausch zu ermöglichen und voneinander zu lernen, um Herausforderungen gemeinsam angehen zu können. Ein europaweites Netzwerk jüdisch-muslimischer Akteure wächst aus dieser Arbeit aktuell heran.

Diese drei Säulen der KIgA, **Bildung, Beratung** und **Begegnung**, ermöglichen erst den ganzheitlichen Ansatz für den die KIgA steht: die Migrationsgesellschaft als Ganze soll erreicht werden. Es ist klar: Antisemitismus, Ausgrenzung und Rassismus lassen sich nicht über Nacht abschaffen. Es ist noch klarer: Wenn wir diesen Herausforderungen als Gesellschaft gewachsen sein wollen, müssen wir sie angehen, beteiligte Akteur*innen ernst nehmen und zu gemeinsamen Lösungen als Gesellschaft kommen. D

Islamistischer Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus – Über Gleichzeitigkeiten und die Notwendigkeit zur Differenzierung in pädagogischen Räumen

Von Saba-Nur Cheema, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main

Aktuell wird in diversen Räumen und auf unterschiedlichen Ebenen über die Ursache, das Ausmaß und die Auswirkung von Antisemitismus bei migrantisch positionierten Muslim*innen in Deutschland diskutiert. Mehrere Vorfälle von Mobbing und Ausgrenzung seitens arabisch-muslimischer Jugendlicher gegen jüdische Schüler*innen oder offen islamistisch-antisemitische Parolen und Symbole auf Demonstrationen werden als Indizien für das Problem benannt. Der Diskurs über diese Vorfälle, zum Teil auch im Kontext der Verlegung der US-amerikanischen Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem, verläuft problematisch und nicht selten zuschreibend – und wird von zwei radikalen Positionen dominiert, die wie folgt zugespitzt zusammengefasst werden können: »Alle Muslime sind Antisemiten, das heißt ohne Muslime gibt es keinen Antisemitismus mehr« versus »Weil Muslime selbst Opfer von Rassismus sind, ist jeder, der ‚Muslime‘ und ‚Antisemitismus‘ in einem Atemzug erwähnt, ein Rassist.«

In Zeiten eines gefährlichen Rechtsrucks besteht die Gefahr, dass beide Positionen – sowohl die Thematisierung als auch die De-Thematisierung – für rechtspopulistisches Agenda-Setting missbraucht und instrumentalisiert werden. Im Folgenden werden beide Positionen diskutiert und anschließend die Notwendigkeit eines differenzierten und zuschreibungssensiblen Umgangs insbesondere im pädagogischen Raum dargestellt.

Islamistischer Antisemitismus ist (k)ein importierter Antisemitismus

Damit das schon mal klar ist: Der Hass auf Juden und Jüdinnen ist keine Importware. Zumal importierte Ware im besten Falle gerne gekauft wird, ist der Vergleich mit Geflüchteten und Migrant*innen in Anbetracht der massiven Anfeindungen und politischen Entscheidungen rund um Abschiebungen und Aufnahmeregelungen absurd. Damit gemeint ist eigentlich, dass der Antisemitismus von den Anderen kommt, von denen, die »nicht Deutsche« sind und auch nicht wie diese aussehen. Die verkürzte Erklärung wird im Kontext einer antisemitismuskritischen Auseinandersetzung dem Phänomen selbst nicht gerecht. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus muss

alle Artikulations- und Erscheinungsformen sowie Ausprägungen in spezifischen Milieus einbeziehen – und dabei nicht außer Acht lassen, wie verflochten und wechselwirksam beispielsweise rechtsextreme und islamistische Artikulationsformen sind. Wenn Antisemitismus definiert wird als »eine anhaltende latente Struktur feindseliger Überzeugungen gegenüber Juden als Kollektiv, die sich bei Individuen als Haltung, in der Kultur als Mythos, Ideologie, Folklore sowie Einbildung und in Handlungen manifestieren (...), die dazu führen und/oder darauf abzielen, Juden als Juden zu entfernen, zu verdrängen oder zu zerstören« (Fein 1987:67), dann sind dieses Feindbild und der Vernichtungsdrang ein Kernelement im Antisemitismus.

Wie ist es nun mit dem Antisemitismus unter migrantischen Muslim*innen, in Deutschland geboren und/oder mit Migrationsgeschichte aus islamisch geprägten Ländern? In der Antisemitismusforschung werden unter dem Label »neuer Antisemitismus« (1) antisemitische Deutungsmuster in der politischen Linken, (2) die Frage nach den Grenzen legitimer Israelkritik sowie (3) Antisemitismus seitens Muslim*innen debattiert (Rabinovici u. a. 2004). Die drei Topoi stellen kein einheitliches Analyseraster dar. Während es zum einen um antisemitische Einstellungen in einem politisch heterogenen Spektrum und zum anderen um die Frage nach nicht-antisemitischer Kritik am Staat Israel geht, rückt der ‚muslimische Antisemitismus‘ eine bestimmte Gruppe bzw. Religionsgruppe in den Fokus. Es fällt bereits in der sprachlichen Benennung auf, dass »muslimischer« Antisemitismus eine Gruppenzuschreibung verursacht (»die Muslime«) und einen Verdacht formuliert (»Muslime sind antisemitisch«). Letztlich folgt diese Gruppenkonstruktion einer rassifizierenden Logik, in der Muslimsein nicht als religiöse Zugehörigkeit gelesen wird, sondern ethniisiert wird. Dazu führt Stender richtigerweise aus, dass »die Bezeichnung ›muslimische Jugendliche« [...] viel zu pauschal und ähnlich verzerrend ist, wie wenn man ›junge Christen« als Sammelbegriff für alle Jugendlichen verwenden würde, die den christlichen Konfessionen formal zugehören« (Stender 2010:22). Ein Ergebnis der Antisemitismusforschung heute ist, dass der in islamisch geprägten Gesellschaften existierende Antisemi-

tismus im Ursprung ein europäisches Phänomen und im Zuge des Kolonialismus einen »Import aus Europa« darstellt (Holz/Kiefer 2010:109) – so müssten die Vertreter*innen der These des importierten Antisemitismus eigentlich einen Re-Import beklagen. Michael Kiefer beschreibt drei historische Entwicklungsphasen der Verbreitung des europäischen Antisemitismus in islamisch geprägten Gesellschaften und weist darauf hin, dass sich der Antisemitismus an eine »islamistische Semantik« angepasst habe (Kiefer 2006; vgl. auch Holz 2005; Holz/Kiefer 2010). Stender (2010), Kiefer (2006) und Schmidinger (2008) verwenden daher den Begriff des *islamisierten Antisemitismus*. Bei islamisiertem Antisemitismus handelt es sich um ein genuin europäisches Phänomen, das mit denselben antisemitischen Mythen und transportierten Stereotypen arbeitet, die »aus ihrem ursprünglichen kulturellen und religiösen Kontext herausgelöst werden können, um andernorts vorhandene Feindbilder zu ergänzen oder zu modifizieren« (Kiefer 2006: 284). So ist das Feindbild des »Juden« aus dem europäischen Antisemitismus und der spezifisch nationalsozialistischen Ideologie von arabisch-palästinensischer Seite nach der Staatsgründung Israels im Jahre 1948 durch das konstruierte Feindbild »Israel« erweitert bzw. abgewandelt worden. Dieser zunächst recht simpel erscheinende Transfer ist ein wesentlicher Aspekt, um antisemitische Aussagen und Deutungen in der heutigen Zeit zu verstehen, insbesondere dann, wenn sie von migrantisch-muslimischen Jugendlichen kommen. Klaus Holz und Michael Kiefer zeigen vier in einer Kontinuität existierende semantische Muster des Antisemitismus auf, die im europäischen und im islamisierten Antisemitismus vorzufinden sind und damit die Verwobenheit erklären (Holz/Kiefer 2010; Kiefer 2006; Holz 2005): (1) die antimoderne Gemeinschaftsideologie, in der die Moderne bzw. die Globalisierung als (Zer-)Störung einer vormodernen, heilen und besseren Welt gesehen wird; (2) das Phantasma der jüdischen Macht und Verschwörung, bei dem Juden/Jüdinnen unter anderem Geld und Kapital verkörpern, und (3) die Konstruktion von Juden/Jüdinnen als Dritte, das heißt Juden/Jüdinnen werden in antisemitischen Weltanschauungen zu keiner »Wir«-Gruppe gezählt, sie sind immer die dritten Anderen, denn anders als die binäre Ordnung im rassistischen Otherring (»Wir« und »die Anderen«) werden Juden/Jüdinnen als »Weltfeind« konstruiert und nicht als »normale« Nation, Rasse oder Religion« (Holz/Kiefer 2010:124). Ein weiteres Muster ist (4) die Vermischung von Religion und Nation, in der Identitätsmerkmale wie religiöse Zugehörigkeit, Nationalität und Herkunft inkohä-

rent miteinander verschachtelt werden und Juden/Jüdinnen nicht nur als religiös Andere, sondern auch bezüglich anderer Merkmale als »besonders« gelten. Die vier genannten semantischen Muster sind sowohl im europäischen als auch im islamisierten Antisemitismus zu finden und für Holz und Kiefer eine Erklärung dafür, dass der Antisemitismus in islamisch geprägten Gesellschaften »eine Variation des europäischen ist« (ebd.: 126).

Auch ist die Begriffsverwendung *islamisierter Antisemitismus* eine Kritik an der weit verbreiteten Praxis, dass bestehende antisemitische Weltbilder, Ideen, Feindbilder und Stereotype in islamisch geprägten Gesellschaften auf einen von europäischer Geschichte unabhängigen, dezidiert islamischen Hintergrund zurückzuführen sind. Gleichzeitig haben antisemitische Feindbilder in islamistischen Ideologien und Gruppen allerdings eine zentrale Rolle, weshalb die Bezeichnung *islamistischer Antisemitismus* ebenfalls zutreffend ist.

Der islamistische Antisemitismus ist als ein modernes Phänomen zu begreifen, das sich im Laufe des 20. Jahrhunderts durchsetzen konnte – bestärkt durch einen Import aus Europa. Zu dessen Spezifik tragen diverse Ereignisse in islamisch geprägten Ländern sowie die Zunahme transnational agierender islamistischer Gruppen bei. Auch spielt der Nahost-Konflikt eine besondere Rolle, denn seit der Staatsgründung Israels 1948 und den zeitgleichen politischen Entwicklungen und Modernisierungsprozessen in vielen arabischen und mehrheitlich muslimischen Staaten, wurden antisemitische Feindbilder verstärkt. Die Krisen und teils gescheiterten Nationalstaatswünsche seitens arabisch-muslimischer Nationalbewegungen bewirkten zum Teil eine tiefe Frustration gegenüber Europa und westlicher Kolonialpolitik, die die damaligen politischen und ökonomischen Bedingungen mitverantwortete.

Muslimische Jugendliche in Deutschland, die selbst oder deren (Groß-)Eltern einen Migrationshintergrund in Staaten haben, die im Konflikt mit Israel stehen, bekommen antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien mit. Diese spezifischen Narrative werden oftmals von der hiesigen nicht-migrantischen Gesellschaft schlecht oder gar nicht verstanden, was bei vielen (nicht-migrantischen) Pädagog*innen zu einer Verunsicherung führt. Die Reaktion ist dabei entweder eine Skandalisierung, die vielfach mit (rassistischen) Zuschreibungen gegenüber muslimischen Jugendlichen einhergeht oder das absolute

Schweigen und Nicht-Benennen aus Angst vor dem Vorwurf, rassistisch oder islamfeindlich zu sein. Diese Angst ist mindestens aus einer antisemitismuskritischen Perspektive fatal – und hat gleichzeitig einen realen Kontext, aus dem sie entsteht.

Es gibt so etwas wie antimuslimischen Rassismus

Schon wieder durften die in Deutschland lebenden Muslim*innen zuhören und beobachten, wie es um ihre Zugehörigkeit im Jahre 2018 steht – das Jahr nach der Bundestagswahl, in der eine Partei in den Bundestag gezogen ist, die eine offene islamfeindliche und rassistische Agenda hat. Die Frage, die die Gemüter bewegt, ist, ob der Islam, nein die Muslim*innen, zu Deutschland gehören? – Unabhängig davon, ob die Frage bejaht oder verneint wird, ist sie selbst ein praktisches Beispiel dafür, wie Muslim*innen zu Anderen gemacht werden. Über sie wird gesprochen, über ihre Zugehörigkeit gestritten, über ihre Anpassungsfähigkeit gerätselt. Auch wenn die Frage von vielen Nicht-Muslim*innen bejaht wird, konstatiert bereits die Infragestellung der Zugehörigkeit zur Gesellschaft eine ausgrenzende diskursive Praxis, auch als *Othering* bekannt. Im Rahmen einer Medienanalyse erkennt Yasemin Shooman bezüglich der Debatten über und Darstellung von Muslim*innen im öffentlichen Diskurs: »Aus einer dominanten gesellschaftlichen Position heraus werden sie als eine homogene und quasi-natürliche Gruppe in binärer Anordnung zu weißen christlichen/atheistischen Deutschen bzw. Europäern konstruiert und mit kollektiven Zuschreibungen versehen; es wird ein Wissen über sie und ihr Wissen als Gruppe erzeugt, und sie gelten anhand verschiedener Merkmale als »identifizierbar.« (Shooman 2014:64) Im *Othering* wird die mächtigere Eigengruppe – das exklusive »Wir« – erzeugt. Aus dieser gesellschaftlichen Dominanzposition heraus werden Menschen, die Muslim*innen sind oder aufgrund bestimmter Differenzmarker (das Äußere, der Name, die Sprache etc.) (vermeintlich) als Muslim*innen erkennbar sind, muslimisiert (vgl. Sezgin 2010).¹ Andere Identitätsaspekte der Personen fallen außer Acht, die Vielfalt kollektiver Zugehörigkeiten wird ignoriert, und das Muslimsein wird als wesentliches und entscheidendes Merkmal wahrgenommen.

Die Diskussion um die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört oder nicht, zeigt die Wirkmächtigkeit der binär konstruierten Gesellschaftsordnung. Menschen, die sich in gesellschaftlichen Dominanzpositionen befinden, verhandeln nach

wie vor darüber, wer »dazu« gehören kann oder darf. Dabei werden deutsche Muslim*innen zu den »Anderen« gemacht, indem über sie und ihre Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft gesprochen wird – anstatt mit ihnen. Während sich deutsche Muslim*innen geäußert haben und das noch immer tun, bleibt das »Wir« exklusiv. Neben den Verbotsdebatten über Kopftuch, Burka, Burkini, Minarette oder das Beten an Schulen tragen auch einfache Bilder von Mainstream-Magazinen und -Zeitungen zu einem Negativimage bei, das islamfeindliche Stimmen und Stimmungen verstärkt. Inwiefern dadurch die Wahrnehmung des Islams beeinflusst wird, wurde u.a. in einer Studie der Bertelsmann Stiftung erforscht (Vgl. Hafez/Schmidt 2015). Über fünfzig Prozent der Befragten bejahten die Unvereinbarkeit von »Islam und westlicher Welt« und die Verfasser*innen der Studie stellen fest: »Der Islam wird in der Demokratie geduldet, nicht aber als ein Teil der freien Gemeinschaft der Bürger respektiert« (Hafez/Schmidt 2015: 41). Und in der Studie »Deutschland postmigrantisch« ziehen Naika Foroutan et al. (2014) das Fazit, »dass es nur einen kleinen ‚harten Kern‘ gibt, der tatsächlich ein geschlossenes antimuslimisches Weltbild hat«, aber dass »die Zahl der Menschen, die zumindest einzelne negative Stereotype von Musliminnen und Muslime hat, noch deutlich größer« (ebd.: 41) ist. Inzwischen werden Straftaten gegen Muslim*innen auch offiziell als »islamfeindliche Straftaten« gezählt, die gemeldeten Strafhandlungen umfassen, um nur einige Beispiele zu nennen, Drohbriefe, Angriffe auf kopftuchtragende Frauen, Sachbeschädigungen und Schmierereien auf Moscheen.²

In der Forschung zu antimuslimischem Rassismus werden die Fremdzuschreibungen, die aus der Dominanzgesellschaft kommen, tendenziell aus einer eher funktionalen Perspektive analysiert. Wie Floris Biskamp kritisiert, würde in den meisten Arbeiten lediglich die Funktion von rassistischen Zuschreibungen als ein Mittel der Selbst- bzw. Aufwertung der privilegierten Dominanzgesellschaft behandelt. Weniger geht es in diesen Fällen um die »entsprechenden Probleme unter Muslim*innen«, was dazu führt, dass im Islam tatsächlich existente und zu klärende Fragen nicht zur Kenntnis genommen werden, und offen gelassen wird, wie »legitime Formen des kritischen Sprechens über islamische Kultur und Religion« aussehen können (Biskamp 2016:82). Dazu zählt beispielsweise auch, ob es einen spezifischen Antisemitismus unter Muslim*innen gibt. Eine Ausblendung von »kulturellen Hintergründen« von Antisemitismus trägt dazu bei, dass

diese Phänomene nicht aussprechbar sind und somit nicht bearbeitet werden (können) (ebd.: 85). Aber reden wir nicht seit geraumer Zeit schon darüber? Wird die Frage, ob Muslim*innen antisemitisch(er) sind, gerade nicht höchst prominent zum Gegenstand öffentlicher Debatten, politischer Diskussionen und Forderungen und das auch im Kontext von Schule und anderen pädagogischen Orten? In einer Zeit, in der »Islamkritik« als Umwegkommunikation für rassistische Zuschreibungen dient (vgl. Shooman 2014), islamfeindliche Parolen im Bundestag Platz gefunden haben und – die oftmals unter Radikalisierungs- oder Terrorismusverdacht stehenden – Moscheen zunehmend Angriffe verzeichnen, ist das Sprechen über »entsprechende Probleme« unter Muslim*innen erst möglich, wenn eine differenzierte und zuschreibungssensible (An-)Sprache genutzt wird.

Gleichzeitigkeit verstehen und in der pädagogischen Praxis anwenden

Und gleichzeitig ist es ein Fehler, aus Angst vor einem Rassismus-Vorwurf, antisemitische Erscheinungsformen und Äußerungen seitens migrantisch-muslimischer Jugendlicher nicht zu thematisieren. Es muss *immer* reagiert werden, wenn eine antisemitische Äußerung getätigt wird – selbiges gilt bei einer rassistischen oder anderen menschenfeindlichen Äußerung. Um eine pädagogische Intervention gegen Antisemitismus zu stoppen und zu begründen, sind der tatsächliche Gehalt der antisemitischen Aussage und die Sprecher*innenposition – erst einmal – nicht relevant. Gut zu überlegen sind die Sprache und Gestaltung der weiteren Intervention, die wiederum mit der Haltung der pädagogisch Agierenden zusammenhängt (Vgl. Cheema 2017). Während es zunächst irrelevant ist, *wer* spricht, wenn es darum geht antisemitische Handlungen zu beenden, ist es danach dringend erforderlich, die Sprecher*innenposition zu beachten: Die Herausforderung für pädagogisch Verantwortliche ist, das Erleben von Rassismus und Ausgrenzung der muslimischen Jugendlichen anzuerkennen, bei gleichzeitigem Bewusstsein, dass islamistisch-antisemitische Einstellungen vorhanden sein können. Denn tatsächlich unterliegen Muslim*innen nicht nur dem Antisemitismus-, sondern immer wieder mal einem Radikalisierungs-, Gewalt- und Sexismusverdacht. In ihrer empirisch-qualitativen Forschung zu Rassismuserfahrungen von Jugendlichen hat Wiebke Scharathow herausgearbeitet, wie sich Rassismus »in den Lebenswelten von Jugendlichen, die als ‚Andere‘, als ‚nicht-deutsch‘ kategorisiert werden« manifes-

tiert (Scharathow 2014: 414). In der Auswertung der Interviews, in denen auch muslimische Jugendliche befragt wurden, stellt sie fest, dass die Erfahrungen der Jugendlichen »deutlich mit gesellschaftlichen Diskursen verbunden« sind, in denen Jugendliche »als ‚Ausländer‘ oder ‚mit Migrationshintergrund‘ gelten, als (potentiell) problematisch von einer vermeintlichen ‚deutschen Normalität‘ Abweichende konstruiert werden« (Scharathow 2016: 113).

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit muss auf diese Gleichzeitigkeit reagieren. Um eine antisemitismuskritische Perspektive zu entwickeln, »ist zunächst anzuerkennen, dass antisemitische Positionen vielfältig eingenommen werden und sich nicht an Herkunftskontexten festmachen lassen« (Messerschmidt 2010:96). Wenn Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erachtet wird, dann müssen Pädagog*innen ein fundiertes Wissen über gesellschaftliche Artikulationsformen des Antisemitismus verfügen, dazu zählen neben dem islamistischen Antisemitismus auch die antisemitische Umwegkommunikation der Israelkritik, antisemitische Deutungsmuster in der Linken, Wissen über den Nahost-Konflikt usw. Essentiell ist auch das Erkennen eigener Antisemitismen oder der »eigenen Beziehung zum Rassismus«, denn diese kritische Reflexion gehört zu einer effektiven Bildungsarbeit gegen Antisemitismus (und Rassismus) dazu (Ebd. 106). In der postnationalsozialistischen Gesellschaft ist eine ganz spezifische Form des Antisemitismus sichtbar, der nicht trotz, »sondern wegen Auschwitz« artikuliert wird, wie es der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex sarkastisch sagte: »Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nicht verzeihen.« Die deutlich überwiegende Zahl der nicht-migrantischen und nicht-muslimischen Pädagog*innen kennt eine Form der Judenfeindschaft aus dem Motiv der Erinnerungsabwehr heraus und kann mit diesen Erscheinungsformen im Klassenzimmer womöglich leichter umgehen – schließlich kommt es bekannter vor. Ohne nun eine kulturalisierende Erklärung anzubringen, sind die unterschiedlichen Narrative des Antisemitismus relevant für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit. Eine solche Erklärung verkompliziert das Problem, denn in Deutschland aufgewachsene migrantisch-muslimisch positionierte Jugendliche sehen sich mit mehreren – durchaus kompatiblen – antisemitischen Narrativen konfrontiert.

Da migrantisch-muslimische positionierte Jugendliche auch im pädagogischen Alltag oft mit Kulturalisierungen und Zuschreibungen seitens vieler Pädagog*innen und Lehrkräfte konfrontiert sind,

sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass mehr migrantisch-muslimisch positionierte Pädagog*innen zu diesen Themen arbeiten, um gesellschaftliche Machtverhältnisse von Dominanz und Marginalisierung nicht erneut zu reproduzieren. Letztlich spielen die gesellschaftlichen Positionen von Macht und Ohnmacht der Sprecher*innen in Bildungsräumen eine wesentliche Rolle bei der Akzeptanz von Lernangeboten und der Wahrnehmung gesellschaftlicher Diskurse. Wenn sich Jugendliche kaum oder selten mit Autoritätspersonen identifizieren können, kann dies unter Umständen zu einem verstärkten Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit führen. Daher ist neben dem gleichzeitigen Bewusstsein für Antisemitismus- und Rassismuskritik auch der Raum pädagogischer Professionalität zu erweitern, um sich auf die Diversität von Pädagog*innen zu beziehen, die Gegenarrative präsentieren und neue Perspektiven in ihre Arbeit einbringen – eine dringende und notwendige Bereicherung des pädagogischen Könnens in der Migrationsgesellschaft.³

Literatur

Cheema, Saba-Nur (2017): Gleichzeitigkeiten: Antimuslimischer Rassismus und islamisierter Antisemitismus – Anforderungen an die Bildungsarbeit. In: Mendel, Meron/Messerschmidt, Astrid: Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft, campus.

Fein, Helen (1987): The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism, New York.

Holz, Klaus (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg.

Holz, Klaus/Kiefer, Michael (2010): Islamistischer Antisemitismus. Phänomen und Forschungsstand. In: Stender, Wolfram/Follert, Guido/Özdoğan, Mihri (Hg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden, S.109-137.

Kiefer, Michael (2006): Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus? In: Die Welt des Islams, Jg. 46, H. 3, 2006, S. 277-307.

Messerschmidt, Astrid (2010): Flexible Feindbilder – Antisemitismus und der Umgang mit Minderheiten in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. In: Stender, Wolfram/Follert, Guido/Özdoğan, Mihri (Hg.): Konstellationen

des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden, S. 91-108.

Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt/M.

Schmidinger, Thomas (2008): Zur Islamisierung des Antisemitismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Jahrbuch 2008, Wien u.a., S. 103-139.

Sezgin, Hilal (2010): Deutschland schafft mich ab. Debatten wie Thilo Sarrazin sie führt, haben mich als türkischstämmige Intellektuelle muslimifiziert. Was ist in diesem Land nur schief gelaufen? In: Schwarz, Patrik (Hrsg.): Die Sarrazin-Debatte. Eine Provokation – und die Antworten. Hamburg. S. 183-191

Shooman, Yasemin (2014). »... weil ihre Kultur so ist« Narrative des antimuslimischen Rassismus. transcriptverlag Bielefeld.

Spielhaus, Riem (2013): Wer ist Muslim und wenn ja wie viele? Ein Gutachten im Auftrag vom Mediendienst Integration. Berlin.

Stender, W. (2010): Konstellationen des Antisemitismus. Zur Einleitung. In: Stender, Wolfram/Follert, Guido/Özdoğan, Mihri (Hg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden, S. 7-38.

Anmerkungen:

¹ Hilal Sezgin (2010) reagierte auf die Debatte um die Thesen von Thilo Sarrazin und führte den Begriff »Muslimifizierung« ein: »Eine ursprünglich religiöse Kategorie wird zur ethnischen Beschreibung. Ich nenne es: Muslimifizierung.«

² Im ersten Quartal des Jahres registrierten Sicherheitsbehörden über 200 Übergriffe auf Muslime und ihre Einrichtungen. Diese Zahl geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage Linksfraktion im Bundestag hervor: <http://www.migazin.de/2017/06/06/mehr-als-200-islamfeindliche-straftaten-im-ersten-quartal/> (Letzter Zugriff: 08.04.18)

³ Der Ausdruck pädagogisches Können in der Migrationsgesellschaft ist dem gleichnamigen Sammelband von Aysun Doğmuş, Yasemin Karakaşoğlu und Paul Mecheril (2016) entnommen. Dabei erklären die Herausgeber*innen, dass es eine wesentliche Aufgabe des pädagogischen Könnens ist, »der Pluralität migrationsgesellschaftlicher Positionen und (Bildungs-)Biographien Rechnung zu tragen und dabei gleichzeitig stereotype und stigmatisierende Fest- und Zuschreibungen zu reflektieren und zu vermeiden.« (Doğmuş u. a.2016:3)



Workshop: Couragiertes Handeln – Ein Workshop zu Handlungsstrategien und -möglichkeiten im Umgang mit Antisemitismus

Von Daphne Orth, Referentin des autonomen AlleFrauenReferats im AStA der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

Der Workshop im Zuge der Konferenz *Antisemitismus* richtet sich maßgeblich an Multiplikator_innen und Lehrende, die in ihrem täglichen Umfeld antisemitische und menschenverachtende Einstellungen frühzeitig erkennen, sie problematisieren und argumentativ widerlegen möchten. Um damit daraus resultierenden Aktivitäten und Bestrebungen wirksam entgegenzutreten. Dafür wird durch einen gemeinsamen Austausch über eigene Standpunkte und Erfahrungen, aber ebenso Herangehensweisen ein Zugang zu Handlungsmöglichkeiten gesucht.

Die inhaltliche Grundlage ist dabei ein Verständnis von Antisemitismus und seiner Funktion sowie eine gewisse Vorerfahrung über antisemitische Bilder in unserer Gesellschaft, die über die Dauer des Workshops behandelt werden. Der Workshop orientiert sich hierbei an den Argumentations- und Handlungstrainings des NDC, die gewöhnlich im Rahmen von ein- oder zweitägigen Seminaren stattfinden.

Damit Teilnehmende des Workshops sich für eine Argumentation bereit fühlen, werden zu Beginn der Veranstaltung in einem *Erfahrungsaustausch* Beispiele erlebter oder bekannter Situationen gesammelt und inhaltliche Fragen dazu geklärt. Aus dem Alltag bekannte Äußerungen, wie »Du Jude« als Beleidigung auf Schulhöfen ist dabei ein bekanntes Phänomen. Auch antisemitische Verschwörungserzählungen, die hinterlistige Machteliten phantasieren, und sogar Schoah und Nationalsozialismus relativierende Aussagen werden dabei als Erfahrungen geschildert. Miteinander wird betrachtet, warum in den Situationen ein Handlungsbedarf vorliegt. In jeder Situation, in der solche oder ähnliche Aussagen getätigt werden, ist ein Einschreiten die Pflicht aller. Das stille Hinnehmen solcher Äußerungen gibt Täter_innen Raum und Sicherheit, ihr Denken weiter zu äußern und nicht zu hinterfragen, während es verhindert, andere davor zu schützen. Leider scheitert das Einschreiten in tatsächlichen Situationen häufig an fehlenden Handlungsspielräumen und oftmals auch an als fehlend angenommener Handlungskompetenz. Die genannten Handlungsspielräume entstehen aufgrund der Situative, also

zum Beispiel Zeitmangel und Unterrichtsrahmen, können aber immer auch angemessen angepasst werden. Als erster Ansatz sollte eine auf die Situative abgestimmte Handlungsoption ausgewählt werden, die den Handelnden unabhängig von fehlenden Kompetenzen, die Möglichkeit bietet mit den eigenen Kompetenzen zu reagieren und damit ein weiteres Vorgehen in Aussicht stellt.

Es findet dazu im folgenden Teil des Workshops ein Austausch über eigene *Strategien* statt, die in Argumentationen von den Teilnehmenden bereits genutzt wurden. In Situationen, in denen Teilnehmende selbst Anfeindungen ausgesetzt sind, wählen viele, um der Situation möglichst glimpflich zu entgehen, *Ignorieren* als Strategie. An dieser Stelle ist darauf verwiesen, dass die Anregungen zum Gegenargumentieren und -Handeln vor allem Unterstützer_innen ermutigen sollen einzugreifen und nicht als Maßnahmen zum Selbstschutz dienen sollen. Häufig gewählte Strategien um in Situationen einzugreifen sind *Überzeugen* und *Hinterfragen*. Es liegt nahe Fehlinformationen inhaltliche Argumente zu entgegnen und durch gezielte Fragen Widersprüche und die Konsequenzen antisemitischer Äußerungen aufzudecken. Als sehr hohes Ziel ist gerade das *Überzeugen* eher ein Lernprozess, der in kurzweiligen Situationen selten zu dem gewünschten Ergebnis, der Zustimmung, kommt. Ist das Gegenüber bereit Argumente anzunehmen, sollte auch ein Rückzugsraum geboten werden, diese über eine Zeit des Nachdenkens hin zu begreifen. Selbst nach der freundlichsten Diskussion fällt es vielen schwer zuzugeben, dass man selbst im Unrecht war und das eigene Denken geändert wird. Ein Risiko, das eine solche Strategie birgt, ist eine leidliche Endlosdiskussion. *Hinterfragen* bietet schnell die Möglichkeit Widersprüche aufzuzeigen und Konsequenzen aufzudecken, aber ebenso die Gefahr einer Plattform für weitere Äußerungen. Die Strategien *Gegenstimmen forcieren* und *Unterbinden* werden anschließend ergänzt. Letztere ist nicht nur im Schulunterricht durch Androhung und Umsetzen von Strafmaßnahmen, also glaubhaften Sanktionen, eine Möglichkeit. Auch im privaten Umfeld kann Unterbinden eine hilfreiche Option sein. Stellen wir uns

vor, bei einem Familienfest beginnt ein_e Verwandte_r die Erzählung einer jüdischen Weltverschwörung auszuführen, eine denkbare Option ist hier das Gespräch mit Verweis auf den vorliegenden Antisemitismus abzubrechen und als Sanktion einen Ausschluss von der Feier oder sogar den Abbruch des Kontaktes, falls danach gewünscht, anzudrohen. Die persönliche Beziehung kann hier auch als emotionale Komponente hilfreich sein, das Thema an anderer Stelle aufzuarbeiten. Nicht zu vernachlässigen ist die Notwendigkeit Störer_innen auf Veranstaltungen beispielsweise durch Gebrauch des Hausrechts oder einer Ausschlussklausel des Raumes zu verweisen. *Gegenstimmen zu forcieren* kann eine aufbauende Erfahrung sein, wenn von vorher Unbeteiligten tatsächlich im Anschluss Unterstützung folgt und damit auch sichtbar wird, dass die Situation nicht alleine bewältigt werden muss. Eine Frage wie »Finden Sie nicht auch, dass dieses antisemitische Gerede furchtbar ist?« nimmt die Antwort zwar quasi vorweg, aber kann für eine_n Dritte_n erleichtern, sich zu positionieren. All diese Strategien sind hilfreiche Orientierungen in Konfrontationen und reichen je nach Situation, eigenen Möglichkeiten und Beziehung der Akteur_innen zueinander von wohlwollend bis konfrontativ. Sie sind in Abwägung zur Zielgruppe zu treffen. Wenn eine antisemitische Aussage getätigt und ein Handlungsbedarf erkannt wird, muss sich zunächst klar gemacht werden, um wen es geht und wer beteiligt ist. Das sind zum Einen die menschenverachtenden Akteur_innen, aber auch häufig andere anwesende Personen und nicht zuletzt Betroffene. Ist eine Ausdifferenzierung bezüglich der Motivationen der Akteur_innen erfolgt, kann ein klares Handlungsziel verfolgt werden. So ist zu unterscheiden zwischen einer möglichen Überzeugungsleistung bei Provokateur_innen und einem notwendigen Unterbinden bei Täter_innen, denen keine weitere Plattform geboten werden sollte. Die Argumentation bedeutet an dieser Stelle auch, Betroffene zu schützen und zu unterstützen und Anwesende in einem humanistischen und demokratischen Weltbild zu bestärken und ihnen als Vorbild Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die eigene Ohnmacht gegenüber antisemitischen Äußerungen und Taten zu überwinden, ist hierbei eine Hürde, die erst durch eigenes aktiv werden genommen wird. In einem ersten Selbstversuch argumentieren die Teilnehmenden gegen ihnen plötzlich entgegnete Aussagen. Ohne Vorbereitungszeit wird hier eine abrupte Reaktion eingefordert, in der sich die zusammenarbeitenden Gruppen beobachten und bestärken. Die

Methode Provozieren, Argumentieren, Beobachten wird in Gruppen von 3 Personen umgesetzt. Mit während des Erfahrungsaustauschs gesammelten Aussagen, die auf Karten notiert zufällig verteilt werden, startet die provozierende Rolle. Unter stiller Beobachtung der dritten Person, kann nun eine Argumentation gestartet werden. Die Ergebnisse der einzelnen Gruppen sehen vielfältig aus und während manche eine erste Bestärkung erfahren, stellen andere fest, dass ein Reagieren schwer fällt. Überforderung gibt es in einer Gruppe mit der antisemitischen Beleidigung »Du Jude«. In der Provokation fällt es leicht, die im Klassenverband verwendete Beleidigung als »nicht ernst gemeint« und »nur ein Spaß« zu relativieren, die Gegenargumentation wird als »zu ernst« und nicht auf Augenhöhe mit den Jugendlichen wahrgenommen. In einem zweiten Durchgang wählt die nächste Argumentierende einen persönlichen Bezugspunkt als Vergleich und die Provokation hat die Möglichkeit, den Vergleich als Teil der eigenen Lebensrealität anzunehmen. Die Situation wurde hier als »auf Augenhöhe« wahrgenommen. Auch in einer realen Situation kann, insofern keine passenden Gegenargumente zur Hand sind oder die argumentierende Person von der Aussage überwältigt ist, Überforderung als erste Reaktion geäußert werden. Ein emotionaler Widerspruch kann beispielsweise Anwesende ermutigen sich einzubringen und Betroffenen deutlich machen, dass die menschenverachtende Äußerung weder geteilt noch schweigend hingenommen wird. Gerade in familiären oder auch kollegial-freundschaftlichen Beziehungen kann ein Verweis auf die Verletzung durch das Gesagte bereits erste Überzeugungsarbeit leisten und zumindest eine Atempause verschaffen, in der über den nächsten Schritt nachgedacht werden kann.

Für eine inhaltliche Argumentation, die eine antisemitische Aussage entkräften oder auch als solche enttarnen soll, eignet sich die Argumentationstechnik des *5-Satzes*. Der 5-Satz bietet eine Grundstruktur, für eine abgeschlossene und abschließende Argumentation. Er bietet sich in Situationen an, in denen wir eine Diskussion zum Ende bringen möchte, aber auch in solchen, in denen wir nur wenig Zeit haben. Mit einigen Beispielen erarbeiten die Teilnehmenden eigene 5-Sätze, indem sie sich prägnante Gegenargumente zu einer menschenverachtenden Äußerung überlegen und diese mit einer Steigerung der eigenen Argumente und einem abschließenden Appell in fünf klaren und kurzen Sätzen zusammenbringen. Durch eine schlüssige Argumentation kann hier besonders gut der eigene Stand-

punkt vermittelt werden. Zuhörende bekommen außerdem eine Reihe von hilfreichen Argumenten. In einer weiteren Praxisübung werden die erarbeiteten Argumentationen vorgetragen und auf die Stärken hin untersucht. Oft sind inhaltliche Punkte große Stärken von gelungenen Argumenten, aber auch die Klarheit schlichter Argumente und die Vermittlung von Empathie für Betroffene durch das Aufzeigen einer persönlichen oder Gefühlsebene sind Stärken, die Anwesende betonen. Auch hierbei ist die Betrachtung der Zielgruppe wichtig. Ebenso sollten Argumentierende sich überlegen, wie viel sie von sich preisgeben möchten und in dem gegebenen Rahmen für sinnvoll erachten.

Ein Beispielhafter 5-Satz auf die Aussage:

»Die Juden begehen doch nun auch einen Völkermord in Palästina. Gerade die müssten es doch wissen..«

kann wie folgt aussehen:

*»Es schockiert mich, dass du so denkst!
Du imaginierst einen Zusammenschluss aller Jüdinnen und Juden, das klingt für mich nach einer Verschwörungserzählung.
Dass du das dann auch noch in einem völlig unpassenden Vergleich am Staat Israel festmachst, ist für mich offen antisemitisch.
Die Konfliktlage im Nahen Osten ist sehr komplex und bevor Du so vereinfachende, gefährliche Ge-*

danken äußerst, solltest du dich umfangreich informieren.

Die Verfolgung von Juden und Jüdinnen, mit dem inhärenten Vernichtungsgedanken ihnen gegenüber ist in ihrer historischen Kontinuität nicht vergleichbar und es liegt in unserer Verantwortung, dagegen vorzugehen, darüber solltest Du auch einmal nachdenken.«

In der abschließenden Übung des Workshops wird mit Blick auf zuvor geschilderte antisemitische Äußerungen ein *Handlungstraining* durchgeführt, in dem die Situation durch die Moderation nachgestellt wird und Teilnehmende sich im Argumentieren üben können. Hierbei können verschiedene Ziele für den Ausgang der Situation verfolgt und dafür die jeweiligen Strategien aus dem Tag genutzt werden. Die Gruppe an Agierenden hat die Möglichkeit sich in der Argumentation zu unterstützen oder ergänzen und damit die Provokation in die Schranken zu weisen. Der sichere Rahmen in dem das Training stattfindet bietet hierbei allen Raum sich einzubringen, Ängste offen zu legen und eigene Ideen auszuprobieren und in den Austausch darüber zu gehen. Das Training sorgt für eine sichtbare Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten, die in der Ausführung oft nur an eigenen, inneren Hürden scheitern. Mit einem Überwinden dieser Hürden kommen wir zu einem konsequenteren Auftreten und von idealisierten und abstrakten Interventionen weg, hin zu eigener kreativer und erfolgreicher Zivilcourage. 

L'Chaim – Auf das Leben! – Die Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin entdecken – und über Berlin hinaus

Von Joachim Seinfeld, Projektleiter bei der KigA e.V., und Luisa Bläse, Berlin

»Wenn man sagt, man ist Jude, haben die Leute eine Vorstellung, was das zu sein hat und was nicht.«

Diesen Satz sagt Anne Goldenbogen, eine der Protagonist*innen der Ausstellung, und er verdeutlicht, was »L'Chaim« so besonders macht: Die Ausstellungsobjekte sprechen für sich selbst, es braucht keine (Audio-)Guides, die den Besucher*innen jüdisches Leben zugänglich machen, indem sie *über* Jüdinnen und Juden sprechen. Und dennoch bietet die *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus* ein pädagogisches Programm zur Arbeit mit der Ausstellung an. Warum?

»L'Chaim« wirft Fragen auf, manche offensichtlich – Was heißt l'chaim eigentlich? Wie viele Jüdinnen und Juden gibt es in Berlin? Was war noch gleich der Unterschied zwischen sephardisch und aschkenasisch? – andere sind subtiler und wabern mehr durch den Kopf als dass man sie ausspricht: Warum gibt es diese sieben Themen? Warum heißt keines davon »Holocaust« oder »Nahostkonflikt«? Was hat das alles eigentlich mit mir zu tun? Das pädagogische Programm, das vor allem in Workshops mit Schulklassen eingesetzt wird, soll genau hierfür Raum bieten: Raum, um Wissensfragen zu stellen, aber auch um Fragen an sich selbst zu richten und sich in unserer vielfältigen (Berliner) Gesellschaft zu verorten. Wir »verorten« uns, indem wir einen Blick auf die Karte werfen und schauen, wo wir uns überhaupt befinden, welche Orte jüdischen Lebens es in unserem Umfeld gibt und gab und inwieweit wir diese in unserem Alltag wahrnehmen. Wir »verorten« uns hinsichtlich unseres eigenen Wissensstandes zum Judentum und ich erfahre vielleicht zum ersten Mal, dass Freunde und Klassenkamerad*innen nicht alle an demselben Punkt stehen wie ich. »Verorten« heißt auch, mich in Bezug zu den interviewten Personen der Ausstellung zu setzen, die Migrationserfahrungen meiner Eltern, meine Hobbies oder meinen Umgang mit Religion in ihren Geschichten wiederzuerkennen. Oder ich möchte dem Erzählten widersprechen, es ergänzen, der Person am liebsten Fragen stellen. Ich kann jemanden auch gänzlich unsympathisch finden – so wie jede andere Person im »realen Leben« auch – ohne gleich die ganze Gruppe, zu der er oder sie gehört, zu ver-

dammen. Diese Realität und im besten Fall auch Normalität jüdischen Lebens in Berlin versucht die Ausstellung zu vermitteln

Die Ausstellung

So vielfältig wie Berlin, so unterschiedlich entfaltet sich auch jüdisches Leben in der Stadt heute. Jüdinnen und Juden haben die Geschichte Berlins seit Jahrhunderten geprägt und mitgestaltet. Nach der weitgehenden Zerstörung jüdischen Lebens zwischen 1933 und 1945 ist Berlin heute wieder Heimat für Juden mit vielfältigen Hintergründen. Hier leben Menschen, die ihr Judentum rein kulturell betrachten oder es streng religiös leben oder aber keinerlei religiöse Bezüge haben. Berlin ist Heimat für alteingesessene jüdische Berliner Familien genauso wie für jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, der Türkei oder Israel.

Die Ausstellung *L'Chaim – Auf das Leben! Die Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin entdecken* porträtiert den Alltag, die Gedanken und Gefühle von Jüdinnen und Juden, die Berlin heute als ihre Heimat bezeichnen – vom Gemeinderabbiner bis zur angehenden Erzieherin.

L'Chaim – Auf das Leben! ist eine dreisprachige Wanderausstellung (Deutsch, Arabisch, Englisch), die sich insbesondere an Menschen richtet, die bisher wenig über die Vielfalt jüdischen Lebens wissen oder gar vorurteilsbehaftet sind.

Dem Grundsatz der KigA entsprechend, den Dialog zu suchen und zu fördern, haben wir bereits 2016 den Entschluss gefasst, die Ausstellung ins Arabische zu übersetzen, um als weitere Zielgruppe Geflüchtete zu erreichen, und neue Perspektiven über Juden und jüdisches Leben zu vermitteln.

Der Gestaltung der Ausstellung liegt das Layout des Talmuds, einem zentralen Element jüdischer Religionspraxis, zugrunde. Der Talmud, über Jahrhunderte zusammengestellt, besteht aus der mündlichen Lehre, die die schriftliche Thora ergänzt, und Kommentaren unterschiedlicher Autoren, die sich unter Umständen auch widersprechen. So spiegelt der Talmud die Vielfalt jüdischer Religionspraxis wider und erschien uns

daher als visuelle Grundlage für eine Ausstellung zur Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin sehr geeignet.

Von Beginn an schwebte uns eine Ausstellung nicht *über* Juden, sondern *mit* Juden vor. Daher haben wir 31 jüdische und sechs nichtjüdische Protagonist*innen zu Wort kommen lassen, die in Interviews über ihre Erfahrungen in Berlin berichten.

Die Interviews mit den Porträtierten gehen nicht nur auf Religionspraxis oder das individuelle Verständnis des eigenen Jüdischseins ein, sondern thematisieren den Alltag in Berlin: Warum leben Sie in einem spezifischen Kiez? Wie gestaltet sich das Familienleben, die Arbeitswelt? Welche Migrations- und Minderheitenerfahrungen wurden selbst oder in der Familie gemacht? Die Themen der Interviewfilme sind daher neben *jüdische Religion, Mein Judentum auch Mischpoke/Familie, Heimat, Minderheit, Das ist mir wichtig und Zusammen in Berlin*. Darüber hinaus gibt es Filme mit *Anekdoten und Witzen sowie Einblicke in Berliner Synagogen*. Hieraus ergeben sich Schnittmengen, möglicherweise sogar Gemeinsamkeiten zwischen dieser in der Ausstellung präsenten jüdischen Realität und einer nicht-jüdischen Umwelt, die in Berlin und darüber hinaus selbst von Migration und Diversität geprägt ist. Diese Gemeinsamkeiten und der biographische Ansatz der Ausstellung sind es, die einen empathischen Zugang zum Thema ermöglichen und Anknüpfungspunkte an persönliche Erfahrungen der Besucher*innen bieten.

In den Interviews wird erfahrbar, wie vielfältig jüdisches Leben ist: von strengreligiös bis hin zur kompletten Verneinung jeglicher Religion; vom Maschgiach¹ bis hin zu Künstler*innen und Lehrer*innen; von Familien, die seit Generationen hier leben über amerikanische Juden zu Israelis und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion. Die Vielfalt und die Tatsache, dass es nicht das *eine* »jüdische Leben« gibt, sind Kern des Ausstellungskonzepts. Hierbei soll vor allem das »Normale«, Alltägliche eine Rolle spielen. Denn das Leben von Jüdinnen und Juden findet nicht abseits statt, sondern ist Teil der Berliner Realität und gestaltet sich in den meisten Bereichen wie das Leben anderer Berliner*innen auch.

Juden leben nicht in einer abgeschlossenen »jüdischen Blase«, sondern haben Kontakt zu ihrer nichtjüdischen Umwelt. Daher werden neben den Jüdinnen und Juden auch nichtjüdische Menschen präsentiert, die starke Bezüge zum jüdi-

schen Leben Berlins haben und damit eine Brücke schlagen. Da ist zum Beispiel Dervis Hizarci, türkisch, muslimisch, der beim jüdischen Sportverein Maccabi in der 3. Fußballmannschaft spielt. Oder Nils Busch-Petersen, der das Louis-Lewandowski-Festival für Synagogalmusik initiiert hat. Auch eine Kurdin, die ihre Kinder ganz bewusst auf die jüdische Heinz-Galinski-Grundschule schickt oder der Maskenbildner Marc Rieke, der unter anderem Perücken² für Frauen der orthodoxen Lauder-Yeshurun-Gemeinde herstellt und repariert, werden porträtiert.

Pädagogische Ansätze und pädagogisches Material zur Ausstellung

L'Chaim! richtet sich grundsätzlich sowohl an Jugendliche als auch Erwachsene. Im Fokus stehen aber die jungen Menschen. Als Organisation, die seit 15 Jahren erfolgreich in der politischen Bildung tätig ist, war es uns bereits in der Konzeptionsphase wichtig, die Entwicklung pädagogischer Begleitprogramme mit einzubeziehen. Das bedeutete für uns in gewisser Weise einen Spagat, da wir zum einen eine selbständige hochwertige Ausstellung konzipieren und gestalten wollten, die sich an Individualbesucher*innen richtet, gleichzeitig aber auch ein jüngeres Publikum mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund und Bildungsstand berücksichtigen wollten.

Im Sinne der politischen Bildung war aber klar, dass es auf jeden Fall ein Workshopangebot für Jugendliche und Schulklassen geben muss. Dies entwickelten wir im Laufe des Jahres 2017 parallel zur Ausgestaltung der Ausstellung. Im Laufe des letzten Jahres erweiterten und verfeinerten wir das pädagogische Material für die Anwendung in den Klassenstufen 8 bis 12, für ältere Jugendliche, Schüler*innen mit unterschiedlicher Aufnahmefähigkeit und für Willkommensklassen.

Konkret bedeutet dies, dass es ausstellungsbegleitendes Material in unterschiedlichen Sprachniveaus und inhaltlicher Ausrichtung gibt. Neben Arbeitsbögen für Mittelstufe (Sek I) und Oberstufe (Sek II) haben wir Arbeitsblätter entwickelt, die sich auch für 8. Klassen oder Klassen mit geringer Konzentrationsspanne eignen. So werden z.B. Fragen gestellt, die sich auf zwei der Protagonist*innen konzentrieren, anstatt mehrere Personen oder komplexe Themenfelder zu behandeln. Darüber hinaus gibt es eine Version in vereinfachter Sprache, bei der kaum bis fast gar nicht geschrieben werden muss, und die sich

daher für den Einsatz in Gruppen eignet, die nur über geringe Deutschkenntnisse verfügen.

Für die Auswertung wurden Methoden mit unterschiedlichem Niveau entwickelt. So gibt es ein Fotospiel, ein Zitatequiz oder ein Dominospiel, aber auch die Möglichkeit, in einer Gesprächsrunde die ermittelten Inhalte der Ausstellung auszuwerten.

Je nach Klasse und Zeit – der Workshop kann in 90, 120 und 180 Minuten durchgeführt werden – können die Module kombiniert werden, um den Bedürfnissen der Teilnehmer*innen möglichst gerecht zu werden.

Ende 2018 schulten wir das erste Mal auch Lehrkräfte, so dass diese die Ausstellung und das pädagogische Material selbständig in ihren Klassen im regulären Unterricht einsetzen können.

Derzeit arbeiten wir daran, die Handreichungen, Fragebögen und das Auswertungsmaterial auf der L'Chaim!-Webseite zu integrieren, um Teamer*innen und Lehrkräften, die mittels der Onlineversion die Ausstellung in den Unterricht einbinden wollen, das nötige Material zur Verfügung zu stellen.

Was bisher in Berlin geschah / Ausstellungsorte und Begleitprogramm

Eine Ausstellung wie *L'Chaim!*, die das Thema jüdisches Leben heute in Berlin behandelt, hat selbstverständlich eine politische Dimension. Dieser wollten wir mit der Eröffnung im Abgeordnetenhaus von Berlin, einem Ort, der der Repräsentanz aller Berliner*innen dient, Rechnung tragen, bevor die Ausstellung weiter durch die Stadt zog.

Hier bestritten wir das Programm gemeinsam mit den fünf Protagonist*innen der Ausstellung, Rebekka Adler, Sharon Brauner, Ohad Ben-Ari, Boris Rosenthal und den Rapper Ben Salomo. Im weiteren Verlauf der Ausstellung haben wir bei den Eröffnungen Wert daraufgelegt, Beiträge und Talente aus den jeweiligen Bezirken und Einrichtungen einzubinden, um dem jeweiligen Ort Rechnung zu tragen.

Nach dem Abgeordnetenhaus entschieden wir uns für Ausstellungsstationen, die nicht im Zentrum Berlins liegen. Orte, an denen Menschen verkehren, die selten oder gar nicht in Ausstellungen gehen, erst recht nicht in eine mit unserem Thema: der Vielfalt jüdischen Lebens.

Im März 2018 zeigten wir die Ausstellung zum ersten Mal in einer Jugendfreizeiteinrichtung, dem Klubhaus Spandau. Im Unterschied zur ersten Ausstellungsstation, wo wir *L'Chaim!* einem breiten Publikum aller Altersstufen präsentierten, lag der Fokus hier, wie auch bei den späteren Einrichtungen, auf einem jüngeren Publikum. In Hellersdorf richtete sich die Ausstellung zudem an die Geflüchtete aus dem Bezirk, die die Sprachkurse der Volkshochschule besuchen.

Anders als im Abgeordnetenhaus bezogen wir die Einrichtungen stark in die Ausrichtung des Eröffnungsabends ein. So wählten wir für das Begleitprogramm jugendliche Musiker und Musikerinnen aus den Häusern. In der VHS Marzahn-Hellersdorf nahmen zudem viele Teilnehmer*innen aus den Deutschintegrationskursen teil. Es handelte sich hierbei in erster Linie um Geflüchtete aus Afghanistan, aber auch um solche aus dem arabischen Raum, die, kurz vor Ramadan, höchst erfreut mit uns das Büffet, das halal war, genossen.

In Zehlendorf fiel die Entscheidung zugunsten der JFE Düppel, da sie auf dem Gelände des ehemaligen DP-Camps für jüdische Displaced Persons Schlachtensee steht. Dieser Zusammenhang wurde auch in der Eröffnungsrede von Dr. Selina Strehlow, Mitglied des Kuratoriums der Szloma-Albam-Stiftung hervorgehoben.

In Hellersdorf kam es darüber hinaus zu einer Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule, wo die Ausstellung im Rahmen von fünf Seminaren besucht und unterschiedliche Aspekte besprochen wurden. So behandelten wir den soziokulturellen Aspekt und die Frage, wie eine derartige Ausstellung in die pädagogische Arbeit im Kontext der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit eingesetzt werden kann, und wie die praktische Umsetzung aussieht. In einem anderen Seminar beschäftigten wir uns mit der gestalterischen Entwicklung und der Produktion der Ausstellung. Ein Ergebnis dieser Kooperation war ein Podcast, den Seminarteilnehmende für das hochschulinterne Netz über L'Chaim aufnahmen. Letzte Station 2018 war die Louise-Schröder-Schule in Lichtenfelde, ein Oberstufenzentrum für Bürowirtschaft. Dort führten Lehrkräfte erstmals Workshops selbständig ohne unser Beisein durch.

Neben dem Ausstellungsbetrieb und den damit einhergehenden Eröffnungen führten wir eine Reihe kultureller Veranstaltungen im Rahmen von *L'Chaim!* durch.

So gab es 2017 ein literarisches Duo im Sinne des Zikaron BaSalon (Erinnerung im Salon), bei dem das Erinnern an die Schoah im kleinen, intimen Kreis, anders als bei Großveranstaltungen, vor sich geht. Es lasen Mirna Funk und Doğan Arkhanli. Erstere wählte einen Text über das Schicksal ihrer Familie zur Zeit der Shoah. Zweiterer las aus einem Text über die aktuelle Debatte um den Völkermord an den Armeniern in der Türkei vor. Im Anschluss moderierte Lukas Welz ein Gespräch mit den beiden Autoren zum unterschiedlichen Umgang mit persönlicher und kollektiver Erinnerung nach dem Holocaust.

In Zehlendorf legten wir den Schwerpunkt im schönen Haus der Jugend, einer großbürgerlichen Villa, auf das Angenehme: Shlomit Tulgan brillierte mit einer szenischen Lesung, unterstützt von ihren Handpuppen aus dem jüdischen Bubales-Theater, zu ihrer Biografie als »jüdisch-türkisches Gastarbeiterkind« im West-Berlin der 70er und 80er Jahre. Abgerundet wurde der Abend durch die musikalischen Beiträge von Rosa Oblomowa und dem hauseigenen Chor Ay-Choramba.

Mit der Lesung mit Igal Avidan aus seinem Buch »Mod Helmi – wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete«, durchgeführt in Kooperation mit der Katholischen Akademie, und dem anschließenden Gespräch, moderiert von Sharon Adler, betreten wir mit *L'Chaim* zum ersten Mal eine Moschee: die Veranstaltung fand in der Ahmadiya-Moschee in der Brienerstraße statt.

Spezifisch zum Thema Jüdinnen und Juden in Berlin und stärker werdendem Antisemitismus ging es bei dem Podiumsgespräch auf dem Suppe&Mucke-Festival an der Warschauer Straße. Dort stellten sich Mischa Ushakov (Jüdische Studierendenunion) und Joachim Seinfeld (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus) den Fragen des Moderators und des Publikums.

Zum krönenden Abschluss konnten wir die Istanbul Pianistin Renan Koen für ein Konzert gewinnen. Sie präsentierte ihr Programm »*Before Sleep*« – *Holocaust Remembrance* mit Stücken von Gideon Klein, Victor Ullmann und Bohuslav Martinů als Deutschlandpremiere in der vollbesetzten Kreuzberger Passionskirche. Im Vorfeld des Konzertes traf Renan Koen sich mit Schüler*innen der Aziz-Nesin-Schule, um anhand der Musik der oben erwähnten Komponisten, von denen zwei in Theresienstadt waren und in Auschwitz ermordet wurden, über Verfolgung,

die Schoah, den emotionalen Ausdruck in der Kunst und den empathischen Zugang, den diese bietet, zu sprechen und gemeinsam zu musizieren.

Ein besonderes Highlight unter dem Gesichtspunkt der Kooperation war für uns die Präsentation von *L'Chaim!* auf dem ID-Festival (Israelisch-Deutschen Festival) im Radialsystem V im Oktober 2018. Wieder ein ganz anderes Publikum, eine andere Konnotation im Rahmen des Festivalprogrammes und eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit Ohad Ben-Ari, dem Festivalleiter.

Aber Juden gibt es nicht nur in Berlin und Antisemitismus ist, wie wir alle wissen, kein dezidiert Berliner Problem. Daher denken wir nach vorne, gerade was die Zukunft der Ausstellung angeht. Für dieses Jahr haben wir bereits über den Tellerrand gespäht. So präsentierten und diskutierten wir die Ausstellung mit internationalen Teilnehmern des von der KIGa organisierten Europäischen Netzwerktreffens gegen Antisemitismus während der Ausstellungsphase in der Louise-Schröder-Schule. Die rund 20 Vertreter*innen europäischer NGO's haben nach einem zweistündigen Workshop in der Ausstellung auch noch auf der Fahrt zurück ins Berliner Zentrum weiterdiskutiert.

Bundesweiter Einsatz – Jüdisches Leben abseits der Ballungszentren

Die Vollversion, die wir 2017 und 2018 bereits erfolgreich an verschiedenen Orten in Berlin gezeigt haben, wollen wir 2019 an vier Ausstellungsorten im gesamten Bundesgebiet präsentieren. Erste Gespräche signalisieren großes Interesse. Hierbei ist es uns wichtig, die Ausstellung zum überwiegenden Teil abseits der großen Ballungszentren zu zeigen und somit Menschen zu erreichen, die keine oder wenig Berührungspunkte mit jüdischem Leben in Deutschland haben.

Bisher wurden die Interviews der Themenfilme in der Hauptsache mit Berliner Jüdinnen und Juden geführt. Um den Themenfilmen einen jeweiligen lokalen Bezug zu geben, ist geplant, dass in jedem der zukünftigen Ausstellungsorte neue Filme entstehen, die Juden aus dem jeweiligen Ort einbinden. Hiermit wird eine Anknüpfung der Ausstellung an die jüdischen Lebensrealitäten in den entsprechenden Städten geschaffen und exemplarisch jüdisches Leben außerhalb der großen Gemeindezentren dargestellt. Diese Filme werden

über einen weiteren Monitor der Ausstellung zur Seite gestellt.

Später werden diese Videos und weitere in die bestehenden Themenfilme der Ausstellung eingebaut, um über Berlin hinaus einen Einblick in die gesamtdeutsche jüdische Vielfalt zu gewähren und in Zukunft eine Ausstellung über die Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland zu haben.

Im Mai erstellten wir zusätzlich eine portable Roll-Up-Version der Ausstellung – bei der die filmischen Inhalte mittels einer sogenannten Shoutboxx über WLAN auf die Smart Devices der Besucher*innen gespielt werden. Diese Version setzten wir – als eine Art Vorlauf auf den bundesweiten Einsatz – erstmalig im Dietrich-Keuning-Haus in Dortmund ein. Diese leicht transportable Version der Ausstellung leistete uns auch beim Konzert von Renan Koen gute Dienste, wo sich die Besucher*innen der Ausstellung vor und nach dem Konzert widmeten.

Es hat sich gezeigt, dass sie sich bestens für kurzfristige Einsätze bei Veranstaltungen, eintägige Workshops in Schulen oder Ähnliches eignet.

Für ein weiteres Eintauchen in die Thematik weisen wir zum einen auf die Webseite www.lchaim.berlin_hin, wo Sie alle Inhalte der Ausstellung finden, zum anderen auf den Katalog zur Ausstellung und die Broschüre über ein Jahr **L'Chaim!** in Berlin, die auf Anfrage bei KIGa e.V. erhältlich sind.

Bei weiterem Interesse können Sie sich auch direkt an uns wenden:

KIGa e.V.
Kottbusser Damm 94
10967 Berlin
Tel: 030 – 23 58 82 30
Mail: mail@kiga-berlin.org

Anmerkungen:

¹ Ein Maschgiach kontrolliert die Einhaltung der jüdischen Speisegesetze, der Kaschrut, z.B. in Restaurants.

² Streng orthodoxe Jüdinnen bedecken ihren Kopf. In der aschkenasischen (mitteleuropäischen) Tradition wird als Kopfbedeckung häufig eine Perücke, auf Jiddisch Scheitel, verwendet. Diese Praxis ist auch in orthodoxen Kreisen durchaus umstritten.



Kein Platz für Judenhass – ein fragiler Konsens

Von Dr. phil. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, und Tom David Uhlig, Mitarbeiter der Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main

Antisemitismus ist unter anderem deshalb so attraktiv, weil der Hass auf Jüdinnen und Juden den zwar gescheiterten, aber subjektiv sinnvollsten Versuch darstellt, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen. In den Jüdinnen und Juden die Schuldigen zu sehen, ist die Antwort, die unmittelbar parat liegt, wenn ein gesellschaftliches Problem auftritt, die schnellste Lösung, der einfachste Ausweg. Das Ressentiment ist unheimlich praktisch und flexibel einsetzbar: Ökonomische Krisen, Terror, Kriege und schlechtes Wetter – es muss sich niemand mit umständlichen Erklärungen dieser Phänomene abgeben, denn die Verantwortlichen sind bereits ausgemacht. Wer heute gegen Antisemitismus vorgehen will, sieht sich mit einem Widerspruch konfrontiert: Einerseits gehört die Ablehnung von Antisemitismus zum Selbstverständnis der Bundesrepublik und wohl auch dem Großteil der Gesellschaft, bis auf die Ausnahme weniger gesellschaftlichen Randgruppen. Selbst die AfD inszeniert sich gerne als Bollwerk gegen Antisemitismus, obwohl hier sowohl eine völkische Ideologie, der Antisemitismus ein konstitutives Moment ist, als auch ein Geschichtsrevisionismus geteilt wird, der wiederum der verbreiteten Erzählung einer erfolgreichen »Aufarbeitung« zuwider läuft. Andererseits zeigen, ungeachtet der Selbsteinschätzung, Antisemitismus sei nur mehr ein Problem von Randgruppen und kein gesamtgesellschaftliches, aktuelle Studien wie der Bericht des Expertenkreises Antisemitismus¹, dass antisemitische Einstellungen nach wie vor von weiten Teilen der Gesellschaft geteilt werden.

In »Erziehung nach Auschwitz« befasste sich Adorno (1971[1966]) mit der Frage, wie die Judenfeindschaft künftig bekämpft werden könne. Dabei unterschied er zwischen zwei Bereichen: »einmal Erziehung der Kindheit, zumal der frühen; dann allgemeine Aufklärung, die ein geistiges, kulturelles und gesellschaftliches Klima schafft, das eine Wiederholung nicht zulässt, ein Klima also, in dem die Motive, die zu dem Grauen geführt haben, einigermaßen bewusst werden.« (Ebd., S. 91) Politische Bildungsarbeit gegen Antisemitismus darf sich demnach also nicht lediglich auf den pädagogischen Raum reduzieren, sondern muss auch auf die Öffentlichkeit wirken und dort die Ursachen und Erscheinungsformen von Antisemitismus benennen. Umgekehrt heißt das für die konkrete pädagogische

Arbeit auch, dass die gesellschaftlichen Bedingungen reflektiert werden müssen. Im Folgenden möchten wir einige der Schwierigkeiten skizzieren, mit denen sich die politische Bildungsarbeit gegen Antisemitismus gegenwärtig konfrontiert sieht: erstens die Aufgabe, »Selbstverständlichkeiten« irritieren zu müssen, wie etwa die weitverbreitete Annahme, man müsse im Verhalten der Jüdinnen und Juden oder dem der Politik Israels die Wurzeln des Antisemitismus suchen, und zweitens die Aufgabe, die Komplexität der Kreuzungen menschenverachtender Ideologien und die Vielfältigkeit der Perspektiven im pädagogischen Raum bewusst zu machen.

Selbstverständlichkeiten irritieren

Antisemitismus ist nicht nur ein Vorurteil, sondern eine leidenschaftliche Bindung an ein Feindbild, eine Ressentimentstruktur, eine Denkform, die die Welt verstehbar machen soll: Sämtliche unverstandene Zumutungen der Moderne – etwa internationale Konflikte oder soziale Ungleichheiten – werden in letzter Instanz den Jüdinnen und Juden zur Last gelegt. Dadurch stellt sich einerseits ein Gefühl von Handlungsfähigkeit ein, denn wenn die vermeintlich Schuldigen erst einmal ausgemacht sind, weiß man auch, was zu tun ist, nämlich diese Menschen zu verfolgen. Andererseits lässt sich in dieser Personalisierung der Verhältnisse der eigene Anteil leugnen, den man an ihrer Reproduktion hat. So ist in dieser Denkform Kapitalismus immer etwas, das von jemand ganz anderem gemacht wird, aber nie von einem selbst. Eigene, negative wie positive Emotionen und Affekte, die sich selbst nicht eingestanden werden können, werden dem Anderen zugeschrieben, also auf ihn projiziert. Die wirklichen Jüdinnen und Juden haben auf diesen Prozess gar keinen Einfluss. Der Hass, der ihnen gilt, liegt in einer Phantasie über sie, nicht in ihrem Verhalten begründet. Sartre (1994[1944]) schrieb dazu: »[E]xistierte der Jude nicht, der Antisemit würde ihn erfinden« (12). In der Konsequenz bedeutet das, dass sich Antisemitismus auch nicht einfach durch Begegnungen mit Jüdinnen und Juden bekämpfen lässt. Das antisemitische Ressentiment macht es selbst unmöglich, noch lebendige Erfahrung machen zu können. Jemandem, der die antisemitische Ideologie verinnerlicht hat, können einzelne Jüdinnen und Juden durchaus sympathisch sein, an einem Glauben an die jüdische

Weltverschwörung rüttelt eine solche Begegnung jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht. Das Gleiche gilt für die geschichtsdidaktische Vermittlung von Wissen über den Holocaust: Besucher*innen einer KZ-Gedenkstätte können zutiefst erschüttert sein und dennoch weiterhin antisemitische Diskurse kolportieren.²

Die psychische Funktion des Antisemitismus, welche nach einem psychoanalytischen Verständnis darin besteht, uneingestandene Selbstanteile auf den Anderen zu projizieren, legt zunächst den Schluss nahe, bei dem Phänomen handele es sich um einen *Othering*-Prozess, wie es auch beim Rassismus der Fall ist. Dabei wird eine Gruppe fremd, also ganz anders als man selbst gemacht, um sich der Identität der eigenen Gruppe zu vergewissern: Dort die primitive, böseartige Fremdgruppe, hier die zivilisierte, reine Eigengruppe. Allerdings ist dieser Schluss verkürzt. Zwar teilt Antisemitismus mit Rassismus den Modus des Fremdmachens, lässt sich allerdings nicht vollständig in diesen reduzieren (vgl. Mendel/Uhlig 2017). Im Antisemitismus werden nämlich nicht nur die unbewussten Wünsche und Ängste projiziert, also alles »Schlechte« von einem selbst abgespalten, sodass man selbst »gut« bleiben kann, sondern eben auch all das, was der manichäischen Aufteilung der Welt in Gut und Böse zuwiderläuft: die Unsicherheiten und Widersprüche. Jüdinnen und Juden tauchen im antisemitischen Bewusstsein als die Verkörperung von Ambivalenz auf, was sich etwa in den ihnen zugeschriebenen Attributen widerspiegelt: Sie sollen gleichzeitig verkopft und triebhaft sein, patriarchal und verweiblicht, intelligent und dumm, sie halten alle zusammen und sind egoistisch, sie sind mächtig und ungemein schwach, der Staatengründung nicht fähig und nationalistisch. So widersprüchlich diese Zuschreibungen auch sind: Dem antisemitischen Bewusstsein schaffen sie Linderung, kann es doch mit dieser Projektion die eigene Zerrissenheit vermeintlich loswerden, es ist der Andere, dessen Identität dann unsicher ist, nie die eigene (vgl. Brunner 2016).

Da die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden mehr ist als ein Vorurteil, ein ‚verkürztes‘ Bild, kann ihn zu bekämpfen sich nicht darin erschöpfen, irgeleitete Annahmen über Jüdinnen und Juden zu korrigieren. Wer dem antisemitischen Stereotyp, alle Juden seien reich, allein entgeghält, man kenne aber diesen oder jenen Juden und der sei bettelarm, hat die Auseinandersetzung bereits verloren. Es geht nicht darum, ob es Juden gibt, die viel oder wenig Geld haben, son-

dern es geht um Antisemitismus und die Frage, welchen psychischen Gewinn es der oder dem Einzelnen bietet, Juden als Strippenzieher eines schwer durchschaubaren Finanzsystems zu imaginieren. Warum ist es der Person, welche das Bild verbreitet, so wichtig, dass Juden vermeintlich viel Geld haben? Was bedeutet ihr dieser Umstand auf einer emotionalen Ebene, woher meint sie dieses Wissen zu haben, warum hängt sie daran? In der konkreten Situation können diese Fragen dabei helfen, den Fokus zu verschieben, von der Diskussion über den vermeintlichen Wahrheitsgehalt des antisemitischen Gerüchts weg und in die Diskussion *über* das selbige zu kommen. Es wird also nicht nach dem Wahrheitsgehalt der antisemitischen Bilder gefragt, sondern nach ihrer Funktion und Wirkweise. Ein Fallbeispiel soll das verdeutlichen:

In einer Fortbildung zu Antisemitismuskritik vertrat relativ zu Beginn ein teilnehmender Lehrer vehement die Behauptung, die Jüdinnen und Juden würden sehr eng zusammenhalten und weltweite Netzwerke bilden. Auch wenn die Behauptung sichtlich anerkennend intendiert war, bediente der Teilnehmer mit der Wortwahl doch das Bild einer jüdischen Verschwörung, die mittels geheimer klandestiner Gruppenbildung zu enormem Einfluss gelangen würde. Die unmittelbare Reaktion der Workshopleitung, die Behauptung zu widerlegen und darauf zu verweisen, dass ein marokkanischer Jude wohl mit einem nordamerikanischen wohl erst mal nicht sonderlich viele Gemeinsamkeiten habe, war wenig zielführend. Erst der Schritt zurück, welcher die Behauptung selbst und nicht ihren Inhalt zum Gegenstand der Diskussion machte, brachte die Gruppe weiter. Die Workshopleitung fragte danach, woher denn nach Ansicht der Gruppe Bilder globaler jüdischer Netzwerke kommen und welche Bedürfnisse diese Bilder erfüllen. Schnell kam auf, dass damit die Verfolgung von Jüdinnen und Juden legitimiert werde, und es letztlich auch die Verfolgung sei, welche dem Bild des Netzwerks eine reale Grundlage verschaffe: Schließlich sei es die geteilte Erfahrung von Ausgrenzung und Verfolgung in der Diaspora, welche es historisch notwendig gemacht hatte, dass Jüdinnen und Juden sich über nationalstaatliche Grenzen hinweg solidarisieren, was schließlich auch zur Gründung des Staates Israel führte. So gelangte die Gruppe von der Diskussion eines verschwörungstheoretischen Bildes zur Thematisierung der realitätsumbildenden Wirkung von Antisemitismus und arbeitete damit den antisemitischen Gehalt des Bildes heraus, ohne den Sprecher selbst als Antisemiten zu markieren, was diesem

ermöglichte, weiter an der Fortbildung teilzunehmen.

Die Dinge komplizierter machen

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit bedeutet auch, danach zu fragen, wie antisemitische Weltbilder auch dort reproduziert werden, wo sie bekämpft werden sollen (Mendel/Messerschmidt 2017: 16). Jugendliche und junge Erwachsene werden von der Bildungsarbeit meist als primäre Zielgruppe behandelt. Oftmals sind sie aber gar nicht diejenigen, bei denen Antisemitismus als gefestigtes Weltbild auftritt. Vielmehr wirken die Erwachsenen unbewusst an der Reproduktion antisemitischer Denkfiguren mit, weshalb sie auch gezielt von bildungspraktischen Angeboten angesprochen werden müssen. Unter Lehrer*innen und Pädagog*innen sind antisemitische Ressentiments genauso vorhanden wie im Rest der Gesellschaft. Oft wird stillschweigend davon ausgegangen, Praktiker*innen in Bildungsräumen wären sowieso für Antisemitismus sensibilisiert, das ist jedoch vielfach nicht der Fall, wie etwa die jüngsten aufsehenerregenden Fälle der jüdischen Schüler in Friedenau³ und Berlin-Spandau⁴ zeigten. In beiden Fällen waren die Schüler durch antisemitisches Mobbing gezwungen ihre Schule zu verlassen und in beiden Fällen war das Lehrpersonal und die Schulleitung von den Vorgängen informiert, offenbar ohne einzuschreiten. Überhaupt anerkennen zu können, dass jüdische Perspektiven im Raum sein können, die von Antisemitismus betroffen sind, ist bei pädagogischen Praktiker*innen nicht selbstverständlich und unter Umständen bereits ein erstes Ziel der politischen Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, wie dieser Fall verdeutlichen soll:

Eine engagierte Lehrerin, die sich als antisemitismuskritisch versteht und bereits mehrmals Israel bereist hatte, wendete sich an unsere Einrichtung. Sie habe eine »Vorladung« der jüdischen Gemeinde zum Gespräch erhalten und wisse nicht, wie sie darauf reagieren solle. Passiert war Folgendes: Im Zusammenhang eines Workshops, welcher von einem jüdischen und einen palästinensischen Trainer geleitet und von der Lehrerin organisiert worden war, hatten die Schulkinder einen Film der Boycott-Divestment-Sanctions-Bewegung gesehen und ein Theaterstück aufgeführt, bei welchem sie Israelis darstellen sollten, die mit Waffen Palästinenser bedrohen. Die Lehrerin bewertete die theaterpädagogische Maßnahme als gelungen und verwies auf den Erfolg bei den Schüler*innen. Lediglich ein jüdischer Schüler, dessen Vater sich dann an die Gemeinde

wendete, sei unzufrieden gewesen. Auf Nachfrage, ob es denn weitere jüdische Schüler*innen in der Klasse gäbe, bemerkte die Lehrerin nach einigem Überlegen, dass eine weitere jüdische Schülerin dem Unterricht ferngeblieben sei und ein weiterer jüdischer Schüler zunächst gegen die Darstellungen im Unterricht argumentiert habe, dann aber feststellen musste, mit seiner Argumentation alleine zu sein, und daraufhin geschwiegen habe. Der Lehrerin wurde im Gespräch bewusst, dass sie die Betroffenen im Raum nicht bemerkt hatte. Aus Angst vor einer moralischen Verurteilung durch die Gemeinde geriet sie dabei in eine Verteidigungshaltung, welche zunächst aufgelöst und durch einen Reflexionsprozess ersetzt werden musste, damit sie sich über ihren eigenen Anteil an antisemitischer Diskriminierung bewusst werden konnte. Die Irritation darüber, die Betroffenen »übersehen« zu haben, war ein Weg dorthin.

Heute, nach dem Zivilisationsbruch der Shoah, müssen die eigenen antisemitischen Anteile verschleiert werden. Antisemitismus ist als politische Ideologie öffentlich nicht länger opportun, weshalb auf Umwegkommunikation zurückgegriffen wird, etwa indem die Zirkulationssphäre, Israel oder ein vermeintlicher deutscher ‚Schuldskult‘ angegriffen wird. Diese Chiffrierung des Antisemitismus führt nicht nur die Außenwelt in die Irre, sondern auch das eigene Bewusstsein, welches den Deckerzählungen ebenso Glauben schenkt. Die antisemitischen Agitator*innen, die von sich behaupten, keine zu sein, stellen diese Behauptung – mit Ausnahme einiger zynischer Fälle – nicht wider besseren Wissens auf, sondern sie halten sich *wirklich* für geläutert und den an sie gerichteten Antisemitismusvorwurf für gänzlich absurd. Das extremismustheoretische Delegieren von Antisemitismus an die ‚sozialen Ränder‘ einer sich aufgeklärt dünkenden ‚gesellschaftlichen Mitte‘ ist dieser Selbsttäuschung zuträglich. Das Verhältnis zwischen dem Imago der Mehrheitsgesellschaft beziehungsweise der Mitte zu dem der Extreme, maßgeblich der Muslime und Muslima, Rechtsextremen oder radikalen Linken, kann in der Praxis das Gelingen antisemitismuskritischer Bildungsarbeit obstruieren, wie das folgende Fallbeispiel zeigt:

Auf der Facebook-Seite eines migrantischen Sportvereins postete ein Vorstandsmitglied Werbung für ein Versicherungsunternehmen, bei dem er als Makler tätig war. In dieser Werbung wurde eine konkurrierende Firma als jüdisch bezeichnet und damit die Fans des Vereins aufgefordert, das eigene Unternehmen zu bevorzugen. Der Verein

wurde vom Sportverband abgestraft mit der Möglichkeit, die Strafe zu mildern, wenn nachgewiesen werde, dass innerhalb des Vereins etwas gegen Antisemitismus unternommen werde. Aus diesem Interesse wendete sich der Verein an die Bildungsstätte Anne Frank, um eine Fortbildung zur Antisemitismuskritik zu vereinbaren. Es zeigte sich, dass die Teilnehmer wenig intrinsisch motiviert waren, an der Fortbildung teilzunehmen, und die Auflage sogar als Beleg für die vermeintliche Macht der Juden interpretiert wurde. Der Fortbildungsleiter wurde zudem als Vertreter der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen, was die Deutung des Rahmens weiter festigte. Im Verein wurde die Fortbildung als Strafe empfunden, die den Mitgliedern des Sportvereins aufgrund ihrer Migrationserfahrung auferlegt wurde: Es stellte sich ein Diskurs der Opferkonkurrenz ein, was ein Arbeitsbündnis verunmöglichte. Der Fall verdeutlicht, dass antisemitismuskritische Bildungsarbeit diese gesellschaftlichen Verhältnisse mitdenken muss, will sie praktisch wirksam sein. Die Kritik an den antisemitischen Bildern, welche in dem Verein kursierten, fand keine Adressaten, weil sie als Auflage der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen wurde. Das bedeutet im Umkehrschluss natürlich nicht, dass die Intervention einfach bleiben gelassen werden sollte. Nur besiegelte das Labelling von Bildungsarbeit als ‚Strafe‘ bereits im Vorfeld ihr Scheitern. Dies sollte auch Gerichten bewusst werden, die auf antisemitische oder rassistische Straftaten unserer Erfahrung nach gerne reagieren, indem sie den Täter*innen Fortbildungen politischer Bildungsarbeit verordnen, was den Rahmen präventiver Bildungsprogramme häufig überfordern kann.

Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildungsarbeit

Der Inhalt Adornos in der Pädagogik möglicherweise am häufigsten zitierten Textes, des Rundfunkbeitrags »Erziehung nach Auschwitz«, wird vielfach auf ein »Nie wieder Auschwitz« beziehungsweise die folgenden ersten Zeilen reduziert: »Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen« (Adorno a.a.O., S. 88). Und weiter: »Jede Debatte über Erziehungsideale ist nichtig und gleichgültig diesem einen gegenüber, daß Auschwitz nicht sich wiederhole« (ebd.). Dem lässt sich sicherlich erst einmal zustimmen, allerdings ist damit keineswegs die Frage beantwortet, wie eine solche Erziehung denn auszusehen hätte und, was an dieser Stelle noch wichtiger erscheint, Adorno

hatte eine große Zurückhaltung gegenüber den Möglichkeiten von Pädagogik. Auf die zitierten Stellen reduziert scheint es aber fast so, als hätte Adorno die Pädagogik als ein Mittel beschrieben, um eine Wiederholung von Auschwitz zu verhindern. Eine genauere Betrachtung des Beitrags zeigt jedoch, dass man Adorno mit einer solchen Lesart missversteht.

Adorno bietet hier keine einfache (Er-)Lösungsstrategie an, sondern denkt dialektisch über Pädagogik nach, die hier eher als verzweifelter Versuch beschrieben wird, zumindest nichts unversucht zu lassen, was eine Wiederholung von Auschwitz wenigstens unwahrscheinlicher machen könnte. Das wird etwa deutlich, wenn er mit Blick auf die »Dialektik der Aufklärung« sagt, dass es angesichts der im »Zivilisationsprinzip selbst angelegten Barbarei« (ebd.) etwas Verzweifeltes habe, sich dennoch dagegen zu richten. »Die Besinnung darauf, wie die Wiederkehr von Auschwitz zu verhindern sei, wird verdüstert davon, daß man dieses Desperaten sich bewußt sein muß, wenn man nicht der idealistischen Phrase verfallen will« (ebd.). Trotzdem sei es zu versuchen, wobei diese Versuche »notwendig auf die subjektive Seite abgedrängt« seien, weil die Möglichkeiten, »die objektiven, nämlich gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen, die solche Ereignisse ausbrüten [...], heute aufs äußerste beschränkt« (ebd., S. 89) seien. Adorno übt daher Kritik an seiner eigenen Überlegung: »Ich möchte aber nachdrücklich betonen, dass die Wiederkehr oder Nichtwiederkehr des Faschismus im entscheidenden keine psychologische, sondern eine gesellschaftliche Frage ist. Vom Psychologischen rede ich nur deshalb soviel, weil die anderen, wesentlicheren Momente dem Willen gerade der Erziehung weitgehend entrückt sind, wenn nicht dem Eingriff des Einzelnen überhaupt« (ebd., S. 92). Diese Skepsis und das Desperate, das für Adorno in den pädagogischen Versuchen liegt, gesellschaftliche Probleme pädagogisch zu bearbeiten, geht bei einem in vielerlei Hinsicht instrumentellen Rückgriff auf eine zur Parole verkommenen Erziehung nach Auschwitz, die Gedenkstättenbesuche oder ähnliches verordnen will, verloren, wenn hier suggeriert wird, damit gesellschaftliche, seit Jahrhunderten in wandelnder Form verankerte Ideologien wie den Antisemitismus und am besten gleich jedwede Art menschenfeindlichen Verhaltens und Denkens eliminieren zu können. Historisch-politische Bildungsarbeit findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern muss sich in gesellschaftlichen Debatten verorten, nicht nur in der Interaktion mit den Adressat*innen, sondern auch in der Öffentlich-

keit Position beziehen. Sie muss, so paradox das klingt, nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Pädagogik berücksichtigen, sondern gesellschaftliche Konflikte gegebenenfalls auch entpädagogisieren können.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1971 [1966]): Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt/M.

Mendel, Meron/Messerschmidt, Astrid (Hg.) (2017): Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Frankfurt/M./New York.

Mendel, Meron/Uhlig, Tom David (2017): Challenging Postcolonial. Antisemitismuskritische Perspektiven auf postkoloniale Theorie. In: Mendel, Meron/Messerschmidt, Astrid (Hg.): Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Frankfurt/M./New York, S. 249-268.

Messerschmidt, Astrid (2010): Flexible Feindbilder – Antisemitismus und der Umgang mit Minderheiten in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. In: Stender, Wolfram/Follert, Guido/Özdoğan, Mihri (Hg.): Konstellationen des Antisemitismus.

Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden, S. 91-108.

Sartre, Jean-Paul (1994 [1944]): Überlegungen zur Judenfrage. Reinbek.

Anmerkungen:

¹ Der vollständige Bericht ist online einsehbar, insbesondere fällt hier auf, dass sich Antisemitismus heute zumeist israelbezogen äußert: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf> (6.12.2017).

² Das wiederum zeigt die schulische Notwendigkeit, die Lehrpläne um die Geschichte von Antisemitismus zu erweitern, anstatt, wie bislang oftmals der Fall, darauf zu vertrauen, das Thema erledige sich mit der Abhandlung des Holocaust wie von selbst.

³ Vgl. z.B. die erstmals auf arte ausgestrahlte Dokumentation *Weil du Jude bist!*: <https://www.youtube.com/watch?v=IVgotbBOM34> (25.07.2018).

⁴ Vgl. *Jüdische Allgemeine*, 12.4.2018: <https://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/31267> (25.07.2018). 

Autorenverzeichnis

Luisa Bläse ist Bildungsreferentin im Projektteam Discover Diversity der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.). Sie hat am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin studiert und einen BA in Anglistik, Nordamerikanistik und Europäischer Ethnologie.

Saba-Nur Cheema ist Bildungsreferentin und die Leiterin der Pädagogischen Programme und Projekte der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Sie studierte Politikwissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main und arbeitete im UN-Menschenrechtskomitee gegen Rassismus in Genf. Darüber hinaus ist sie Lehrbeauftragte an der Frankfurt University of Applied Sciences im Fachbereich Soziale Arbeit.

Dervis Hizarci ist seit 2015 Vorstandsvorsitzender der KIgA e.V. (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus) und verantwortet maßgeblich den Aufbau der internationalen Ausrichtung und den jüdisch-muslimischen Dialog. Ebenso hat er die neue Praxisstelle - Bildung und Beratung, die in Kooperation mit dem Berliner Senat als zentrale Anlaufstelle für Berliner Schulen errichtet wurde, initiiert und realisiert. Der studierte Lehrer für Politik und Geschichte ist gefragter Experte in den Bereichen Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und vergleichenden Religionswissenschaften und berät regelmäßig Institutionen wie die Berliner Polizei, das Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr und verschiedene Ministerien und Organisationen.

Dr. Felix Klein ist seit Mai 2018 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Felix Klein trat nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg und London 1994 in den Auswärtigen Dienst ein. Nach mehreren Inlandsverwendungen und Auslandsposten in Kamerun und Italien war er von März 2014 bis April 2018 Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt.

Stephan J. Kramer ist seit 2015 Präsident des Amtes für Verfassungsschutz beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales; zuvor Direktor des Office combatting Antisemitism in Europe, American Jewish Committee, Berlin/Brüssel; davor Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Dr. phil. Meron Mendel ist Erziehungswissenschaftler, Historiker und seit 2010 Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Darüber hinaus ist er als Dozent am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main tätig.

Daniel Neumann studierte Rechtswissenschaft in Mainz, Darmstadt und Frankfurt und war anschließend im Börsen- und Wertpapierhandel tätig bevor er 2003 beim Landesverband der Jüdischen Gemeinde in Hessen begann. Seine Zulassung als Rechtsanwalt erhielt er 2004. Seit 2006 ist er Direktor des Verbandes. Seit 2008 ist er ehrenamtlicher Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde Darmstadt und seit 2017 deren Vorsitzender. Neumann ist Richter im Schiedsgericht beim Zentralrat der Juden in Deutschland und vertritt den Landesverband im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks, wo er dem Hörfunkausschuss vorsitzt.

Daphne Orth ist Studentin der Soziologie in der Johannes Gutenberg Universität Mainz, Referentin des *autonomen AlleFrauen*Referats* im AstA der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Seit 2016 im *Netzwerk Demokratie und Courage* tätig und dort ausgebildete Argumentationstrainerin.

Joachim Seinfeld ist Projektleiter bei der KIgA und war maßgeblich an der Entwicklung der Ausstellung »L'Chaim - Auf das Leben: Die Vielfalt Jüdischen Lebens entdecken« beteiligt. Er wurde in Paris geboren, wuchs in München auf, studierte in Florenz und lebt aktuell in Berlin. Der freischaffende Künstler kann auf zahlreiche internationale Erfolge zurückblicken.

Rudolf W. Sirsch ist seit dem Jahr 2000 Generalsekretär des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und Geschäftsführer der Buber-Rosenzweig-Stiftung. Zuvor war er Leiter des Odenwald-Instituts der Karl-Kübel-Stiftung. Vor dieser Tätigkeit war er verantwortlicher Studienleiter der Evangelischen Akademie Görlitz / Evangelisches Bildungswerk Johann Amos Comenius. Gründungsmitglied und geschäftsführender Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Görlitz.

Tom David Uhlig ist Mitarbeiter der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main, wo er das Modellprojekt »Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der politischen Linken seit 1968« leitet. Er studierte u.a. Psychologie in Frankfurt und promovierte derzeit an der Bergischen Universität Wuppertal.

Prof. Dr. Christian Wiese, ist Inhaber der Martin-Buber-Professur für Jüdische Religionsphilo-

sophie an der Goethe-Universität Frankfurt und akademischer Sprecher des LOEWE-Forschungsschwerpunkts »Religiöse Positionierung: Modalitäten und Konstellationen in jüdischen, christlichen und islamischen Kontexten«. Seine Forschungsgebiete liegen im Bereich der modernen jüdischen Geistes- und Kulturgeschichte, der jüdischen Philosophie und der Geschichte der christlich-jüdischen Beziehungen.

Jahrgang 2018

36/18 – **Predigt am Pfingstsonntag** (Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm) – »**Hildegard Hamm-Brücher-Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren 2018**« (Verleihung an den EKD-Ratsvorsitzenden Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Laudatio von Pfarrer Steffen Reiche) – **Rede beim Johannisempfang der Evangelischen Kirche in Deutschland** (Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD) – 20 Seiten / 2,60 €

37/18 – **Gedenkgottesdienst und staatlicher Rückgabeakt sterblicher Überreste aus dem früheren Deutsch-Südwestafrika** (Berlin, 29. August 2018) 24 Seiten / 3,40 €

38/18 – **Die documenta 14 – Ein Blick zurück nach vorn** (Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 8. bis 10. Juni 2018) – 68 Seiten / 5,40 €

39/18 – **Medien im Wandel – Medien in der Krise?** (Beiträge einer Tagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing) – 76 Seiten / 5,90 €

40/18 – **70-Jahr-Feier des Ökumenischen Rates der Kirchen** (Nieuwe Kerk, Amsterdam) – **Predigt von Margot Käßmann** (Festgottesdienst anlässlich ihrer Verabschiedung am 30. Juni 2018 in der Marktkirche, Hannover) – 24 Seiten / 3,40 €

41/18 – **Populismus und Radikalisierung / Antisemitismuskritik in Kirche und Theologie heute** (von Christian Staffa, Evangelische Akademie zu Berlin) 20 Seiten / 2,60 €

42/18 – **Christlich motivierter Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bedeutung für die heutige Zeit** (von Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh) / **Friedenswort 2018 der Evangelischen Kirche im Rheinland** – 28 Seiten / 3,40 €

43/18 – **Impulspapier der EKD zur Nachhaltigkeit / Hauptaussagen des IPCC-Sonderberichts über 1,5 °C globale Erwärmung** – 48 Seiten / 4,60 €

44/18 – **Kirche im Kapitalismus: Zwischen Anpassen und Gestalten – 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft in Westdeutschland** (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche, Hamburg, 15. Juni 2018) 76 Seiten / 5,90 €

45/18 – **Jung, aktiv und evangelisch – Neue Perspektiven zum Engagement junger Menschen in Kirche und Gesellschaft** (Tagung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Universität Tübingen, der Evangelischen Akademie zu Berlin, des Comenius-Instituts und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) – 56 Seiten / 5,10 €

46/18 – **Zwangssystem – Systemzwang** (Sportethischer Fachtag zur Dopingfrage – Sportethisches Forum der EKD) – 48 Seiten / 4,60 €

47/18 – **Teilhabe und Teilnahme**. Zukunftspotenziale der Genossenschaftsidee (Beiträge vom Evangelischen

Raiffeisenkongress in Bonn, 18.–19. Juni 2018) 92 Seiten / 6,90 €

48/18 – **Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesarbeitsgerichts zum kirchlichen Arbeitsrecht** (Luxemburg, 11.9.2018 / Erfurt, 25.10.2018) 36 Seiten / 4,10 €

49/18 – **Evangelischer Friedenspreis 2018 und Studententag »Kriege beenden – Frieden beginnen«** (Berlin, 9.–10. Oktober 2018) – 48 Seiten / 4,60 €

50/18 – **Gemeinsam engagiert! Theologische Aspekte für die Zusammenarbeit von beruflich und ehrenamtlich Engagierten** (Evangelische Akademie zu Berlin) – 48 Seiten / 4,60 €

51/18 – **Synodentagung 2018 in Würzburg (1)** / 5. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD, Würzburg, 8. bis 14. November 2018 – 44 Seiten / 4,60 €

Jahrgang 2019

01/19 – **GKKE-Rüstungsexportbericht 2018** 84 Seiten / 6,80 €

02/19 – **GEKE-Vollversammlung 2018** 76 Seiten / 6,10 €

03/19 – **Theologische Orientierung** (Bischof Prof. Dr. Martin Hein) – **Verheißung oder Verhängnis? Globale ethische Herausforderungen der Digitalisierung** (Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm) – **In der Menschenfreundlichkeit Gottes leben! Zur Auseinandersetzung mit Populismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** (Landesbischof Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh) – 36 Seiten/4,30 €

04/19 – **Synodentagung 2018 in Würzburg (2)** / 5. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD, Würzburg, 8. bis 14. November 2018 – 40 Seiten/ 4,30 €

05/19 – **Synodentagung 2018 in Würzburg (3)** / 5. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD, Würzburg, 8. bis 14. November 2018 – 80 Seiten/ 6,10 €

06/19 – **Auf dem Weg zu einem neuen evangelischen Eheverständnis** (Tagung an der Evangelischen Akademie Loccum) – 68 Seiten / 5,60 €

07/19 – **EKD-Stiftungsprofessur jüdisch-christlicher Dialog** (Festakt der EKD und der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität, Berlin, 22. Oktober 2018) 28 Seiten / 3,60 €

08/19 – **Haltet mit allen Menschen Frieden! (Röm 12,18) – Theologische Grundlagen des interreligiösen Dialogs** (Studententag der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland) 32 Seiten / 4,30 €

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

09/19 – **»Friedensethik und Rüstungsexporte gehen nicht zusammen – was können wir tun?«** (Beiträge vom Studientag der Evangelischen Kirche im Rheinland) – 68 Seiten / 5,60 €

10/19 – **Gegenwart und Zukunft des christlich-jüdischen Dialogs: historische und theologische Perspektiven / The Present and Future of Christian-Jewish Dialogue: Historical and Theological Perspectives** (Internationale Konferenz an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, 13. bis 15. Mai 2018) 48 Seiten / 4,80 €

11/19 – **Bericht von Renke Brahm**s (Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche 2019)/ **Rede von Fulbert Steffensky** (Herbsttagung des Politischen Clubs der Ev. Akademie Tutzing 2018) 24 Seiten / 3,60 €

12/19 – **Identität. Rassismuskritische theologische Perspektiven** (Beiträge der Tagung »Identität. Macht. Verletzung. Rassismuskritische Perspektiven«, Evangelische Akademie zu Berlin, 8. bis 10. Oktober 2018) 44 Seiten / 4,80 €

13/19 – **Predigt im Trauergottesdienst für Jörg Schönbohm** (Bischof i. R. Prof. Dr. Wolfgang Huber, 22. Februar 2019) / **Radikal lieben. Anstöße für die Zukunft einer mutigen Kirche. Öffentliche Theologie in den Herausforderungen der Zeit** (Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, 6. Januar 2019)/ **Predigt in der Reihe »Wahrheiten im Konflikt«** (Corinna Buschow, 25. November 2018) 20 Seiten / 2,80 €

14/19 – **Geht hin – Sozialraum- und Gemeinwesenorientierung der Kirche auf dem Land** (4. Land-Kirchen-Konferenz der EKD, 20. bis 22. September 2018, Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad) – 40 Seiten / 4,30 €

15/19 – **Westfälischer Thementag Israel-Palästina der Evangelischen Kirche von Westfalen** (Dortmund, St. Reinoldi und Haus Landeskirchlicher Dienste) 40 Seiten / 4,30 €

16/19 – **Predigt zum Reformationsjubiläum 2017** (Prof. Dr. theol. h.c. Robert Leicht) – **Festansprache in der Evangelischen Journalistenschule in Berlin** (EKD-Synoden-Präses Dr. Irmgard Schwaetzer) –

Klimagerechtigkeit – mehr als eine Utopie! Kanzelrede im Rahmen der »Duisburger Akzente« (Katrin Göring-Eckardt (MdB)) – 20 Seiten / 2,80 €

17/19 – **Jahresempfang 2019 der Evangelischen Akademie Tutzing** – Festrede des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn, Grußwort des bayerischen Landesbischofs Heinrich Bedford-Strohm, Begrüßung von Akademiedirektor Udo Hahn (Evangelische Akademie Tutzing, 17. Januar 2019) 20 Seiten / 2,80 €

18-19/19 – **Offen für alle? Anspruch und Realität einer inklusiven Kirche** – Dokumentation der EKD-Netzwerktagung Inklusion 2018 – mit einem Beitrag in leicht verständlicher Sprache und barrierefreier PDF (Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder, Berlin, 22. bis 23. Februar 2018) – 128 Seiten / 9,60 €

20/19 – **Neue Regeln in der Wohngemeinschaft Gottes** (Studientagung zu einer migrationssensiblen Ekklesiologie, Evangelische Akademie Bad Boll) 60 Seiten / 5,30 €

21/19 – **Belhar-Konferenz**, Lippische Landeskirche, Detmold, Christuskirche und Gemeindesaal Bismarckstraße, 25. bis 26. Januar 2019 / **Belhar Conference**, Church of Lippe, Detmold, Christuskirche and parish hall Bismarckstraße, 25 to 26 January 2019 92 Seiten / 7,10 €

22/19 – **Berichte vor der Synode: Landesbischof Gerhard Ulrich** (Landessynode der Nordkirche, Rostock-Warnemünde, 28. Februar 2019), **Landesbischofin Ilse Junkermann** (Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Kloster Drübeck, 9. Mai 2019) / **Von blinder Wut, heiligem Zorn und politischer Empörung – Zum Umgang mit Emotionen in Politik und Religion** (Akademiedirektor Dr. Thorsen Latzel – 24 Seiten / 3,60 €

23/19 – **Antisemitismus in gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten: Tendenzen – Erscheinungsformen – Gegenwirkung** (Konferenz an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, 28. bis 29. November 2018) – 68 Seiten / 5,60 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an: GEP-Vertrieb Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt, Tel.: (069) 58 098-225. Fax: (069) 58 098-226. E-Mail: kundenservice@gep.de Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 29,95 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 34,85 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 28,30 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzelexemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.